

259/KOMM XXIV. GP

KORRIGIERTE FASSUNG laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 9. Oktober 2012
(siehe Anhang bzw. Fußnoten)

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 42. Sitzung vom 11. Juli 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

42. Sitzung / öffentlicher Teil

vom 11. Juli 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

11.07 Uhr – 18.30 Uhr

Wien, 2012 07 11

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

42. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 11. Juli 2012

Gesamtdauer der 42. Sitzung
11.07 Uhr – 18.30 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(42. Sitzung; Mittwoch, 11. Juli 2012)

<i>KR Dipl.-Ing. Friedrich STICKLER</i>	3
<i>Dkfm. Dr. Leopold WALLNER</i>	46
<i>Dr. Franz WOHLFAHRT</i>	57
<i>Dr. Stefan TWERASER</i>	91

Beginn der Sitzung: 11.07 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet – um 11.07 Uhr – die 42. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsverwürfen, begrüßt alle Anwesenden und führt aus:

Es besteht Einvernehmen zwischen den Fraktionen, dass im Zeitraum von einschließlich 12.7.2012 bis einschließlich 15.8.2012 keine Akteneinsichtnahme in der Parlamentsdirektion stattfindet und keine Akten, Unterlagen und sonstige Schriftstücke durch die Parlamentsdirektion verteilt werden. Es wird dadurch auch für die Parlamentsmitarbeiter und Klubmitarbeiter der „Akten-Stress“ deutlich reduziert.

Ich werde den gestern mit Mehrheit gefassten Beschluss wunschgemäß per Kommuniké veröffentlichen lassen und die zuständigen vorlagepflichtigen Stellen – das sind die Ministerien – über den gestrigen Mehrheitsbeschluss auf dem Weg über die Parlamentspräsidentin informieren, mit dem Hinweis darauf, dass es sich dabei um einen **arbeitstechnischen Beschluss** handelt, der der Aufarbeitung des vorliegenden Aktenbestandes dient und den Beweisbeschluss vom 18.11.2011 in keiner Weise berührt.

So war ja das gestern zu verstehen: Es ist ein **arbeitstechnischer Vorgang**, damit in Ruhe die Sommerpause von allen Mitarbeitern genützt werden kann. Es ist **kein** Präjudiz im Hinblick auf einen Beweisbeschluss.

Die Obfrau ersucht nun darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

11.08

Auskunftsperson KR Dipl.-Ing. Friedrich Stickler

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Kommerzialrat Dipl.-Ing. Friedrich Stickler** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dipl.-Ing. Stickler, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussagen erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dipl.-Ing. Friedrich Stickler**. Ihre weiteren Personaldaten liegen sowohl der Parlamentsdirektion als auch mir vor.

Herr Dipl.-Ing. Stickler, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie haben auch eine **Vertrauensperson** beigezogen. Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Gernot Uhlir**. Ihre weiteren Personaldaten liegen sowohl der Parlamentsdirektion als auch mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Gernot Uhlir als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie, Herr Mag. Uhlir, an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen könnte zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre **Aufgabe** ist die **Beratung der Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie beigezogen werden, können Sie beraten, Sie dürfen aber **nicht** die Auskunftsperson zu beeinflussen versuchen. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dipl.-Ing. Stickler, wollen Sie vor Ihrer Befragung von der Möglichkeit Gebrauch machen, Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss in Form einer 10-minütigen Erzählung darzulegen? *(Die Auskunftsperson **verneint** dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Rosenkranz das Wort.)*

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dipl.-Ing. Stickler, es geht um den Vorfall, dass die **Lotterien AG** an die **Orange Werbeagentur** laut Rechnung eine Summe in der Höhe von 300 000 € bezahlt hat. Im Rahmen des Vier-Augen-Prinzips wurde diese Rechnung auch von Ihnen abgezeichnet. Die Leistung, die laut Rechnung erbracht wurde, war die Erstellung eines Gutachtens, einer Analyse, eines Vergleichs und auch eine Beratungsleistung.

Sie sind als Zeuge befragt worden und haben gesagt, dass Sie an sich mit diesem gesamten Vorgang inhaltlich **nichts** zu tun hatten, sondern aufgrund des Vier-Augen-Prinzips von Ihrem Mit-Vorstandsmitglied Dr. Leo Wallner gebeten wurden, diese Rechnung freizugeben; dieser sagte, das sei in Ordnung. Sie hätten praktisch Herrn Dr. Wallner diesbezüglich – wie in fast 30 Jahren Zusammenarbeit – vertraut.

Ist diese Zusammenfassung als Einleitung richtig?

Auskunftsperson Kommerzialrat Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ja, ich möchte Sie ungern korrigieren, ich habe aber einen einzigen Punkt, der so nicht stehenbleiben sollte. Es ging damals für mich nicht um eine Studie. Diese Rechnung ist nach Erstellung – ich weiß nicht genau, wann – bei mir im Büro in der Unterschriftenmappe eingelangt, und ich habe diese Rechnung bei mir liegen gehabt, um mit dem Vorstandsvorsitzenden Leo Wallner darüber zu sprechen, weil ich eben nicht wusste, worum es dabei geht.

Wir waren beide in dieser Zeit sehr viel unterwegs. Ich habe damals auch eine Europameisterschaft vorzubereiten gehabt. Leo Wallner war damals Präsident des Olympischen Comités; er war auch in Casino-Angelegenheiten unterwegs, ich auch in Lotterie-Angelegenheiten. Also es hat gedauert. Wir haben dann – Ende September muss es gewesen sein, denn dann ist es recht rasch gegangen – ein Telefonat gehabt, wo mir Leo Wallner mitgeteilt hat, er hätte einen Anruf bekommen und man urgiere die Bezahlung dieser Rechnung.

Ich habe ihn daraufhin gefragt: Ist das aus deiner Sicht in Ordnung?, und er hat gesagt: Ja, die Rechnung ist in Ordnung! Daraufhin habe ich die Rechnung unterschrieben und bin dann – und deshalb erinnere ich mich auch an diesen Vorgang, weil ich unmittelbar nach diesem Telefonat aufgestanden und durch das Sekretariat gegangen bin – zu meiner Kollegin Bettina Glatz-Kremsner gegangen und habe sie gebeten, diese Rechnung mit mir zu unterschreiben, damit sie angewiesen werden kann. Und diese von drei Vorstandsmitgliedern unterschriebene Rechnung ist dann nochmals an das Finanz- und Rechnungswesen gegangen, damit das auch die Formalkriterien erfüllt.

Das muss Ende September gewesen sein, weil am 3. Oktober die mit drei Unterschriften versehene Rechnung im Rechnungswesen eingelangt ist.

Aber, worauf ich besonders Bezug nehmen möchte – das war meine damalige Erkenntnis oder mein Wissensstand oder wie immer Sie das nennen wollen –: Auf der Rechnung stand drauf: Für Beratungen im Bereich des Responsible Gaming – und es war **keine** Rede und **kein** Wort von irgendeiner **Studie**.

Wissen Sie, weil immer wieder ventiliert wird: Ist diese Studie, sind diese acht oder neun Seiten 300 000 € wert? – Ich hatte zu diesem Zeitpunkt überhaupt **keinen** Zusammenhang mit einer Studie. Und wenn eine Studie da war, was ich so nicht beantworten kann, ob ich die damals gesehen habe oder nicht, dann war das für mich bestenfalls Teil dieser Beratungsleistung, aber nicht die Beratungsleistung **selbst**.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das deckt sich auch mit Ihrer Aussage, die Sie gemacht haben. Ich bedauere meine Unschärfe in diesem Bereich, weil Sie immer von Beratung gesprochen und gesagt haben:

Später habe ich irgendwann einmal diese Studie unter anderem auch gesehen!

Mir geht es eigentlich darum: Wie ist es dann in weiterer Folge weitergegangen, als hochgekommen ist, dass diese Analyse keine 300 000 € wert ist? Dann wird man doch betriebsintern gefragt haben: Was waren denn die Beratungsleistungen und bei wem?

Ich möchte in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Wallner zitieren, der als Beschuldigter vernommen wurde. Er sagt auf die Frage: Wie ist es überhaupt dazu gekommen? Folgendes – ich zitiere –:

„Ich glaube, mich zu erinnern, es ist schon lange aus, dass die Orange Gruppe an uns herangetreten ist.“

Es wird die Frage gestellt: Wer von der Orange Gruppe?

Wallner: „Das weiß ich heute nicht mehr. Erst als ich die Rechnung abgezeichnet habe, habe ich mir die Unterlagen dazu geöbten lassen. Ich wollte mir ein Bild machen, ob diese Rechnung berechtigt ist oder nicht.“

Frage: „Welche Unterlagen ließen Sie sich geben?“

Wallner: „Ich ließ mir die Analyse/Vergleich vorlegen, die von der Orange Gruppe erstellt wurde. Es wurde sowohl eine mündliche als auch eine schriftliche Beratungsleistung durch die Orange Gruppe durchgeführt. Wer beraten wurde, kann ich heute auch nicht mehr angeben. Für mich war es irrelevant, wer den Auftrag gegeben hat, ich hatte zu beurteilen, ob das unseren Gegebenheiten entspricht.“

Es wird die Frage gestellt, wer Auskunft geben kann, von wem der Auftrag erteilt wurde.

Wallner: „Das kann ich heute nicht mehr sagen, ich weiß es nicht mehr.“

Das heißt: Es gibt in Ihrem Unternehmen laut Aussage des Vorstandsvorsitzenden keinen Auftraggeber. Er weiß nicht, wie die Geschäftsanbahnung zustande gekommen ist. Man weiß nicht, wer im Unternehmen beraten wurde.

Mir geht es eigentlich darum: Was haben die Lotterien, eine Aktiengesellschaft, im Sinne der Aktionäre gemacht, wenn da eine Leistung von 300 000 € ohne Gegenleistung passiert ist?

Die Frage, welche steuerliche Konsequenz das hat, in Richtung Umsatzsteuer, in Richtung Körperschaftssteuer oder Ähnliches, sei dahingestellt.

Welche internen Nachforschungen haben Sie unternommen? Wer hat den Auftrag erteilt? Wer wurde beraten? Ich meine diese Gegenleistung seitens der Orange Gruppe, wie hier formuliert wird: da ist mir schleierhaft ist, wer das ist. Was hat also das Unternehmen im Nachhinein getan?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich möchte Sie nicht schon wieder korrigieren, aber die Lotterien sind eine GesmbH und sind jetzt zum überwiegenden Teil im Eigentum der Casinos Austria AG. Damals war das noch nicht so, damals waren die Casinos 34 Prozent-Eigentümer.

Ich kann Ihnen dazu nur so viel sagen, dass ich für den Bereich Responsible Gaming **nicht** zuständig war. Das war im damals noch Vorstand der Casinos mit deckungsgleich in einem Synergienprojekt ein Kollege, der inzwischen ausgeschieden ist. Also zuständig für den Bereich Responsible Gaming war Kollege Mezgolits zu dieser Zeit. Aber in allen übergreifenden Fragen war das natürlich der Vorstandsvorsitzende, der zu allen Bereichen zusätzlich etwas verlangen konnte.

Also meine Antwort auf Ihre Frage kann nur sein: Ich war nicht zuständig für diesen Bereich. Ich habe diese Rechnung bei mir vorgefunden, habe den Vorstandsvorsitzenden gefragt: Ist das mit dir in Ordnung? Er hat gesagt, die Rechnung ist in Ordnung, und ich habe sie aufgrund seiner Aussage abgezeichnet, von meiner Kollegin dann nachher zeichnen lassen.

Also ich habe mich damit auch nicht auseinandergesetzt, weil das nicht mein Geschäftsbereich war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist für mich sehr unbefriedigend, denn mir geht es jetzt nicht um die Genese, wie es überhaupt zu dieser Rechnung gekommen ist, insbesondere zur Bezahlung, sondern: Sie sagen, Leo Wallner hat auch eine Kompetenz gehabt, sich umfassend Dinge – unter Anführungszeichen – zu „wünschen“, und Ähnliches. Nur er sagt, er weiß gar nicht, wer den Auftrag gegeben hat. Er weiß nicht, mit wem, er weiß nicht, welche Leistungen. Was macht da das Unternehmen? Es sagt, wir lassen es einfach dabei bewenden? Da gibt es keine Bemühung, keine Anstrengung, das zurückzubekommen, wenn man jetzt sogar weiß, dass diese Leistungen – es gibt ein Gutachten; solange man nicht weiß, welche mündlichen Beratungsleistungen vorgelegen sind, sondern wenn man nur auf dieses schriftliche Gutachten zurückgreift – um ein Zwanzigfaches überzahlt sind, 15 000 € wert sind?

Wer im Unternehmen sorgt dafür, dass eine – ich formuliere es jetzt sehr vorsichtig – irrtümlich bezahlte Leistung in Höhe von nahezu 300 000 € wieder ins Unternehmen zurückkommt? Wenn Sie schon sagen, wir haben Leo Wallner vertraut. Aber Leo Wallner sagt selber, ich habe überhaupt keine Ahnung, was passiert ist. Also die Ausrede auf Leo Wallner, der sagt, ich weiß von nichts, ist ein bisschen zu wenig für mich. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, dass das das Geschäftsmodell der Lotterien ist, dass man sagt, wir wissen nicht, wer einen Auftrag gibt, wir wissen nicht, bei wem die Leistung erbracht wird. Das kann und will ich mir nicht vorstellen. Wenn aber so etwas offenkundig passiert ist, dann würde mich interessieren, wie das Unternehmen dann nachher damit umgeht.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Herr Rosenkranz! Für mich war aufgrund dieses Telefonats – man urgiert die Bezahlung der Rechnung; ist von dir aus die Rechnung in Ordnung?; ja, die Rechnung ist in Ordnung; bitte zur Anweisung bringen! –, also für mich war damals diese Geschichte damit abgehakt.

Nochmals: Ich war für diesen Bereich nicht zuständig. Das heißt, Responsible Gaming ist nicht mein Thema. Damit war aus damaliger Sicht diese Frage geklärt.

Ich glaube, die Diskussion über diese Studie und über Beratungsleistungen ist ja überhaupt erst dramatisch später über uns gekommen. Das war ja, ich weiß nicht, vor einem Jahr oder so, oder vor eineinhalb Jahren. Ich kann das jetzt zeitlich schwer zuordnen. Das heißt, bis zu diesem Zeitpunkt war ja das überhaupt kein Thema.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, und mich interessiert jetzt dieser Zeitpunkt, wo es dramatisch losgegangen ist, vor einem Jahr, vor eineinhalb Jahren. Das ist immerhin eine lange Zeit, da hätte man sich auch schon den Kopf zerbrechen können: Können wir da Geld zurückfordern: ja oder nein?

Welche Unternehmungen sind da gemacht worden? Sie sind einvernommen worden am 23. Februar 2012.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Aber die Geschichte ist schon früher aufgepoppt, weil ja dieser Artikel im „Kurier“ war und weil, glaube ich, der Abgeordnete Pilz ebenfalls dazu Stellung genommen hat. Also es war ja hier bereits etwas davor. Ja, aber Leo Wallner war ausgeschieden aus dem Unternehmen, also der war nicht mehr da, und das ist dann halt sehr schwer nachzuvollziehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte mich jetzt nicht in Ihre rechtliche Beratung in irgendeiner Form einmischen, was schwer nachzuvollziehen ist, aber meiner Ansicht nach müsste es ein sehr vordergründiges Interesse sein seitens der Lotterien, allenfalls zu viel und zu Unrecht bezahltes Geld wieder zurückzuverlangen. Und da gibt es für mich keinen Grund in irgendeiner Form zur Säumnis. Aber lassen wir einmal dieses Kapitel dahingestellt.

In Ihrer Einvernahme findet sich eine einzige Passage, die mit dem BZÖ am Rande in irgendeiner Form zu tun hat. Da werden Sie gefragt: „Gab es Kontakte aus Ihrem Haus zum BZÖ oder auch anderen politischen Parteien? Bejahendenfalls: Wie war das innerhalb des Hauses aufgeteilt?“

Da sagen Sie: „Dr. Wallner hat dies weitestgehend gemacht.“

Wahrscheinlich als Vorstandsvorsitzender hat er halt in erster Linie Kontakte gepflogen. Aber dann sagen Sie selbst:

„Damals im Juli 2006, es ging um die parlamentarische Initiative mit einer Novelle des Glücksspielgesetzes, dass mehrere Internetkonzessionen vergeben werden können, telefonierte ich mit Ing. Westenthaler, und er sagte zu mir, diese Novelle kommt und ‚die Kugel ist aus dem Lauf‘, also die Novelle ist nicht mehr aufzuhalten.“

Ich nehme an, die Lotterien und die Casinos waren nicht erfreut über diese Novelle, die da beabsichtigt war.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Sicher nicht. Ich möchte nur ergänzend sagen: Ich hatte natürlich zu Politikern des BZÖ zu dieser Zeit Kontakt, aber das war in einer ganz anderen Angelegenheit. Ich habe mehrfach mit dem Landeshauptmann Haider Kontakt gehabt. Aber das war wegen des Fußballs, wegen der Errichtung von Stadien; da ist es gegangen um die Europameisterschaft und die Vorbereitung der Europameisterschaft. Ich möchte das nur der Vollständigkeit halber sagen.

Ich möchte hier nochmals sagen – das wird aber jetzt eine etwas breitere Geschichte – : Wir haben extrem kurzfristig von dieser Initiative erfahren. Also ich nehme an, dass das am Vorabend dieser vorgesehenen parlamentarischen Behandlung war. Also wenn das am 12. oder 13. Juli 2006 war – ich kann das so genau nicht mehr rekonstruieren –, dann habe ich am Abend davor erfahren, dass ein Abänderungsantrag zu diesem Thema geplant ist.

Ich hätte am nächsten Tag eine Reise nach Finnland gehabt, um mit Lotterienkollegen über die Zukunft des Lotteriengeschäfts, auch zum Thema Zukunft von Einzelkonzessionen des Monopols zu sprechen, habe aber meine Reise abgesagt, weil ich mir gedacht habe, es besteht eine existenzielle Gefahr für die Lotterien.

Es ist ja hier nicht nur darum gegangen, wie ich dann im Nachhinein gehört habe – und dazu würde ich dann gerne auch noch ein bisschen etwas sagen –, dass ein neuer Konzessionär ein bisschen wetten kann, sondern das wäre wirklich die **Aufhebung des Glücksspielmonopols** gewesen – und das eigentlich an den Parlamentariern vorbei.

Für mich war das nach meiner nachträglichen Erkenntnis ein Projekt, wenn Sie so wollen, das zwischen Westenthaler und Wilhelm Molterer vorbesprochen war, aber es haben weder der **Finanzausschuss** noch die **Abgeordneten** des Klubs damit zu tun gehabt. Also es war wirklich ein ganz kleiner Personenkreis, der diesen Abänderungsantrag in der Hand gehabt und der auch diese parlamentarische Sitzung vorbereitet hat.

Natürlich müssen Sie da, wenn es um die Quasi-Aufhebung Ihrer Geschäftsgrundlage geht, eine sehr weitreichende, weil es ist hier ja nicht nur um das Internetspiel gegangen, sondern es ist ja hier auch um VLTs gegangen ... – Das heißt, das war ja für uns existenziell. Dass Sie dann beginnen, bei jedem, den Sie irgendwo kennen, zu versuchen, ein Bewusstsein herbeizuführen, was offensichtlich nicht in diesem Umfang bei allen handelnden Akteuren vorhanden war, dass eben für den Alleinkonzessionär eine wirklich große Gefahr besteht, ist klar. Wenn ich das nicht getan hätte, dann wäre ich falsch am Platz. Das ist meine Vorstandsverantwortung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie schildern an sich das, was wir aufgrund der Auskünfte und des Aktenstudiums gewusst haben, dass sich Ihr Konkurrent in diesem Bereich extra der Lobbying-Agentur Hohegger bedient hat. Eine Prämisse bei diesem ganzen Projekt war, dass das eben **nicht** über das Finanzministerium, sondern über das Parlament als **Initiativantrag** und in letzter Minute als **Abänderungsantrag** gemacht wird, um eben keine Begutachtung zu machen und insbesondere den Mitbewerber, nämlich die Casinos oder die Lotterien, möglichst von der Information fernzuhalten. Also das, was Sie schildern, war von der anderen Seite so geplant. Und es ist auch tatsächlich so eingetreten.

Jetzt ist es so, dass dann tatsächlich, offensichtlich in letzter Sekunde, seitens der Fraktionen, die aus Sicht des Lobbyingunternehmens und des Mitbewerbers eigentlich schon gesagt haben, ja, wir machen das so, wir wollen das, doch noch die Notbremse gezogen wurde. Erst gestern hat uns Kollege Petzner darüber informiert, dass dann am Tag der Parlamentssitzung in der Früh Klubobmann Molterer gesagt hat, das wird heute nicht stattfinden, obwohl noch am Vortag im BZÖ-Klub fiebrig an einer Umformulierung dieses Abänderungsantrages gearbeitet wurde. Also man war wirklich bis zur letzten Sekunde daran, den beiden Interessen, die hier im Parlament aufeinandergeprallt sind, in irgendeiner Form der einen oder der anderen zum Durchbruch zu verhelfen. Und es ist das in letzter Sekunde zu Ihren Gunsten gestoppt worden. Und es stellt sich dabei die Frage der Motive.

Die Seite Novomatic, aber insbesondere Telekom, insbesondere der Herr Vorstand Fischer hat hier im Ausschuss gemeint, er kann es sich aus nachträglicher Betrachtung, nachdem alles so wunderbar auf Schiene war, nur so erklären, dass das BZÖ dafür eine entsprechende Zahlung im Nachhinein erhält, weil er das sonst nicht verstanden hat, haben doch alle gesagt, das wird passieren. Es taucht dann tatsächlich diese Zahlung auf – und auf einmal geht es nicht mehr wie geschmiert für Novomatic und für Telekom.

Es steht dieser Verdacht im Raum, dass die Casinos diesbezüglich eine Notbremse gezogen haben bei der Orange Werbeagentur, und die 300 000 € ohne entsprechende Gegenleistungen seien der Preis gewesen.

Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das ist mehr als eine Wahrnehmung, muss ich sagen. Ich habe eine ganz klare **Erinnerung**, erstens einmal ausgehend von diesem sehr kurzen Telefonat mit Peter Westenthaler. Am Tage dieser parlamentarischen Initiative war mir klar, das BZÖ fährt auf dieser Linie – und das kommt. Das war so klar, was der Peter Westenthaler mir gesagt hat. Er hat gesagt, das ist durch, da brauchst du dich überhaupt nicht mehr bemühen, weil diese Geschichte ist auf dem Tisch, da geht nichts mehr!

Ich habe dann mit einer Reihe von ÖVP-Abgeordneten gesprochen. Da war der Karlheinz Kopf dabei, da war der Michael Ikrath dabei, da war die Wirtschaftskammer dabei, wir haben mit Sportorganisation gesprochen. Also wir haben mit allen gesprochen, die ein Interesse an dieser Situation haben hätten können, und haben auf die dramatischen möglichen Konsequenzen eines Aufbrechens des Monopols hingewiesen. So, wie ich es verstanden habe, ist es dann zu einer kleinen Erregung innerhalb des ÖVP-Klubs gekommen, unter dem Titel: So geht das nicht! Ohne Behandlung im Finanzausschuss, ohne Begutachtung wird es diesen Abänderungsantrag nicht geben!

Meiner Ansicht nach hat mehr oder weniger der ÖVP-Klub dann erkannt, was da eigentlich wirklich dahinter steht.

Ich glaube, dass man das ursprünglich in dieser Dramatik gar nicht erkannt hat. Mir hat Klubobmann Molterer gesagt: Was hast du dagegen, wenn die ein bisschen wetten? – Das war aber nicht „ein bisschen wetten“, sondern da ging es um die Aufhebung des Glücksspielmonopols in Österreich, also ein eigentlich dramatisches Ereignis. Und ich glaube, dass die ÖVP dann für sich beschlossen hat: Das geht uns zu weit, so wollen wir das nicht machen! – und dass die **ÖVP** ihre Zustimmung mehr oder weniger zu diesem Abänderungsantrag zurückgezogen hat, also nicht das BZÖ. Und da, muss ich sagen, kann ich dem Rudolf Fischer überhaupt nicht folgen, denn das hieße ja wirklich die Umkehrung der Täter-Opfer-Theorie. Also dass dann plötzlich aus dem Täter ein Opfer wird, das kann ich nicht nachvollziehen, muss ich sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf eingangs festhalten, Herr Stickler, damit bestätigen Sie genau das, was wir gestern und heute gesagt haben und wo der Herr Pilz noch gelacht hat. Jetzt bestätigen Sie das, was ich bereits seit gestern zu skizzieren versuche, dass der Rückzieher in der **ÖVP** gemacht wurde.

Aber gut, gehen wir das Ganze noch einmal von vorne durch, kommen wir noch kurz zu dieser Studie.

Konkrete Frage: Stand dem 300 000 €-Gutachten des BZÖ eine politische Gegenleistung des BZÖ gegenüber? Ist Ihnen dazu etwas bekannt oder nicht?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Von mir aus überhaupt nicht. Für mich haben diese zwei Aktivitäten, oder wie immer ich das bezeichnen kann, nichts miteinander zu tun. Es haben diese Gesetzesinitiative, dieser Abänderungsantrag und diese Studie zu Responsible Gaming für mich keinen erkennbaren Zusammenhang.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das müssen wir noch einmal festhalten, dass das nichts miteinander zu tun hat. Damit ist auch der Vorwurf des Gesetzeskaufes, zumindest von Ihrer Seite – wir werden dann auch noch die anderen Auskunftspersonen dazu befragen –, entkräftet.

Nächste Frage: Schildern Sie uns bitte kurz die Eigentümerverhältnisse der Casinos beziehungsweise der Österreichischen Lotterien, insbesondere im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse des Raiffeisen-Konzerns!

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Bei den Casinos erwischen Sie mich da ein bisschen auf dem falschen Fuß. Da gibt es eine Medialgesellschaft, in der Versicherungen drinnen sind. Da bin ich aber nicht so toll bewandert, muss ich sagen, was die Casinos Austria betrifft. Da bitte ich, vielleicht jemanden von den Casinos zu fragen.

Was die Lotterien betrifft, da bin ich wesentlich besser, da haben die Casinos Austria den Anteil der BAWAG P.S.K. erworben und sind mit 68 Prozent größter Gesellschafter. Dann gibt es eine Holding aus Banken, aus österreichischen großen Banken, und dem ORF in der Größenordnung von 32 Prozent. Das sind diese 100 Prozent bei den Lotterien.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Faktum ist, dass Raiffeisen über eine Beteiligungs-GmbH die größte Beteiligung an den Casinos hält, mit 33,6 Prozent. Aber gut.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Da ist Leipnik-Lundenburger und so weiter dabei, aber das kann ich Ihnen im Detail nicht aufschlüsseln.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja, wir haben es eh genau recherchiert.

Kommen wir gleich zu dieser Nacht vom 12. auf den 13. Juli 2006. Sie sagen – und das deckt sich mit den bisherigen Befragungen –, es ist eine Novelle vorbereitet worden. Wäre die gekommen: Wie hoch wären die finanziellen Nachteile für die Casinos gewesen, wenn diese ihre Monopolstellung verloren hätten? Können Sie ungefähr die wirtschaftlichen Auswirkungen beziffern?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich kann die wirtschaftlichen Auswirkungen jetzt nicht 100-prozentig beziffern, ich kann Ihnen nur sagen, es wäre dramatisch gewesen, weil es sowohl das Internetgeschäft betroffen hätte, das Angebot der elektronischen Lotterien – das betrifft übrigens die Lotterien, weil die Lotterien diese Konzession für elektronische Lotterien haben –, als natürlich auch die VLTs, also die Umsetzung von Spielen in einer Art von automatenähnlichen Angeboten. Es wäre für uns wirklich dramatisch gewesen und, ich habe es schon gesagt, existenziell.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Auf der anderen Seite gibt es auch andere Anbieter, andere Sichtweisen, aber für die Casinos – und Sie haben ja die Interessen der Casinos zu vertreten, ist klar – hätte das natürlich Auswirkungen gehabt.

Wann haben Sie konkret davon erfahren? Wann haben die Casinos konkret durch wen davon erfahren? Das muss am 12. Juli gewesen sein oder am 11. Juli 2006, also ganz, ganz spät. Noch einmal: Die Sitzung mit diesem Abänderungsantrag wäre am 13. Juli 2006 gewesen.

Wann und von wem haben die Casinos erfahren, dass diese weitreichende Änderung des Glücksspielgesetzes kommen soll?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Zeitlich zuordnen kann ich es. Wenn das so war mit der Abfolge, dass das am 13. Juli ins Parlament hätte kommen sollen, dann muss das am späten, wirklich späten Abend des 11. Juli 2006 gewesen sein.

Ich möchte dazu sagen, man hat uns da wirklich kalt erwischt. Wir wussten das nicht in der Vorbereitung, wir hatten keine Information darüber, dass die Telekom respektive Novomatic da etwas konkret plant. Ich möchte dazu kurz sagen, dass ich irgendwann im späten Frühjahr einen Kaffee mit dem Rudi Fischer getrunken habe, der mir gesagt hat: Wir kennen uns lange, ich möchte dir nur der Fairness halber sagen, wir werden

uns bemühen, hierfür irgendwann einmal eine Lizenz zu bekommen. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Es gibt viele, die eine Internet-Lizenz haben wollen. Mir war auch klar, dass Anstrengungen unternommen werden, Lizenzen zu bekommen oder das Monopol aufzudröseln, aber dass das so konkret war – nochmals –, das haben wir in der Nacht auf den 11. Juli erfahren.

Sie haben mich auch gefragt, **von wem**. – Ich kann das nicht mehr so genau zuordnen, weil wir da sehr viel miteinander telefoniert haben. Ich habe mit dem Leo Wallner, ich habe mit Dietmar Hoscher telefoniert. Ich nehme an, dass das entweder Dietmar Hoscher war, dass also möglicherweise über die sozialdemokratische Fraktion gekommen ist, dass da irgendetwas im Busch ist, oder über den Leo Wallner, der es irgendwo aus der ÖVP erfahren hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das passt ohnehin genau zusammen. Der Monopolbewahrer Hoscher bei der SPÖ, und der Wallner nutzt seine Kontakte zur ÖVP. – Gut, aber das werden wir dann sowieso noch mit dem Herrn Wallner diskutieren.

Jetzt erfahren die Casinos – laut Ihren Angaben am späten Abend oder am Abend des 11. Juli; am 13. Juli, noch einmal, ist diese Sitzung im Nationalrat – von dieser weitreichenden Änderung irgendwo von einem Informanten.

So, und jetzt ist die zentrale Frage dazu. Wir haben bereits die Westenthaler-Aussage – und das ist auch wichtig, dass man das weiß –:

„WESTENTHALER ... sagte zu mir, diese Novelle kommt und ‚die Kugel ist aus dem Lauf‘, also die Novelle ist nicht mehr aufzuhalten.“

Viel eindeutiger kann man das nicht mehr sagen.

Meine Frage an Sie: Wie haben es die Casinos Austria geschafft – mit welchen Interventionen, mit welchen sonstigen Mitteln –, innerhalb von wenigen Stunden, innerhalb eines Tages und einer Nacht, das alles umzudrehen? Wo haben Sie da interveniert? Mit wem haben Sie da gesprochen und welche Zusicherungen haben Sie da möglicherweise gemacht? – Fangen wir einmal an mit ÖVP und BZÖ, denn die waren ja entscheidend, denn das waren damals die beiden Regierungsparteien.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich kann jetzt immer nur über mich sprechen, und wir haben uns da ja Telefonate aufgeteilt. – Also ich spreche hier über mich.

Nach diesem kurzen Telefonat mit Peter Westenthaler war mir klar: Also da brauche ich niemanden mehr anzurufen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kurze Zwischenfrage. Wann haben Sie mit Westenthaler dieses Telefonat geführt, wo Westenthaler Ihnen gesagt hat:

„Diese Novelle kommt ... ‚die Kugel ist aus dem Lauf‘ ... die Novelle ist nicht mehr aufzuhalten“?

Wann war dieses Telefonat?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das war auf der Fahrt zum Flughafen, wo ich ihn erreicht habe. Also das war ziemlich zeitig in der Früh. Ich hatte einen Flug nach Helsinki und ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Tag bitte! Können Sie uns den Tag sagen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Der 12. Juli in der Früh muss das gewesen sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Am 12. Juli in der Früh. – Gut, am 12. Juli in der Früh ruft Stickler Westenthaler an – noch einmal: am 13. Juli ist die Sitzung –, und Westenthaler sagt: „Diese Novelle kommt ... ‚die Kugel ist aus dem Lauf‘“. – Gut.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Daraufhin habe ich meinen Flug abgesagt, habe umgedreht und bin ins Büro gefahren. Und dann habe ich zu telefonieren begonnen.

Und weil Sie fragen: Welche Mittel haben Sie eingesetzt? – Ich habe zu erklären versucht, was da dahintersteckt. Dass das nicht so ist – und ich beziehe mich jetzt auf das, was ich bereits gesagt habe: Was hast du dagegen, meinte Molterer, wenn die ein bisschen im Internet wetten? – Ich habe gesagt, das ist eigentlich ein gesetzlicher Umsturz, ein Staatsstreich, und keiner weiß, was da wirklich passiert!

Es hat Abgeordnete gegeben, die sich darüber sehr erregt haben. ÖVP-Abgeordneter Karlheinz Kopf hat gesagt: Das ist ja unglaublich, dass so etwas ohne parlamentarische Arbeit, ohne Finanzausschuss, ohne Diskussion, ohne Begutachtung passiert, dass man hier ein System auf den Kopf stellt!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zwischenfrage: Die Argumente der Österreichischen Lotterien, die man teilen kann oder auch nicht, kennen wir aus den Akten. Mir ist derzeit einmal nur wichtig, bei wem oder mit wem Gespräche geführt worden sind. – Also mit dem Westenthaler haben Sie geredet in der Früh des 12. Juli. Von Westenthaler kennen wir jetzt die Aussage:

„Diese Novelle kommt ... ‚die Kugel ist aus dem Lauf‘ ... die Novelle ist nicht mehr aufzuhalten.“

Haben Sie sonst noch – Sie jetzt –, haben Sie damals sonst noch mit jemanden aus dem BZÖ gesprochen oder ausschließlich mit Westenthaler? Und haben Sie nach dieser Westenthaler-Aussage – es ist fix –, gesagt: Okay, was das BZÖ betrifft, brauchen wir nichts mehr zu machen!?

Bleiben wir einmal beim BZÖ: Sie haben nur mit Westenthaler geredet?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Für mich war das sehr klar.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also für Sie war durch dieses Westenthaler-Telefonat klar, das BZÖ ist *für* die Novelle und Sie haben diesbezüglich mit dem BZÖ keine weiteren Gespräche geführt? (*Dipl.-Ing. Stickler: Stimmt so!*) – Das ist korrekt. Gut.

Jetzt kommen wir zu ÖVP. Also Sie haben mit Herrn Kopf gesprochen. Es geht auch aus den Unterlagen hervor, dass Sie eine Verbindung zum Herrn Kopf haben – damals Wirtschaftsbund-Generalsekretär.

Mit wem haben Sie noch Kontakt gehabt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe mit Michael Ikrath gesprochen. Ich habe mit der Bundes-Sportorganisation gesprochen, also mit Sportvertretern, weil ja an den Österreichischen Lotterien auch die Sportförderung dranhängt.

Ich habe versucht, zu vermitteln, wenn die Umsätze ... – Damals ist die Sportförderung noch an der Höhe der Umsätze der Österreichischen Lotterien gehangen. Jetzt haben wir versucht, die Sportorganisationen dahin gehend zu sensibilisieren, dass, wenn da Umsätze woanders hinfließen, möglicherweise die Sportförderung in Österreich auch nicht mehr so sein wird, wie sie in der Vergangenheit war.

Ich habe in der Wirtschaftskammer angerufen, Anna Maria Hochhauser, als Standesvertretung quasi. Ja natürlich – also ich meine, das ist ja ganz klar –, ich habe natürlich auch den Aufsichtsratspräsidenten abgerufen ... – Entweder war ich das oder

der Leo Wallner, wir haben uns hier auch verschiedene Telefonate gegenseitig zugeordnet, wer mit wem redet. Das war ja auch ein zeitliches Problem, aber so grosso modo ...

Ich habe damals mit den Trafikanten gesprochen, weil wir gesagt haben, auch da kann sich vieles ändern. Und ich möchte hier nachdrücklich eines sagen, weil Sie mich das vielleicht mit einem gewissen Unterton gefragt haben: Es wurde hier – außer dass man versucht hat, die Situation darzustellen – überhaupt nichts in Aussicht gestellt, also von irgendwelchen zusätzlichen Argumenten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Konkrete Frage: Haben die Casinos Austria jemals Wahlkampfaktivitäten der Österreichischen Volkspartei organisiert oder bezahlt in den letzten Jahren?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Nicht dass ich wüsste.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zum Beispiel im Jahr 2008, zufälligerweise für den ehemaligen Klubobmann Molterer, den Sie auch hier genannt haben. Dazu gibt es auch eine Anzeige der FPÖ, dass die Casinos Austria im Jahr 2008 eine Wahlkampfveranstaltung des damaligen Herrn Spitzenkandidaten Molterer bezahlt haben. Das Catering von DO & CO wurde bezahlt, und das war eine Veranstaltung, zu der über 300 Personen eingeladen wurden. Diese Veranstaltung hat geheißen:

„Wege zum Gipfelsieg. Ein Abend mit Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer.“

Am 22. September 2008 um 19 Uhr. – Und wo hat das Ganze noch stattgefunden? – Zufälligerweise im Casino Baden!

Auf Basis der heutigen gesetzlichen Regelungen wäre das **strafrechtlich** relevant, was der Herr Molterer da gemacht hat. Er hat das Glück gehabt, dass es im Jahr 2008 diese gesetzlichen Verschärfungen, die wir heute haben, noch nicht gegeben hat. Aber Faktum ist, die Casinos haben Wahlkampfveranstaltungen der Österreichischen Volkspartei mitfinanziert, unter anderem ausgerechnet eine für jenen Mann, der im Jahr 2006 der Klubobmann und entscheidend war für die Änderung der Glücksspiel-Novelle.

Mich interessieren ja hauptsächlich die politischen Gespräche, Herr Stickler. Es ist diese Novelle oder ist dieser Abänderungsantrag dann nicht gekommen. Frage: Ist der Abänderungsantrag deswegen nicht gekommen – fasse ich das korrekt zusammen,? – ,weil Sie vor allem die Kanzlerpartei ÖVP davon überzeugen konnten, diesen Abänderungsantrag nicht einzubringen?

Konkrete Frage: Haben Sie dann von der ÖVP die Zusicherung bekommen, dass dieser Antrag nicht beschlossen wird? Wenn ja, **von wem** haben Sie diese Zusicherung bekommen, und wenn ja, **wann** haben Sie diese Zusicherung bekommen? – Dass Sie hauptsächlich mit ÖVP-Mandataren gesprochen haben – mir geht es nur um die politischen Gespräche: Ikrath, ÖVP; Kopf, ÖVP –, haben wir schon gehört.

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsbehandlung: Herr Abgeordneter Amon. – Bitte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Vorsitzende, zwei Dinge: Erstens, ich finde das eigentlich nicht akzeptabel, dass der Herr Kollege Petzner hier jetzt ein strafrechtliches Substrat konstruiert aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung, die es zu dem damaligen Zeitpunkt noch gar nicht gegeben hat. (*Abg. Petzner: Habe ich ja*

gesagt!) Ja, aber man versucht eine Darstellung vorzunehmen, die so nicht zulässig ist.

Und das Zweite ist, dass hier versucht wird, ein Sponsoring mit der zu untersuchenden Angelegenheit in einen Zusammenhang zu stellen. Wenn er diesen Zusammenhang – der nicht zulässig ist – aber nicht herstellen kann, dann ist meiner Meinung nach die Frage gar nicht zulässig.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, wir sind immer in einer Grenzsituation, wenn es um die Begründung von Fragestellungen geht. Es ist völlig zulässig, dass hier geschäftsordnungsmäßig Kritik geübt wird, es besteht für mich allerdings keine Möglichkeit, sozusagen die Fragestellungsbegründung in irgendeiner Form einzuschränken, außer sie verstößt gegen die Verfahrensordnung, und insofern bin ich dankbar für die Darstellung Ihrerseits.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das generelle Sponsoring ist aber nicht Untersuchungsgegenstand. (*Obfrau Dr. Moser: Ja, so ist es!*) – Ja, eben, also nicht zulässig.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es geht um die Zusicherung gegenüber der ÖVP, es geht um sogenannte politische Geschäfte. Sie haben also die Frage gestellt, jetzt kommt dann der Herr ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, nein! Wir waren ja thematisch schon ganz woanders.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, nein, Moment! Sie haben Ihre Frage schon gestellt, Die Geschäftsordnungs-Wortmeldung ist erledigt, Herr Dipl.-Ing. Stickler antwortet.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Darf ich trotzdem ganz kurz dazu Stellung nehmen? – Denn das war etwas, wo ich sage, ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie noch einmal unterbreche, der Herr Verfahrensanwalt wollte noch etwas sagen. (*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Bitte?*) – Wollten Sie nicht eine Stellungnahme abgeben betreffend die Zulässigkeit?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich kann das jetzt noch nachholen. An sich haben Sie, Frau Vorsitzende, zunächst schon eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Frage gefasst.

Nach dem, was hier der Vorgang ist, scheint mir die Frage doch zulässig zu sein, weil der Zusammenhang hergestellt wurde, dass im Hinblick auf eine mögliche Zusage, eine Gesetzesänderung hintanzuhalten, etwas geleistet wurde. Wir haben das immer wieder gehabt – gestern gab es die gleiche Debatte; Sie werden sich erinnern, Herr Dr. Pilz.

Ich glaube schon, dass der Zusammenhang da ist, und durch eine Antwort der Auskunftsperson wird klargestellt sein, ob ein Zusammenhang besteht oder nicht. Davon gehe ich aus.

Daher meine ich, dass die Frage an sich im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes liegt und gestellt werden darf. (*Abg. Petzner: Zur Geschäftsbehandlung!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bevor ich eine weitere Geschäftsordnungsmeldung – aber das ist die letzte, sonst unterbreche ich wieder Sitzung – zulasse, halte ich noch einmal fest, dass ich nach Anhörung des Verfahrensanwalts dann auf Antrag eines Mitglieds des Untersuchungsausschusses die Zulässigkeit der Fragestellung behandeln kann.

Bitte, es ist nicht üblich, zweimal zur Geschäftsordnung zu sprechen. Dann unterbreche ich die Sitzung ... (Abg. **Petzner**: *Frau Moser, ich melde mich zum ersten Mal zur Geschäftsordnung, Entschuldigung!*) – Ach so! Ja, stimmt. Sie haben ja zuerst die Frage begründet. (Abg. **Petzner**: *Der Herr Amon hat sich schon zweimal zur Geschäftsordnung gemeldet, was eigentlich nicht zulässig ist. Ich melde mich zum ersten Mal, und Sie erklären: Das ist aber das letzte Mal! – Also, ich weiß nicht, was da los ist! – Ich melde mich zum **ersten Mal**, und es gibt die Vereinbarung, dass ich mich auch medienöffentlich melden kann.*) – Bitte, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bitte nur, aufzupassen, dass man da nicht irgendetwas falsch unterstellt.

Zu diesem Sachverhalt führe ich im Rahmen einer Meldung zur Geschäftsordnung Folgendes aus: Ich habe – und wir sind ja schon bei einem ganz anderen Fragenkomplex – Herrn Stickler gefragt: Haben die Casinos Austria jemals Wahlveranstaltungen oder Wahlkampfaktivitäten der Österreichischen Volkspartei mitfinanziert oder gesponsert? – Herr Stickler hat sinngemäß geantwortet: nein.

Ich habe dann gesagt und habe dieser Antwort nur entgegengehalten, dass das unrichtig ist und habe dazu ein Beispiel genannt, nämlich diesen Abend mit Vizekanzler Molterer im Jahr 2008, und habe dazu ergänzt, dass es dazu auch eine Anzeige der FPÖ gegeben hat und dass betreffend diese Anzeige – dazu gibt es ja auch Medienberichte, dass diese Anzeige von der FPÖ eingebracht wurde – das Glück nur darin bestanden hat, dass zum damaligen Zeitpunkt das, was da geschehen ist, strafrechtlich noch nicht relevant war, dass das aus heutiger Sicht, auf Basis der heutigen Gesetzeslage, allerdings anders wäre.

Das war diese Feststellung, die im Nachhinein zu einer Fragebeantwortung des Herrn Stickler erfolgt ist, und damit war dieser Fragenkomplex für mich dann schon abgeschlossen.

Das heißt, ich habe Herrn Stickler zu diesem Abend bei den Casinos direkt gar nichts gefragt, sondern habe ihm nur auf seine Antwort hin, er weiß nichts von Sponsorings, ein konkretes Beispiel entgegengehalten und dazu meine Feststellungen getroffen, auch auf Basis von gerichtlichen Entscheidungen, und das wird wohl zulässig sein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zulässigkeit habe ich nie in Zweifel gezogen. (Abg. **Petzner**: *Das haben Sie aber vorhin ...!*) – Nein.

Bitte um die Antwort.

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Dipl.-Ing. Stickler

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Wenn ich jetzt sage, ich bin ein bisschen verwirrt, verstehen Sie das, bitte, denn ich weiß jetzt nicht mehr, worauf ich antworten soll. (Zwischenruf des Abg. **Petzner**.)

Ich möchte etwas dazu sagen: Wir sponsern natürlich Veranstaltungen, wo wir einen werblichen Gegenwert sehen und auch erwarten. Sie erwischen mich jetzt mit dieser einen Veranstaltung insofern falsch, als – und ich weiß, dass das sehr oft so ein bisschen vermischt wird ... – Ich sitze hier als Vorstand der Österreichischen Lotterien, das war ein Sponsoring der Casinos Austria. Also ich tue mich ein bisschen schwer, da jetzt wirklich etwas zu beantworten, denn das ist sozusagen nicht meine Baustelle.

Aber Sie haben mich gefragt – und ich glaube, das war die eigentliche, wesentliche Frage –: Wie habe ich erfahren oder woraus konnte ich schließen, dass dieser Abänderungsantrag **nicht** ins Parlament kommt?

Ich habe das von niemandem direkt gehört, muss ich sagen. Ich habe nur gehört, dass es hierüber eine sehr große Empörung bei verschiedenen Abgeordneten gab, dass das Parlament hier quasi ausgeschaltet wurde in diesem Direktkontakt, und dann ist es eben nicht gekommen.

Aber es hat mir keiner gesagt – und so weit sollte mein Einfluss oder meine Teilnahme da auch gar nicht gehen, dass man mir das irgendwie sagt –: Das kommt nicht! Aber ich habe versucht, unsere Argumente darzulegen, und offensichtlich sind unsere Argumente auf fruchtbaren Boden gefallen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ganz kurze Schlussfrage, dann ist meine Fragerunde sowieso aus. Sie haben gesagt: Empörung von Abgeordneten. – Die BZÖ-Abgeordneten können nicht empört gewesen sein, denn diesbezüglich haben Sie ja schon die Linie von Westenthaler gehört.

Wo haben Sie denn diese Empörung wahrgenommen, in welcher Fraktion? – Ich nehme an, das war vor allem die Österreichische Volkspartei, wo dann Empörung geherrscht hat?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe ja gesagt, ich habe eigentlich – außer jetzt Sport und Wirtschaftskammer –, ich habe ÖVP-Abgeordnete kontaktiert, und dort war ... (Abg. **Petzner:** *Ausschließlich ÖVP-Abgeordnete?*) – Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ausschließlich ÖVP-Abgeordnete. – Gut, das reicht mir schon für die erste Runde.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dipl.-Ing. Stickler, vielleicht eines zur Klarstellung: Kollege Petzner stellt in seinen Ausführungen ein Bekenntnis zum Monopol so dar, als ob das bereits ein Vergehen oder ein Delikt wäre. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Entstehen für das österreichische Glücksspielmonopol immer die Position jeder österreichischen Bundesregierung war und es daher auch zulässig war und zulässig ist, wenn ein Vertreter des Monopols, an dem ja auch die Republik Österreich beteiligt ist – man darf ja nie die Anteile der Münze vergessen – interveniert und aufmerksam macht, dass es bei einem solchen Abänderungsantrag zu enormen wirtschaftlichen Problemen kommt.

Ich möchte auch für die Kolleginnen und Kollegen und für die Journalisten eines festhalten: 2006 hat natürlich auch die Sozialdemokratie davon erfahren, dass es eben zu einem Abänderungsantrag kommen soll, mit dem das Monopol gefährdet wird oder de facto Liberalisierungen erfolgen sollen mit einer zweiten Konzession.

Wir Sozialdemokraten haben einem Abänderungsantrag in dieser Form nie zugestimmt. Ich war selbst daran beteiligt und habe auch mit Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP gesprochen, um diese Problematik offen zu diskutieren. Und von mir stammt auch eine parlamentarische Petition, die ich kurz darauf eingebracht habe, zur Aufrechterhaltung des Glücksspielmonopols. – Ich möchte das hier in aller Deutlichkeit sagen.

Man muss eines sagen: Das BZÖ war die einzige Partei im Parlament, die damals **für** eine Liberalisierung und **für** die Auflösung des Glücksspielmonopols eingetreten ist. Das ist politisch legitim, aber genauso legitim ist es, eben für das Glücksspielmonopol einzutreten – in Kenntnis der Problematik, der Sensibilität der Materie und insbesondere auch deswegen, weil man Glücksspiel nicht verbieten kann, sondern

Glücksspiel eben nur unter strengen regulatorischen Bedingungen abgewickelt werden kann.

Meine Frage an Sie, Herr Dipl.-Ing. Stickler: Wie stark waren im Jahre 2006 die Casinos Austria an den Lotterien beteiligt? Wie hoch war der Anteil an den Lotterien?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Der war damals 34 Prozent.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): 34 Prozent. – Und wann erwarben die Casinos Austria weitere Anteile beziehungsweise die Mehrheit?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: 2007 und 2008, so in der Größenordnung. Als dieser Verkauf der BAWAG-Anteile damals über die Bühne gegangen ist. Schlagen Sie mich nicht: 2008/2009, so in der Größenordnung – also relativ lange danach.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie hoch steht der Anteil zum gegenwärtigen Zeitpunkt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Jetzt? – 68 Prozent.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): 68 Prozent. Das heißt, zum damaligen Zeitpunkt, im Jahre 2006, waren die Casinos **Minderheitsgesellschafter** an den Lotterien. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben bereits auf die Frage der FPÖ geantwortet, als Sie Kollege Rosenkranz befragt hat, wann Sie etwas erfahren haben von dem Auftrag, den Herr Wallner erteilt oder nicht erteilt hat.

Ich frage noch einmal konkret nach: Sie waren in ein Auftragsverhältnis an die Agentur **Orange** nie eingebunden, ist das richtig?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich kann das sogar noch konkretisieren: Ich hatte **nie** Kontakt, **nie** ein Gespräch zu diesem Thema, zur Erstellung oder zu dieser Beratungsleistung oder zu einer Studie. Ich habe auch den Namen dieser Agentur zum ersten Mal gesehen, als ich mit dieser Rechnung konfrontiert wurde. Ich weiß von dieser Angelegenheit wirklich nichts, wobei ich – das möchte ich noch einmal hervorheben und unterstreichen – für diesen Bereich auch nicht zuständig war. Ich bin jetzt für diesen Bereich zuständig, aber im Jahr 2006 war für Responsible Gaming hauptverantwortlich Herr Dr. Wallner. Das hat damals bei den Casinos **Gäste-Angelegenheiten** geheißen und wurde im Rahmen eines Synergien-Projektes auch auf die Österreichischen Lotterien quasi erweitert.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Die Rechnung wurde von Ihnen abgezeichnet – und von wem noch?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Nochmals: Leo Wallner hat mich Ende September angerufen und gesagt: Es wird die Bezahlung dieser Rechnung urgiert. Bitte, veranlass die Bezahlung! – Ich habe ihn gefragt: Geht die Rechnung so in Ordnung? – Er hat gesagt: Ja, das ist von mir aus in Ordnung. Daraufhin habe ich diese Rechnung unterschrieben, bin aufgestanden – und deshalb erinnere ich mich an diesen Vorgang auch so genau –, bin durch das Sekretariat zu meiner Kollegin Bettina Glatz-Kremsner gegangen, die hat die Rechnung ebenfalls unterschrieben. Damit war das Vier-Augen-Prinzip gewährleistet, und die Rechnung konnte an das Finanz- und Rechnungswesen zur Überweisung gehen.

Ich bin dann – das ist jetzt eine Vermutung, aber es muss Ende September gewesen sein, wir hatten da eine Aufsichtsratssitzung der Lotterien – offensichtlich zum Vorstandsvorsitzenden und habe ihn gebeten, damit die Kompetenz- und Pouvoir-

Ordnung erfüllt ist, denn bei Beträgen über 200 000 € muss der Gesamtvorstand unterschreiben: Bitte, zeichne diese Rechnung ab! Dann hat Leo Wallner diese Rechnung unterzeichnet, und dann ging sie wieder an das Finanz- und Rechnungswesen. Also das war der Gang der ...

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie sind immer davon ausgegangen, dass das Beratungsleistungen waren?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Es steht ja auf der Rechnung drauf, und ich hatte ja keine andere Information. Ich habe den Vorstandsvorsitzenden gefragt: So in Ordnung? – Ja! Und damit war die Sache für mich durch.

Ich verstehe zwar jetzt diese Nachdenklichkeit des Abgeordneten Rosenkranz, dass man sagt, ja aber!, nur: Das war fünf Jahre **nach** diesem Vorgang, dass man dann sagt, irgendwo passt da manches nicht zusammen. Und dann ist es sehr schwierig, Sachen zu rekonstruieren.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte Ihnen gerne dieses sogenannte Gutachten des BZÖ vorlegen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Meine Frage: Kennen Sie dieses Gutachten?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Natürlich kenne ich es jetzt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Was halten Sie von diesem Gutachten?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Es ist ein kurzes Gutachten, und wenn Sie es auf diese Frage zuspitzen wollen: Als „stand alone“ müsste man sehr viel guten Willen haben, dafür 300 000 € zu bezahlen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Zu diesem Gutachten gibt es ja auch ein Gutachten, beauftragt von der Staatsanwaltschaft Salzburg, wo der Sachverständige Franz Marton zu folgenden Schlussfolgerungen kommt:

Auch bei großzügigster Auslegung der 2006 gängigen Honorarberechnungen erscheint unter Einbeziehung der bekannten Fakten die Verrechnung von 300 000 € für ein neunseitiges Schriftstück mindestens zwanzigfach überzogen und nicht gerechtfertigt. – Zitatende.

Teilen Sie diese Meinung?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich will dem Herrn Sachverständigen hier nicht widersprechen, der übrigens in seinem Gutachten von der „Webeagentur“ und nicht „Werbeagentur“ spricht, nur das zum zweiten „s“ bei Glücksspiel. Also auch der Herr Sachverständige macht Fehler.

Aber ich möchte nochmals darauf verweisen, dass für mich das Thema nicht das Gutachten war. *(Abg. Krainer: „Webeagentur“ finde ich da gar nicht so schlecht!)*

Also ich möchte nochmals darauf verweisen: Es ist mir zu diesem Zeitpunkt damals nicht um den Gegenwert des Gutachtens gegangen. Für mich war das Gutachten zum Zeitpunkt der Rechnungsabzeichnung irrelevant. Es stand da: Beratungsleistung von April bis Juli.

Wenn da gestanden wäre: Wir verrechnen für ein Gutachten 300 000 €., und ich hätte dieses Gutachten gesehen, hätte ich meinen Kollegen Leo Wallner gefragt: Ist das dein Ernst?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Frage: Hat Sie vor der Auszahlung des Betrages von 300 000 € Peter Westenthaler jemals angerufen und eine Zahlung durch die Lotterien urgiert?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Überhaupt nicht, nein. Also das kam über den Vorstandsvorsitzenden.

Ich habe am 12. Juli zwar mit Peter Westenthaler telefoniert, aber das war ein sehr kurzes Telefonat. Es ging ausschließlich um diesen Abänderungsantrag. Ich habe mit ihm über kein Gutachten, über keine Agentur gesprochen.

Ich möchte hier nochmals festhalten – das klingt jetzt im Nachhinein natürlich etwas seltsam –. Was diese Agentur **Orange** betrifft, habe ich damit keinen Zusammenhang mit dem BZÖ hergestellt. Das war eine Werbeagentur, und ich wusste nicht, dass da eine Nähe zu einer politischen Partei besteht. Agenturen haben sehr unterschiedliche Namen, Telefonunternehmen haben diesen Namen **Orange**. Also für mich war der Zusammenhang oder die Verbindung mit einer politischen Partei zu diesem Zeitpunkt absolut nicht greifbar.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Zu einem anderen Themenkomplex. Wann haben Sie als Vorstand bei den Lotterien erfahren, dass die Telekom Austria gemeinsam mit der Novomatic AG plant, ein Gaming-Portal gemeinsam zu führen, zu betreiben und ein gemeinsames Unternehmen zu gründen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das ist jetzt sehr schwer, weil das immer wieder gekommen ist.

Ich habe bereits berichtet von diesem Treffen mit Rudi Fischer, der mir gesagt hat, sie werden es versuchen. Ich weiß – und das wurde ja auch zitiert –, dass es immer wieder Kontakte mit uns gegeben hat von der Telekom zum Thema: Können wir da nicht etwas gemeinsam entwickeln? – Für uns war da die Strategie: Eigentlich sind wir Konzessionäre, und wozu bräuchten wir einen **Partner** für ein Internetportal? Also wir wollten da keine Partnerschaft mit der Telekom in Richtung einer Beteiligung eingehen. Also das war immer der Wunsch der Telekom.

Dass die Telekom dann irgendwann einmal beginnt, sich anders zu orientieren, weiß ich. Ich kann Ihnen auch sagen, dass mir diese Kontakte zwischen Novomatic und Telekom schon bewusst waren, dass da immer wieder gesprochen wurde. Wie konkret das bereits war, also dass man sich quasi auch schon über die Person des Geschäftsführers Gedanken gemacht hat und dass die Gesellschaft schon einen Namen hatte, das hat uns dann schon sehr überrascht.

Ich muss sagen, dass es so konkret war – und auch da wiederhole ich mich gerne –, dass da quasi dieser Abänderungsantrag schon auf dem Tisch gelegen ist, das hat mich wirklich schwer überrascht. Aber dass da immer wieder Überlegungen waren, ja, nur, ich wusste natürlich nicht, wie konkret diese Überlegungen waren. Das war mir bewusst.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gab ja zwei Berater, die da führend tätig waren: Walter Meischberger und Peter Hochegger. Hochegger.Com hat den Masterplan Novomatic entwickelt, wobei man sehr klar erkennen konnte, dass es hiebei um eine Änderung des Glücksspielgesetzes geht. Es ist sogar die Rede von einem vorbereiteten, vorformulierten Antrag, der von ÖVP, BZÖ im Nationalrat eingebracht werden sollte.

Wann haben Sie von diesem Masterplan und von dieser Strategie von Hochegger und Meischberger erfahren?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Von diesen Plänen haben wir überhaupt nichts gewusst. Da hat es keine Information, zumindest was meine Person betrifft, gegeben, dass da etwas im Laufen ist, ganz konkret über diesen Abänderungsantrag in der Nacht vom 11. auf den 12. Juli 2006.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gab ja diesen Initiativantrag, eingebracht von Stummvoll/Neudeck, der als sogenannte **Rakete** dienen sollte, der im Grunde genommen, wenn man ihn auch im Nachhinein liest, nichts am Glücksspielmonopol ändert, sondern einfach dafür da sein sollte, dass man einen Abänderungsantrag anhängen konnte.

Meine Frage: Hat man, bevor dieser Initiativantrag eingebracht wurde, mit dem Konzessionär Kontakt aufgenommen oder nicht?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich glaube nicht, aber das kann ich Ihnen nicht wirklich beantworten. Das ist jetzt eine Vermutung meinerseits, aber ich gehe davon aus: nein.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gibt ja den genauen Zeitplan von Hohegger.Com, wo genau vorgesehen ist, dass dieser Abänderungsantrag am 5. Juli 2006 beschlossen werden sollte und dann am 13. Juli im Nationalrat. Man sieht daran, dass hier fast handstreichartig durch einige Abgeordnete und später dann durch das Finanzministerium das Glücksspielmonopol aufgeweicht werden sollte.

Meine konkrete Frage: Ist mit dem Konzessionär beziehungsweise den Lotterien vor der Sitzung des Finanzausschusses am 5.7.2006 durch irgendeinen Abgeordneten der damaligen Regierungsparteien Kontakt aufgenommen worden? (*Dipl.-Ing. Stickler: Nein!*) – Herr Dipl.-Ing. Stickler, hat jemals Walter Meischberger mit Ihnen oder mit dem Konzessionär Kontakt aufgenommen, um eine Liberalisierung des Glücksspielgesetzes zu besprechen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Mit mir definitiv nicht, und ich glaube, das wäre auch nicht sehr sinnvoll gewesen, denn unsere Position war absolut klar: Wir sind ein Vertreter der gesamteuropäischen Linie, dass es für den Spielerschutz und dass es für das gesamte System des Glücksspiels sinnvoll ist, im Lotterienbereich Einzelkonzessionen zu vergeben beziehungsweise eine **Monopolsituation** aufrechtzuerhalten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte Sie auch in erster Linie zu dieser Zeit 11., 12., 13. Juli befragen – ich werde dann ein paar andere Sachen auch noch fragen. Natürlich geht es mir vor allem um das Verhalten der Klubs von ÖVP und BZÖ. Was ich mit Ihrer Hilfe herausarbeiten möchte, ist, dass es zu dieser Zeit zwischen den beiden Parlamentsklubs einen sehr großen Unterschied gegeben hat.

Meiner persönlichen Meinung nach hat sich der Klub der **ÖVP** grob fahrlässig verhalten, er hat aber eine sehr gefährliche Handlungsweise, die sich aufgrund dieser groben Fahrlässigkeit ergeben hat, im letzten Moment korrigiert.

Beim **BZÖ** war das meiner Meinung nach etwas ganz anderes. Da ist der Klub und nicht nur der Klub offensichtlich von zwei Seiten gekauft worden, und die jeweilige Seite des BZÖ hat versucht, ihrem jeweiligen Käufer im Wort zu bleiben. Also eine doppelt gekaufte Partei. Das ist eine völlig andere Situation als die Situation in der ÖVP.

Jetzt haben Sie auf die Frage des Abgeordneten Petzner gesagt, Sie seien – das ist ganz wichtig, und das wusste ich in dieser Form nicht – von Westenthaler auf dem

Weg zum Flugplatz informiert worden und so weiter – ich möchte das nicht alles wiederholen, auf das Gespräch möchte ich dann noch genauer eingehen – und Sie hätten niemanden vom BZÖ darüber hinaus informiert. – Herr Stickler, das stimmt nicht!

Sie haben gemeinsam mit Leo Wallner am **12. Juni 2006**, und zwar um 15.25 Uhr, ein Fax an Klubobmann Scheibner geschickt, in dem Sie ihn detailliert auf alles hingewiesen haben. Sie bekommen gleich eine Kopie.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich weiß das deswegen, weil Sie und Herr Wallner dieses Fax, das war in Briefform, an alle Klubs geschickt haben.

Dieser Brief ergeht auch an: Bundesminister Grasser, Klubobmann Molterer, Klubobmann Cap, Klubobmann Scheibner, Abgeordneten Stummvoll und – das Original, das wir haben, ist natürlich der Brief von unserem Klubobmann – an Alexander Van der Bellen. Das heißt, Sie haben sehr wohl den BZÖ-Klubobmann informiert und auf die dramatischen Folgen dieses putschartigen Vorgehens der Firma Novomatic mit Unterstützung des Finanzministers hingewiesen.

Was war die Antwort des BZÖ-Klubs auf diesen dramatischen Hinweis?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) *(zur Geschäftsbehandlung):* Ganz kurz. Mich würde interessieren, ob dieses Fax in den Akten drinnen ist, weil auf Ihrem Exemplar kein Sichtschutz drauf ist. *(Abg. Dr. Pilz: Es ist in den Akten! Ich verwende nur mein persönliches Exemplar, aber ich kann Ihnen gerne auch eines mit Sichtschutz zur Verfügung stellen!)* – Wir brauchen es nicht mit Sichtschutz, denn wenn Sie sagen, die Klubs haben es bekommen. *(Abg. Dr. Pilz: Die Klubs haben es, ja!)* – Den FPÖ-Klub hat es damals nicht gegeben.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich möchte das soweit jetzt klarstellen, dass für mich **kontaktieren** geheißen hat, ich rufe jemanden an oder kontaktiere jemanden persönlich. Wenn ich als Unternehmen jemandem einen Brief schreibe, ist das für mich eine andere Qualität. Ich würde bitten, das so zu sehen, dass ich hier nicht versucht habe, eine Falschaussage zu tätigen, sondern das war wirklich das Alarmieren aller anderen Personen über die dramatischen möglichen Konsequenzen.

Ich kann mich da überhaupt nicht erinnern, irgendeine ... – Ich weiß von keinem Klub irgendeine Antwort, ganz ehrlich gesagt.

Insofern habe ich mit Herrn Scheibner nie persönlich Kontakt gehabt oder habe mit ihm nicht telefoniert oder gesprochen in dieser Angelegenheit. Um das auch vielleicht einmal zu sagen: Ich habe Peter Westenthaler aus seiner Zeit als Bundesliga-Vorstand gekannt, und deshalb war dieser Anruf naheliegend.

Aber ich kann mich nicht an irgendeine unmittelbare Antwort auf dieses Schreiben erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Van der Bellen hat Ihnen schriftlich geantwortet am 20.7.2006, da haben Sie einen Brief bekommen. Aber unsere Haltung war ohnehin klar, weil wir gegen diese Vorgangsweise waren und davon auch überrascht worden sind.

Nur damit es kein Missverständnis gibt: Ich habe Sie nicht gefragt wegen des Verdachts einer möglichen falschen Zeugenaussage; ich habe das schon so verstanden, wie Sie es gesagt haben. Mir ist es nur darum gegangen, dass nicht der Eindruck entsteht, der BZÖ-Klub wäre nicht auf diese dramatische Situation aufmerksam gemacht worden. Das ist sehr wohl geschehen, nur hat es im BZÖ-Klub etwas Eigenartiges gegeben. Im Gegensatz zum Klub der ÖVP, die diese Dinge im letzten Moment doch ernst genommen haben – insbesondere der Abgeordnete Kopf und dann auch der Abgeordnete Stummvoll, der sich zuerst den Abänderungsantrag nicht ordentlich angeschaut hat, deswegen mein Vorwurf der Fahrlässigkeit –, hat sich der BZÖ-Klub überhaupt nicht irritieren lassen und dieses überfallsartige Täuschungsmanöver durch Novomatic und Finanzminister dadurch unterstützt, dass mit sieben Abänderungen noch den ganzen Abend im BZÖ-Klub an diesem parlamentarischen Täuschungs- und Ausnützungsmanöver gearbeitet worden ist. Das ist der Unterschied zwischen BZÖ und ÖVP.

Jetzt gehen wir zum anderen käuflichen Teil des BZÖ, nämlich zur Geschichte Westenthaler.

Sagen Sie, woher kennen Sie Herrn Westenthaler?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich kenne Herrn Westenthaler über den Fußball, über den Bundesliga-Vorstand, also aus dieser Zeit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte generalisierende Aussagen immer als Meinung kennzeichnen. Das war vorbildlich bei Beginn der Begründung der Fragestellung. Gegen Ende ging das meiner Meinung nach leider verloren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann sage ich meiner Meinung nach, dass das alles meiner Meinung nach war – und setze genau bei dem Punkt fort.

Da gibt es das Gespräch mit Westenthaler. Was mir aufgefallen ist: War das wirklich so, dass Sie der Abgeordnete Westenthaler davon überzeugt hat, dass es völlig sinnlos ist, noch mit irgendjemandem im BZÖ-Klub darüber zu reden?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Für mich war dieses Telefonat so klar, es war nämlich wirklich auch kurz, es war so, wenn Sie jemanden anrufen und der sagt: Pass einmal auf, das ist so und da brauchst du gar nicht mehr irgendwas zu versuchen, die Geschichte ist durch! – Für mich war das so, dass ich mir gedacht habe: Um Gottes willen, diese Sache ist unaufhaltbar!

Das war vielleicht ein Fehler, aber ich hatte damals aufgrund dieser Konstellation wirklich den für mich absoluten Eindruck: Diese Sache kommt!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Westenthaler war ja damals nicht einmal Nationalratsabgeordneter, sondern der designierte Spitzenkandidat des BZÖ. – Wussten Sie das damals?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Möglich, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der sagt Ihnen jetzt: Erstens, das ist alles im Laufen, zweitens, es hat überhaupt keinen Sinn, da irgendetwas zu unternehmen, die Geschichte ist durch! – Das hat auch fürs BZÖ vollkommen gestimmt; das war eine korrekte Einschätzung des späteren Abgeordneten Westenthaler.

Sie haben gesagt, Sie haben mit Kopf gesprochen, Sie haben mit Stummvoll gesprochen.

Mit wem haben Sie noch gesprochen? Ich möchte das jetzt ganz genau haben, mit wem von der ÖVP Sie gesprochen haben.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Stummvoll nicht, mit Michael Ikrath. (*Abg. Dr. Pilz: Ikrath, ja!*), dann mit Anna Maria Hochhauser von der Wirtschaftskammer. Ich habe sehr viel mit Sportvertretern gesprochen. Also das war BSO. Das war Peter Wittmann, mit dem ich damals gesprochen habe. Das war natürlich – und da weiß ich aber nicht, wer den angerufen hat – unser Aufsichtsratsvorsitzender, Walter Rothensteiner. Das war der Obmann der Tabaktrafikanter Peter Trinkl, mit dem ich gesprochen habe. (*Abg. Dr. Pilz: Gut!*) Also das waren so die Wesentlichen; ich habe sicher mehr telefoniert, aber wo ich gemeint habe, das mache **ich**.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist die eine Seite. Die scheint mir relativ klar. Das wird auch durch Zeugenaussagen und so weiter unterstützt. Da gibt es diese Intervention. Da wird auf dramatische Art und Weise der ÖVP-Klub darauf aufmerksam gemacht. Da gibt es eine Diskussion offensichtlich im ÖVP-Klub. Und in der Früh des 13. Juli 2006 ist im ÖVP-Klub klar: Okay, da machen wir nicht mehr mit! Wir lassen uns da von Novomatic nicht missbrauchen! – Das ist die eine Seite. Deswegen ist das offensichtlich auch gestorben.

Die andere Seite ist der Kauf des BZÖ-Spitzenkandidaten durch die Casinos und Lotterien mittels dieser Investition in das BZÖ und in den BZÖ-Spitzenkandidaten. (*Obfrau Dr. Moser: Ihrer Meinung nach!*) – **Meiner** Meinung nach.

Ich sage gleich, was mir da wichtig ist – das meiste ist ohnehin klar –, was dieses sogenannte Gutachten wert ist. Herr Eccher hat uns auch hier berichtet – und er war mit der Abwicklung betraut –, ihm ist auch nichts bekannt über irgendwelche Beratungsleistungen ab April 2006. Da hat es offensichtlich auch nichts gegeben. Das Einzige, was es gegeben haben dürfte, ist dieses sogenannte Gutachten.

Der entscheidende Punkt ist, dass wir feststellen, wann Westenthaler die Zusage bekommen hat: Es gibt 300 000 € aus den Lotterien. Und das müssen wir in diesem Untersuchungsausschuss herauszuarbeiten versuchen. Das ist, wenn man so will, der Missing Link.

Wir haben zwei Fragen zu klären: Erstens: Hat es eine verdeckte Parteienfinanzierung durch die Casinos, Lotterien ans BZÖ und den damaligen Spitzenkandidaten Westenthaler gegeben? Zweitens: Steht diese mögliche verdeckte Parteienfinanzierung im Zusammenhang mit der Abwehr des Novomatic-Versuchs vom 12., 13. Juli 2006?

Und deswegen ist jetzt ganz entscheidend: Wann ist das mit dem Abgeordneten Westenthaler ausgemacht worden? Wann haben die Casinos eben gesagt: Geh, Westenthaler, pass auf, du kriegst 300 000 €, irgendeine Gegenleistung bringen wir schon zusammen!

Haben Sie irgendeinen Hinweis darauf, wann das mit dem Herrn Westenthaler vereinbart worden ist, dass es da 300 000 € gibt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe absolut keinen Hinweis. Ich habe diese Rechnung zum ersten Mal bei mir in der Unterschriftenmappe auf meinem Schreibtisch gesehen. Ich habe **nie** mit dem Herrn Westenthaler über ein Beratungsmandat gesprochen, über eine Studie. Ich habe **nie** jemanden aus der **Agentur Orange** kontaktiert oder wurde kontaktiert. Mich hat **nie** jemand angesprochen von dort. Ich weiß von dieser Geschichte nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben **einfach** unterschrieben!

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe unterschrieben, weil mir der Vorstandsvorsitzende gesagt hat: Das ist in Ordnung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es hat es ja einen Sinn, dass man sagt: Da darf nicht einer allein im Vorstand unterschreiben, sondern mehrere Personen. Es hat Gutachten gegeben und so weiter, wie viele unterschreiben müssen. Und diese Gutachten sind zum Schluss gekommen, nachdem drei Unterschriften darauf waren, war das in Ordnung und auch rechtskonform.

Der Sinn des Ganzen ist aber offensichtlich **nicht**, dass einer unterschreibt und dann den anderen beiden sagt, ist eh alles in Ordnung, unterschreibt!, sondern dass sich alle drei **unabhängig voneinander** ein Bild machen und dann aus der eigenen Beurteilung heraus eine Unterschrift leisten. Mit der Unterschrift haben Sie ja nicht zu beurkunden, der Wallner hat eh recht oder ich traue dem Wallner, sondern: Ich habe mich überzeugt, dass das in Ordnung ist, und deswegen schreibe ich da „Stickler“ darunter.

Wie haben Sie sich überzeugt, dass den 300 000 € eine ordnungsgemäße und ausreichende Leistung gegenübersteht?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Nochmals: Ich habe den Vorstandsvorsitzenden gefragt: Ist diese Rechnung aus deiner Sicht in Ordnung? Und er hat gesagt: ja.

Erlauben Sie mir einen ganz kleinen Exkurs: Ich kann in einem Unternehmen mit einer Geschäftsverteilung nicht jeden Geschäftsvorgang überprüfen. Das ist undenkbar, auch wenn er größer ist. Ich kann jetzt auch nicht zu meiner Kollegin, die für IT zuständig ist, hingehen und sagen: Zeig mir die Programme, die ihr offensichtlich installiert habt, oder die Investition! Wo steht dieses Ding? – Das ist **unmöglich!** Wenn diese Rechnungen kommen und wenn sie vom Verantwortlichen freigegeben werden, dann ist das für mich ein völlig normaler Prozess.

Dazu kommt, dass ich zu diesem Zeitpunkt mit dem damaligen Vorstandsvorsitzenden 25 Jahre lang zusammengearbeitet habe. Also wenn Sie da nicht ein gewisses Vertrauensverhältnis entwickeln, dann können Sie nicht arbeiten und dann können Sie so ein Unternehmen nicht führen. Also ich weiß, dass das jetzt im Nachhinein ... Natürlich, ja, und dann ist dieses Gutachten da. Und war das wirklich so oder so? Aber das ist ja damals nicht „herausgesprungen“, das war ein ganz normales Geschäft. Da ist keine Partei dahinter gestanden. Da ist kein Name dahinter gestanden, wo man sagt: Ist das vielleicht ein verdächtiger Mensch oder irgendwas? Das war ja ein normaler Geschäftsvorgang zu einem Beratungsmandat über vier Monate.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Stickler, dass das für mich überhaupt nicht normal ist. Für mich ist es überhaupt **nicht normal**, dass man einfach das Vier- oder Sechs-Augen-Prinzip **ignoriert**, denn genauso ist illegale und verdeckte Parteienfinanzierung über Unternehmen möglich, indem einzelne Vorstandsmitglieder ihren gesetzlichen und unternehmensinternen Verpflichtungen schlicht und einfach **nicht nachkommen** und sagen: Wenn der sagt, das ist in Ordnung, dann unterschreibe ich! Damit ist die unternehmensinterne Kontrolle auf Vorstandsebene schlicht und einfach **ausgeschaltet!**

Deswegen halte ich fest, dass das möglicherweise ganz anders ausgegangen wäre und diese verdeckte BZÖ-Parteienfinanzierung nicht möglich gewesen wäre oder **vielleicht** nicht möglich gewesen wäre, wenn **Sie** Ihren Verpflichtungen gegenüber Generaldirektor Wallner beim Unterschreiben dieser Rechnung nachgekommen wären.

Ich halte das für **keine Selbstverständlichkeit**, dass man hergeht und sagt: Ich kenne den seit 25 Jahren; ich glaube ihm und deswegen unterschreibe ich! – So sollten Unternehmen **nicht** funktionieren. Ich hoffe, Sie verstehen das.

Warum ich das dermaßen kritisch anmerke: Ist Ihnen zumindest im Nachhinein klar, dass Sie in diesem Zusammenhang Ihren Verpflichtungen auch der internen Kontrolle und des Vier- oder Sechs-Augen-Prinzips **nicht** nachgekommen sind?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ist das jetzt eher eine Suggestivfrage oder ...?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ganz einfach, ich halte das **wirklich** für wichtig, ob Ihnen zumindest im **Nachhinein** klar ist, dass Sie diesen Verpflichtungen **nicht** nachgekommen sind.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe das Gefühl, dass dieser Prozess für mich damals durchaus in Ordnung und rechtfertigbar war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie das so sehen, dann sind die Eigentümer und Eigentümerinnen der Lotterien gut beraten, sich anzuschauen, wer in Zukunft die Geschäfte führen soll. – Danke.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich verweise auf das „profil“ vom 17. Juli 2006, wo es heißt:

„Stickler legte zwei gewichtige Argumente vor: die österreichische Sporthilfe, die zu einem großen Teil über die Lotterien finanziert wird, und den geplanten Verkauf der BAWAG. Durch einen neuen heimischen Konkurrenten für die Lotterien und Casinos Austria müsste die Finanzhilfe für den Sport drastisch gekürzt werden, warnte Stickler, was Innenministerin Liese Prokop, ehemalige Fünfkampf-Olympionikin, und Sportstaatssekretär Karl Schweitzer in Aufregung versetzte.“

Herr Stickler, hatten Sie in dieser Causa Kontakt mit dem ehemaligen Herrn Staatssekretär Schweitzer?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: In dieser Causa definitiv nicht. Ich hatte mit Karl Schweitzer während der Vorbereitung der Europameisterschaft und in meiner Funktion als ÖFB-Präsident zu tun, aber nicht in einer Angelegenheit, die außerhalb des Sports lag; definitiv nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist allerdings verwunderlich, dass es mit dem zuständigen Sportsekretär, der ja Hauptbetroffener in diesem Fall ist, bei der Thematik, die Sie ansprechen, nämlich einer drastischen Kürzung der Fördermittel, keinen Kontakt gibt.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Sportförderung und die Gefahren, die für die Sportförderung bestehen, waren natürlich ein Thema.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Stickler, ich habe diese Frage gestern auch dem ehemaligen Herrn Finanzminister gestellt, und er hat sie leider verneint. Der ehemalige Herr Finanzminister hat zum damaligen Zeitpunkt argumentiert, dass, wenn es keinen österreichischen Anbieter gäbe, die Gefahr groß sei, dass österreichische Spieler aufgrund der internationalen Vernetzung im elektronischen Bereich das Glücksspiel im **Ausland** wahrnehmen und dass es daraus resultierend zu beachtlichen Abflüssen finanzieller Natur und daraus resultierend auch zu Abflüssen von Finanzmitteln in Richtung des Sports käme.

Meine Frage an Mag. Grasser war eine Vergleichsrechnung. Wenn das in den Raum gestellt wird, muss man ja wissen, was das ungefähr bedeuten kann, wenn die Variante A, das Monopol, bleibt und die Variante B, es gibt einen Zweitanbieter, der dieses Problem, das es anscheinend gibt, nämlich des Finanzstromabflusses ins Ausland, erfolgt.

Haben Sie – ich nehme an, das ist eine logische Frage, die man sich in Ihrem Haus stellen muss – einen derartigen Vergleich angestellt und können Sie uns dazu Zahlen nennen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich kann Ihnen hier ad hoc jetzt nicht wirklich Volumina angeben. Das ist natürlich alles hypothetisch, aber wir gehen davon aus – und das ist, glaube ich, ein durchaus realistischer Näherungswert –, dass wir, weil ja gegen illegale Anbieter im Internet nicht vorgegangen wird, trotzdem einen Marktanteil von etwa 60 Prozent haben. Das heißt, 40 Prozent unseres Steueraufkommens könnten jetzt ins Ausland fließen, wobei internationale Anbieter ja nicht nur casinoähnliche Spiele anbieten oder so. Also ich glaube, dass dieser Abfluss, der da so dramatisch plakatiert wird, nicht über eine Größenordnung von 30, 40 Millionen € hinausgeht – mit Sicherheit nicht. Aber das hängt jetzt nicht damit zusammen – das ist ja einer der großen Irrtümer in dieser Diskussion –, zu denken, dass man diesen Abfluss verhindert, wenn man ein oder zwei Lizenzen im Inland vergibt. Es bleiben ja Tausende von illegalen Anbietern trotzdem auf dem Markt. Denn solange man nichts gegen die illegalen Anbieter tut, läuft das einfach so.

Also das heißt, wenn, dann wäre eher der Kampf gegen **illegale Anbieter** vorrangig als das Vergeben von zusätzlichen Lizenzen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ihren Worten entnehme ich, dass es ein Potenzial von 40 Prozent gibt, das nach einem gewissen Prozentschlüssel aufzuteilen ist in illegale und legale Dimension, und es gibt sehr wohl daraus resultierend einen Abfluss ins Ausland.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ja, aber den wird es immer geben, solange man die Illegalen nicht einfach sperrt. Also das heißt, man wird ja nicht jetzt all denen, die diese Umsätze in Österreich machen, eine Lizenz geben. Und das war ja überhaupt dann ein neues Konsortium. Also das wäre sogar ein zusätzlicher Anbieter gewesen und keiner, der diese Umsätze de facto absaugt. Sie können davon ausgehen, dass es zirka 8 000 illegale Anbieter gibt. Wenn Sie jetzt zweien davon eine Lizenz geben, dann haben Sie ja nicht die Differenz auf die 60 Prozent, sondern dann haben Sie vielleicht, ich weiß nicht, 3, 4, 5 Prozent dieses Umsatzes.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber ich denke, das muss sich doch im Zuge einer korrekten, seriösen, fundierten Studie feststellen lassen, wie viel Geld in diesem Zusammenhang abfließt. Ich bin etwas verwundert, dass das nicht detaillierter dargestellt werden kann.

Gestatten Sie mir, Herr Dipl.-Ing. Stickler, dass ich Ihnen eine Frage zu den Werbeagenturen in Ihrem Unternehmen stelle. Können Sie mir die Namen jener Werbeagenturen nennen, mit denen Sie seit Jahren zusammenarbeiten – ich denke, es wird der Fall sein, dass es solche in Ihrem Unternehmen gibt –, beziehungsweise war Ihnen zum damaligen Zeitpunkt bekannt, dass es sich bei der Werbeagentur **Orange** um eine Werbeagentur, die sich quasi im Besitz einer Partei befindet, handelt? Haben Sie das gewusst und haben Sie das bewusst in diese Richtung betrachtet?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich möchte das noch einmal hervorheben: Es war mir damals zu keinem Zeitpunkt bewusst, dass **Orange** eine Werbeagentur ist, die in einem Naheverhältnis zu einer politischen Partei steht. Für mich war die Agentur ein ... Also ich habe sie nicht gekannt; sagen wir es so.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Stickler! Die 300 000 €-Studie, die seitens der Orange Werbeagentur abgeliefert wurde, beschäftigt sich auf neun Seiten mit **Responsible Gaming**. Soviel ich weiß und soweit ich informiert bin, gibt es bei Ihnen im Haus eine Abteilung, die sich seit Jahren mit dieser Aufgabenstellung beschäftigt. Umso mehr ist es, wie ich meine, verwunderlich, dass man, wenn man im Haus eine eigene Abteilung für dieses Aufgabenfeld hat, nicht diese Abteilung zu Rate zieht, sondern **extern** einen Auftrag vergibt, der dann in neun Seiten endet. Ich möchte

nicht die neun Seiten kritisieren. Eine geniale Antwort auf neun Seiten ist auch etwas Wertvolles. Diese Genialität suche ich aber da noch.

Meine Frage: Hätten Sie, wenn Sie die Verantwortung getragen hätten, eine externe Studie beauftragt, wenn Sie diese Struktur **im Haus** zur Verfügung haben?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das ist jetzt natürlich eine sehr hypothetische Frage. Ich bin **jetzt** auch für diesen Bereich zuständig. Aber es war damals eine Phase, soweit ich mich erinnern kann, in der einiges in der Unternehmensgruppe umgestellt wurde. Nochmals: Ich war zu diesem Zeitpunkt nicht für Responsible Gaming zuständig, aber wir hatten oder wir haben eine Internettochter, **win2day**, die damals einige größere Umstellungen vorgenommen hat. Das war in Richtung Registrierung von Spielteilnehmern, das war in Richtung Altersgrenzen, Einsatzgrenzen.

Ich verstehe den Wunsch, dass man sagt, man möchte sich in diesen Bereichen auch **externe** Expertise verschaffen. Für mich war das nicht so, dass ich sage: Ich begreife das nicht! Gerade was den Bereich **Internet** betrifft, war die Expertise zum Thema Responsible Gaming in der Gruppe nicht sehr groß, weil das Internet ja völlig andere Voraussetzungen bringt als der Casinobetrieb, terrestrisch, als die Lottoannahme. Es war für mich nicht so, dass ich nur ein großes Fragezeichen gesehen habe: Warum braucht man zu diesem Thema **Beratung** oder eine **Studie**?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Dipl.-Ing., darf ich das so zusammenfassen: Das heißt, das ist für Sie ein neues Geschäftsfeld in einem sehr technologisch innovativen Bereich, wo Sie der Meinung waren, ein externes Controlling für Ihre Arbeitsgruppe im Haus könnte durchaus dienlich sein?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich würde nicht sagen, dass eine Beratung oder – jetzt wollen wir nicht über die Qualität einer Studie sprechen – eine Studie zu diesem Thema keinen Sinn macht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Dipl.-Ing., ich darf Sie mit Ihrer Aussage konfrontieren, wo Sie gefragt wurden:

Haben Sie mit Dr. Wallner über diese Rechnung, die legendären 300 000 €, beziehungsweise den Vorgang gesprochen?

Ich darf das kurz zu Gehör bringen und Sie dann fragen, wie Sie das aus heutiger Sicht sehen. Man muss nämlich aufgrund Ihrer Antwort den Eindruck gewinnen, dass man Sie da quasi zwangsbeglücken wollte beziehungsweise Ihnen einen Teil der Verantwortung oder einen größeren Teil der Verantwortung aufzubürden versuchte.

Ihre Antwort lautete:

Nein, darüber habe ich mit ihm nicht gesprochen, und ich kann das auch erklären.

Der Redakteur Fleckl vom „Kurier“ interviewte im September 2010 Herrn Dr. Wallner. Fleckl fragte Wallner, ob er von dieser Rechnung etwas weiß. Erst nachdem ihm Fleckl vorgehalten hat, dass er die abgezeichnete Rechnung mit den drei Unterschriften –

Frau Mag. Glatz-Kremsner, Dr. Wallner und meine Unterschrift –

hat, stellte es Wallner so dar, dass er nicht wüsste, was die da geltend gemacht haben. Ich vermute, dass Dr. Wallner sich nur jene Kopie der Rechnung aufbehalten hatte, auf der die Unterschriften von Mag. Glatz-Kremsner und mir waren.

Erklärend führe ich aus, dass Dr. Wallner die Rechnung auch abzeichnete, und zwar relativ bald nach uns. Das geht aus einem weiteren Stempel des Rechnungswesens hervor, nämlich 3.10.2006, der wieder auf der Rechnung angebracht wurde, und zu dem Tag ist auch die Unterschrift des Dr. Wallner auf der Rechnung. Bei uns herrscht

das Vier-Augen-Prinzip, und zur Anweisung der Rechnung hätten die Unterschriften von Mag. Glatz-Kremsner und mir genügt. – Zitatende.

Heute haben wir erfahren, dass, da die Betragsdimension von 200 000 € überschritten wurde, der **Gesamtvorstand** zu unterfertigen hatte.

Ist für Sie aus heutiger Sicht die Vorgangsweise beziehungsweise die Aussage des Herrn Dr. Wallner, was doch eher dahin deutet: Das haben die beiden zu verantworten, ich weiß nicht genau, was da passiert ist und was das überhaupt soll!, nicht irritierend?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich bin ganz bei Ihnen, das hat mich irritiert, ich habe es auch nicht verstanden. Nur zum damaligen Zeitpunkt – und ich muss jetzt wieder zurück in das Jahr 2006 – war die Situation für mich eine andere. Insofern glaube ich jetzt aufgrund meiner persönlichen Rekonstruktion, dass das sehr kurz danach geschehen ist. Am 30. September hatten wir Lotterien-Aufsichtsratssitzung, und ich glaube, an diesem Tag hat Dr. Wallner dann die dritte Unterschrift geleistet. So sehe ich das.

Dass er sich jetzt überhaupt nicht mehr an diese Vorgänge erinnert, das verstehe ich nicht ganz, muss ich sagen, weil ich von mir definitiv weiß – und ich möchte das wirklich noch einmal ganz nachdrücklich hier festhalten –: Ich habe keine Studie in Auftrag gegeben, keine Beauftragung einer Beratungsleistung erteilt, ich habe mit den Leuten nie gesprochen! Ich habe zum ersten Mal mit **Orange** Kontakt gehabt, als ich diese Rechnung in meiner Unterschriftenmappe auf meinem Schreibtisch vorgefunden habe.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Konkret, Herr Dipl.-Ing. Stickler: Fühlen Sie sich von Herrn Dr. Wallner getäuscht?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ein bisschen, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mir geht es auch darum – und da sind wir vorhin unterbrochen worden, aber es sind auch andere Fragen dahin gegangen –, dass Sie gesagt haben, Sie sind nicht zuständig dafür. – Sie sind Generaldirektor-Stellvertreter in der Lotterien GmbH. Wer, welches Vorstandsmitglied ist denn im Bereich der Rechtsabteilung, wo es um Schadenersatzansprüche geht, um Vertragsverhältnisse oder Ähnliches, zuständig dafür, diese offensichtliche – weil einfach die Wertrelation nicht passt – **Malversation** aufzuklären und entsprechenden **Schadenersatz**, eine **Anfechtung** oder was auch immer zu erheben, dass das zu viel bezahlte Geld an die Lotterien zurückkommt? Wer ist dafür zuständig?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Wir haben jetzt eine neue Struktur innerhalb der Gruppe. Es gibt die Unternehmensbereiche und dazu sogenannte **Corporate Functions**, und da ist der Bereich Legal Affairs für Rechtsfragen geschaffen worden. Und für diese Gruppe ist Casino-Vorstand Dietmar Hoscher zuständig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn Sie sich in irgendeiner Form treffen, zusammensetzen, wie auch immer: Haben Sie dazu irgendeine informative Wahrnehmung bekommen, ob seitens der Lotterien auf zivilrechtlichem Weg betrieben wird, dass das zu viel Bezahlte zurückkommt? Wurde da jemand beauftragt, gibt es eine Anwaltskanzlei? Ich will jetzt gar keine Namen wissen oder sonst etwas, sondern einfach nur den ganz nüchternen Vorgang, wie sich Ihr Unternehmen in diesem letzten Jahr, als das hochgekommen ist und so weiter, intern damit auseinandergesetzt hat.

Hat man gefragt: Wer hat den Auftrag erteilt, wer wurde beraten? Hat man diese grundlegenden Dinge einmal hinterfragt? Man kann ja nicht einfach nur sagen: Wir wollen das jetzt!, sondern man muss ja wohl auch eine gewisse **Recherche** betreiben.

Was wissen Sie davon, oder hat Sie das aufgrund der Geschäftsverteilung überhaupt nicht zu interessieren? Was haben die Lotterien unternommen, um quasi wieder zu diesem zu viel bezahlten Geld zu kommen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich kann erstens dazu sagen, dass keine Überlegungen in diese Richtung angestellt wurden. Ich glaube nur, dass das sehr suggestiv ist, wenn Sie sagen: zu viel bezahlt.

Ich bin damals – noch einmal – davon ausgegangen, dass es Beratungsleistungen gegeben hat, dass es diese wenn auch dünne Studie gegeben hat und dass es eine **Bewertung** gegeben hat, die die Leistung als **adäquat** gesehen hat.

Wenn Sie jetzt sagen, das ist nicht kongruent, dann ist das für mich eine Meinung Ihrerseits, aber das ist nicht objektivierbar für mich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Generaldirektor, Sie haben eine Meinung vor dieser Unterschrift gehabt und auch lange Zeit nach dieser Unterschrift, aber Sie sagen selbst in Ihrer eigenen Zeugeneinvernahme:

Wenn das die einzige Leistung war, dann war das eindeutig überzahlt!

Diese Studie allein, haben Sie auch heute dem Ausschuss gesagt, ist sicher keine 300 000 € wert.

Sie haben auch über diesen Vorgang bei Herrn Wallner gesagt – das war die letzte Frage –, dass Sie sogar ein **bisschen enttäuscht** sind, dass das so gelaufen ist. Im Nachhinein sagen Sie, weil Sie damals gedacht haben, das ist in Ordnung.

Ich stelle mir das jetzt plastisch so vor: Ich lege Ihnen eine Honorarnote von mir vor. Keiner weiß, wer mir den Auftrag gegeben hat, keiner weiß, welche Leistung ich erbracht habe, aber ein Kollege sagt: Unterschreib' da! – und das war es für ewige und alle Zeiten, nach Möglichkeit sogar noch so lange, bis Verjährungen eingetreten sind? Das kann und will ich mir bei einem österreichischen Unternehmen so nicht vorstellen!

Sie sind der Gesellschafter, Sie sind verantwortlich! Es wird unter Umständen irgendwann einmal das Finanzamt vor der Tür stehen, und wenn Sie Scheinrechnungen gemacht und sich dafür die Umsatzsteuer einbehalten haben, weil die Leistung nicht gestimmt hat, dann fällt das ja alles auf das Unternehmen, auch in wirtschaftlicher Sicht, zurück. – Darüber macht sich niemand Gedanken?! Ich verstehe das nicht. Wenn es heißt, damals wird es vielleicht etwas gegeben haben, dann muss doch irgendwo eine Abteilung sein, die recherchiert, von wem der **Auftrag** gekommen ist!?

Können Sie mir sagen, wer den Auftrag an **Orange** erteilt hat?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich kann Ihnen nur sagen, ich war es nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat sich die Firma intern erkundigt, **wer** den Auftrag erteilt hat? Es muss ja eine **interne Revision** geben, irgendetwas. Ich verstehe es wirklich nicht, dass man das so einfach ... – Ich schicke Ihnen morgen gleich eine Rechnung – und Sie überweisen das einfach so? Das kann ich mir nicht vorstellen. Ist das damals wirklich so gelaufen? (*Dipl.-Ing. Stickler: Wie meinen Sie, was ist wie gelaufen?*)

Man weiß jetzt, es ist zu viel bezahlt worden, und das Unternehmen sagt, objektiv, aufgrund eines Gutachtens auch in einem Strafprozess – es wird derzeit sogar ein

Strafverfahren gegen Herrn Leo Wallner geführt, er wird als Beschuldigter geführt –: Was sollen wir da tun?

Ist nachgefragt worden – immer alles nachträglich, immer erst alles von mir aus im letzten Jahr –, hat das Unternehmen intern nachgefragt: **Wer** wurde von der **Orange** Werbeagentur GmbH zum Thema „Responsible Gaming“ beraten? Aufzeigen! Ein Rundmail an alle Mitarbeiter, auch an pensionierte: Wer hat eine Beratungsleistung von **Orange** bekommen? – Ist so etwas jemals passiert? (*Dipl.-Ing. Stickler: Nein!*) Oder ist ein Betrag von 300 000 € so etwas unvorstellbar Geringes für die Lotterien, dass man sagt: Da tun wir uns gar nicht die Arbeit an!?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Nein, meines Wissens nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Molterer ist bei Ihnen einmal vorgekommen. – Haben Sie mit dem damaligen Herrn Klubobmann Molterer im Zusammenhang mit dem Glücksspielgesetz beziehungsweise einer Novelle jemals Gespräche geführt? (*Dipl.-Ing. Stickler: Zu dieser jetzt ganz konkret?*) – Zu der im Jahr 2006. Molterer war damals in der Funktion des ÖVP-Klubobmanns.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Meines Wissens erst im Nachhinein, und da war eben diese Aussage: Was hast du eigentlich dagegen, wenn sie ein bisschen wetten?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe das akustisch nicht verstanden. – Im Nachhinein haben Sie mit Molterer damals gesprochen, als ÖVP-Klubobmann?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ja. Ich habe ihn bei einer Veranstaltung getroffen, das war kein formeller Termin, und Herr Molterer hat mich gefragt: Was hast du eigentlich dagegen, wenn die ein bisschen im Internet wetten?, was mir eben diesen Verdacht sehr nahe gebracht hat, dass man sich über die Dimensionen dieser Novelle ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, aber Molterer hat zu Ihnen im Nachhinein gesagt: Was hast du eigentlich dagegen, wenn die ein bisschen im Internet wetten? – Das ist ja eher ein Zeichen dafür, dass Klubobmann Molterer offensichtlich damals auch im Nachhinein der Ansicht war, dass man sehr wohl diese Änderung machen sollte.

Interpretiere ich das richtig? Ich kann diese Aussage nur so interpretieren. Wie würden Sie sie interpretieren?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Dass es für ihn so dramatisch nicht gewesen wäre.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und dass er sich das, wenn er fragt: Was ist da so schlimm dran?, durchaus weiter vorstellen konnte?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Hätte, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sage Ihnen jetzt, ich betone, was meine Meinung ist, und stelle dann dazu gleich meine nächste Frage.

Herr Molterer war – und das zeigt auch diese Aussage – weiter dafür. Nur hat es in der ÖVP zwei Fraktionen gegeben: die Raiffeisen-Fraktion, die natürlich die Casino-Interessen verfolgt, und die Novomatic-Fraktion, zu der unter anderem Molterer gehört hat, die sehr wohl diese Öffnung vorgehabt hat.

Jetzt gehen wir einmal zu diesen beiden Fraktionen innerhalb der ÖVP, der **Novomatic-** und der **Raiffeisen-Fraktion**, wo sich am Ende die Raiffeisen-Fraktion wieder einmal durchgesetzt hat!

Sie haben gesagt, Sie haben auch mit Herrn Rothensteiner gesprochen im Zuge Ihrer Telefonate zwischen dem Abend des 11. Juli und dem 13. Juli. – Was haben Sie denn Herrn Rothensteiner von Raiffeisen gesagt, und wie hat Herr Rothensteiner dann reagiert beziehungsweise was hat Herr Rothensteiner gesagt, was er machen wird?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich möchte das insofern relativieren, als dass ich nicht weiß, ob ich mit ihm gesprochen habe oder Leo Wallner. Kann sein, dass Leo Wallner mit ihm gesprochen hat und nicht ich. Aber jedenfalls ist das vollkommen klar, dass man den Aufsichtsratsvorsitzenden, der ja die Gesamtverantwortung hat, über eine derartige Initiative informiert. Und ich nehme an, dass sich Herr Dr. Rothensteiner dann überlegt hat, was er machen kann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was hätte er denn machen können?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Genau dasselbe, das wir versucht haben: Abgeordnete davon zu überzeugen, dass das, was da beschlossen werden soll, **nicht** sinnvoll ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau. Sie formulieren das sehr schön, ich muss das ein bisschen dramatischer formulieren. Im Rahmen meiner Meinung sage ich: Natürlich ist Herr Rothensteiner aktiv geworden, natürlich hat er Abgeordnete kontaktiert. Welche Abgeordneten hat er kontaktiert? – Die Abgeordneten der Raiffeisen-Fraktion innerhalb der ÖVP, und von denen gibt es ja nicht wenige.

Dann ist es dort rundgegangen, und damit kommen wir eben zu dem Morgen dieses 13. Juli 2006. Da bestätigt sich auch das, was ich gestern gesagt habe: dass Herr Molterer kommt und sagt: Leider schaffen wir das nicht, der Druck ist intern bei uns zu groß!

Herr Molterer wollte es ja offensichtlich – das zeigt auch Ihre Aussage, dass er gefragt hat: Was hast du dagegen, wenn im Internet ein bisschen gewettet wird? Das zeigt im Nachhinein, dass Herr Molterer offensichtlich bedauert hat, dass er sich damals als Klubobmann intern gegen die Raiffeisen-Fraktion nicht durchsetzen konnte.

Frage dazu: Haben eigentlich auch die Casinos beziehungsweise die Österreichischen Lotterien eine Lobbying-Agentur beschäftigt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Zu jenem Zeitpunkt nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lege Ihnen dazu ein Schriftstück vor, das aus jener Zeit, vom 5. Oktober 2006, stammt. Lesen Sie sich das einmal durch und überlegen Sie sich dann Ihre Antwort noch einmal!

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler *(nach Durchsicht des vorgelegten Schriftstücks):* Ich habe gesagt: zu jenem Zeitpunkt nicht. Das war **Juli 2006**, der Zeitpunkt, über den wir jetzt reden.

Wir haben dann, das geht aus diesem Papier hervor, einen Vertrag mit **Kovar & Köppl** – das ist eine PR-Agentur – abgeschlossen, aber ich gehe nicht davon aus, dass wir diesen bereits im Juni/Juli 2006 hatten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann haben Sie die Agentur Kovar & Köppl, PR- und Lobbying-Agentur, genau bestellt? Können Sie den Zeitpunkt genau eingrenzen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das kann ich Ihnen auf den Tag genau oder auch ungefähr nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie können es auch nicht ausschließen? Das Mail stammt vom 5. Oktober 2006. *(Dipl.-Ing. Stickler: Das war*

ziemlich danach!) Aber es kann auch sein, dass die Agentur auch im Juni 2006 schon aktiv war.

Warum können Sie das so fix ausschließen, wenn Sie nicht beantworten können, wann Sie den Vertrag mit dieser PR- und Lobbying-Agentur geschlossen haben?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das ist jetzt eine Hypothese meinerseits, aber ich nehme an, wenn wir eine Lobbying-Agentur zu diesem Zeitpunkt gehabt hätten, dass wir uns sofort mit ihr zusammengesetzt hätten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie wissen, Hypothesen müssen nicht immer halten. – Gut, wir werden dann auch Herrn Wallner dazu befragen.

Wir legen Ihnen noch etwas anderes vor.

(Der Auskunftsperson werden weitere Schriftstücke vorgelegt.)

Das ist jetzt ein Dokument von der gegnerischen Lobbying-Agentur, nämlich von der von Hochegger. Die schreiben da in einem Jour-Fixe-Bericht betreffend Ihre Person:

Aufbau einer Themenkarriere, Friedrich Stickler wird in der Öffentlichkeit immer unbeliebter und unsympathischer. – Zitatende.

Ich teile diese Meinung, ehrlich gesagt, nicht, aber gut, die haben das so angeführt. Das ist vielleicht auch für Sie einmal spannend, zu lesen, was man alles **gegen Sie** vorgehabt hat.

Zitat: Infragestellen der Management-Qualitäten von Wallner und Stickler, massive Schwächen im Management, Stichwort: Verwirtschaftung. – Zitatende.

Also die Hochegger-Gruppe hat da fleißig an einer „Dirty Campaign“ gegen Sie und Herrn Wallner gearbeitet. Und zu dieser „Dirty Campaign“ gehört – das Dokument stammt vom 18. September 2006, also wir sind da schon nach dieser besagten Zeit –, steht da:

Story lancieren.

Da sollte offensichtlich lanciert werden, dass Sie dem BZÖ – nämlich Scheibner, Westenthaler – Wahlkampfspenden haben zukommen lassen.

Was sagen Sie zu diesem Absatz: Hat das irgendeinen konkreten Hintergrund? Da steht Ihr Name, Stickler, aber da steht nichts von Wallner.

Hat das einen konkreten Hintergrund – oder ist das ausschließlich eine Dirty-Campaign-Maßnahme der Hochegger-Gruppe, oder wie kommen die zu dieser Feststellung?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das weiß ich nicht, aber diese ganze Seite ist ziemlich mies, muss ich sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was können Sie dazu sagen? Gibt es kein konkretes Tatsachensubstrat, dass der Versuch der Story-Lancierung dahintersteckt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe keine Anzeigen oder Inserate versprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Okay, das wollte ich nur wissen. Damit ist auch das klargestellt. – Danke schön.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dipl.-Ing. Stickler, am 12. Juli 2006 gab es das Schreiben, das Sie an alle parlamentarischen Klubs gerichtet haben. –

Haben Sie eigentlich von den parlamentarischen Klubs auch eine schriftliche Antwort erhalten, oder sind Sie kontaktiert worden?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich weiß es nicht. Also ich muss sagen, ich erinnere mich jetzt, dass wir eine Reihe von Schritten gesetzt haben, um alle wesentlichen Stakeholder zu informieren. Wir haben einen derartigen Brief auch an die Bundessportorganisation geschrieben, erinnere ich mich jetzt – also wir haben da sehr viel gemacht. Ich kann Ihnen aber über die Reaktionen jetzt keine konkrete Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Der ehemalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser war gestern im Untersuchungsausschuss, und er hat hier – das kann man heute auch den Medien entnehmen – immer behauptet, er wäre nicht mehr **Herr des Verfahrens** gewesen, sondern es wäre eine Angelegenheit des **Parlaments** gewesen, ob es zu einem Abänderungsantrag kommt oder nicht.

Ich möchte als Abgeordneter nur darauf hinweisen, dass es natürlich Minister gibt, die sich Abänderungsanträge oder Initiativanträge sogar wünschen. Und ich möchte ausdrücklich auf ein Verfahren gegen Karl-Heinz Grasser verweisen, die Staatsanwaltschaft Wien teilt nämlich die Auffassung – ich zitiere –:

Bei der Staatsanwaltschaft Wien ist zum Aktenzeichen 614 St 4/10 h ein Ermittlungsverfahren gegen Mag. Karl-Heinz Grasser unter anderem wegen des Verdachts der Geschenkkannahme durch Beamte gemäß § 304 Abs. 1 und Abs. 3 StGB in der Fassung BGBl I Nr. 136/2004 anhängig.

Gegenstand des Ermittlungsverfahrens ist der Verdacht, dass Mag. Karl-Heinz Grasser zu einem noch festzustellenden Zeitpunkt im Jahre 2005 oder 2006 in seiner Funktion als Finanzminister für die pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts, nämlich die Erstellung eines Abänderungsantrags zu einem Initiativantrag des Glücksspielgesetzes im Sinne der Novomatic AG durch Beamte des BMF, und den Versuch, Abgeordnete des parlamentarischen Klubs der ÖVP zur Einbringung dieses Antrages im Nationalrat zu bewegen, von der Novomatic AG beziehungsweise Walter Meischberger einen noch festzustellenden, jedenfalls Euro 3 000 übersteigenden Vorteil angenommen hat. – Zitatende.

Das ist ein Verfahren, das derzeit von der Staatsanwaltschaft Wien geführt wird. Auch die Staatsanwaltschaft ist also dieser Auffassung, und es wird gegen Karl-Heinz Grasser wegen des Verdachts der Geschenkkannahme ermittelt.

Meine Frage: Hat ein Vertreter des Finanzministeriums oder der Finanzminister selbst im Zeitraum Einbringung des Initiativantrags bis zur Beschlussfassung des Initiativantrages im Parlament mit dem Konzessionär, mit Ihnen oder anderen Organen jemals über diese Gesetzesnovelle beziehungsweise einen Abänderungsantrag ein Gespräch geführt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Meines Wissens nicht, also ich habe da überhaupt ... Kann ich mich nicht erinnern, dass da irgendein Gespräch stattgefunden hätte.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie waren sowohl vom Initiativantrag als auch von den Diskussionen über Abänderungsanträge grundsätzlich ausgeschlossen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: So würde ich das sagen, ja.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Danke; Kollege Krainer wird weiterfragen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer war der zuständige Vorstand für Responsible Gaming zu dem Zeitpunkt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Operativ tätig war der genau zu diesem Zeitpunkt ausgeschiedene Vorstand **Emil Mezgolits**. Und in Grundsatzfragen – das heißt, immer zu diesem Thema, zu allen Aufträgen – Berechtigter ist der Vorstandsvorsitzende, der also in Grundsatzfragen immer die Möglichkeit hatte, Aufträge zu erteilen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso hat da nicht Kollege Mezgolits unterschrieben?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Weil er zu diesem Zeitpunkt schon dabei war, das Unternehmen zu verlassen. Das war diese Phase des Übergangs, wo, glaube ich, mit Anfang September Kollegin **Glatz-Kremsner** in den Vorstand aufgerückt ist und Kollege Mezgolits zu dieser Zeit auf Urlaub oder beurlaubt war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wer hat seine Agenden übernommen? Wer hat ihn vertreten, wenn er auf Urlaub war?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Da hat es – also ganz konkret jetzt – keine Vertretungsordnung gegeben. Das wurde, glaube ich, erst im Oktober, oder so, dann wieder neu zugeteilt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, dass das relativ lange bei Ihnen in der Unterschriftenmappe gelegen hat – von Juli bis September – und Sie erst auf eine Urgenz des Leo Wallner dann unterschrieben haben. Ich meine, Sie werden ja nicht immer wochen- oder monatelang Sachen liegen lassen haben.

Wieso haben Sie das liegen lassen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe das liegen lassen, weil ich ... – Ich glaube auch nicht, dass das am 25. oder 26. Juli bei mir eingelangt ist, ich weiß leider nicht, wann. Also wenn das irgendwann im August eingelangt ist – ich bin nicht dazugekommen, das mit dem Dr. Wallner zu besprechen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bis Ende August wäre Kollege Mezgolits aber noch im Haus gewesen – oder?

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Kollege Krainer! Die 4 Minuten Fragezeit sind an sich vorüber. Gibt es noch eine abschließende Frage in dieser Runde?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja. Sie haben gesagt, Sie haben sich ein bisschen getäuscht gefühlt. Haben Sie mit dem Kollegen Wallner gesprochen, seitdem Ihnen die wahren Hintergründe dieser Rechnung und dieser Bezahlung bekannt sind, nehme ich einmal an? Haben Sie ihn zur Rede gestellt?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Nein, ich habe nach dieser Einvernahme vor der Korruptionsstaatsanwaltschaft – oder so – kein Gespräch mit ihm geführt, und ich muss ganz ehrlich sagen, ich wusste auch nicht, ob ich das überhaupt führen darf, ob man mir das nicht vorwerfen könnte oder so. Also ich habe mit Leo Wallner nichts gesprochen – und schon gar nicht zu dieser Angelegenheit.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Als Nächster: Kollege Pilz – 4 Minuten laut Aufzeichnungen der Frau Vorsitzenden, 2 Minuten laut Aufzeichnungen der Parlamentsdirektion. Ich werde salomonisch – in der Mitte – entscheiden: 3 Minuten. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Stickler! Ich möchte mit Ihnen den entscheidenden Punkt noch einmal durchgehen: dieses Telefonat mit Westenthaler auf dem Weg zum Flugplatz. Wer hat da wen angerufen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich habe ihn angerufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ihn angerufen. Warum eigentlich?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Weil ich wissen wollte, was da läuft; weil wir eben gehört haben, da ist eine parlamentarische Initiative im Laufen, ein Antrag, und ich wollte wissen, was da los ist. Und wir haben, glaube ich, damals zuordnen können, das kommt aus Richtung BZÖ respektive ÖVP.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und von wem haben Sie diese Gerüchte gehört?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das habe ich schon hier zu rekonstruieren versucht: Das war am Abend (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Moment! –, also am Vorabend, das war dann der Abend vom 11. auf den 12., entweder von meinem Kollegen Hoscher oder von Leo Wallner direkt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber bis dahin waren das Gerüchte.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Nein, es war nicht ein Gerücht bis dahin, sondern wir wussten bis dahin nichts davon. Also das hat uns wirklich – ich habe das schon gesagt ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bis wann ...?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Bis zum 12. am Abend haben wir nichts davon gewusst (*Abg. Dr. Pilz: Bis zum 11!*), oder den 11. am Abend, Entschuldigung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, da haben Sie die ersten Hinweise bekommen; aber es muss ja irgendetwas Dramatisches im Telefonat mit Westenthaler passiert sein, denn sonst drehen Sie nicht auf dem Weg zu Flugplatz um.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Na ja, dass das sehr ernst ist, denn Sie können ja da reden, ja, da kommt etwas, oder so, aber wenn Ihnen dann jemand sagt: Du, pass einmal auf, die Geschichte ist durch und das ist passiert!, dann ist das nicht so, dass man sagt, na gut, da ist eine parlamentarische Initiative, schauen wir einmal, wie das ausgeht, sondern dann ist da ja etwas bereits durch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist für mich der entscheidende Punkt, denn wenn ich Sie richtig verstehe, war das am 11. am Abend das Erkennen einer Gefahr (*Dipl.-Ing. Stickler: Mhm!*) und auf dem Weg zum Flugplatz, nach dem Telefonat mit Westenthaler, das Erkennen, dass da akut bereits etwas läuft, und Sie wissen, da gibt es einen Plan, und der wird so und so umgesetzt. – War das richtig? (*Dipl.-Ing. Stickler: Ja!*)

Das heißt, die entscheidende Information ist von Westenthaler gekommen?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Also sagen wir so: Ich habe aus diesem Telefonat für mich die Erkenntnis gezogen, dass das eigentlich viel weiter ist, als wir möglicherweise angenommen haben. Ob meine Kollegen da der Meinung waren, das ist sowieso schon aufgegleist, oder so, das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber für mich ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage es jetzt in eigenen Worten: Sie telefonieren mit Westenthaler – Sie wissen, da könnte eine Gefahr bestehen –, und da kriegen Sie zum ersten Mal die Information: Da gibt es nicht nur eine Gefahr, sondern

einen Plan, das läuft bereits nach einem Plan ab. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) – Ja, Kollege Petzner, der orange Hut brennt jetzt, und deswegen werde ich genau da weiterfragen. (*Abg. Petzner: Zur Geschäftsordnung!*)

Und da, sagen Sie, drehen Sie um, um das noch zu verhindern. – Ist das richtig? (*Dipl.-Ing. Stickler: Ja!*)

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vom Kollegen Petzner. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Der Herr Pilz ist im Rahmen seiner Ausführungen zur Einleitung der Frage unvollständig, und daher ist auch die Fragestellung in dieser Form nicht korrekt, weil er bewusst versucht, das in eine gewisse Richtung zu verzerren.

Ich bin überhaupt nicht nervös, sondern Sie sind nervös, Herr Pilz, weil Ihre Scheinkonstruktion gerade zusammenbricht – und das mit Pauken und Granaten, dass es nur so scheppert.

Daher: Die Auskunftsperson Stickler hat hier bereits mehrfach – und das haben Sie bewusst unter den Tisch fallen lassen, weil es eben nicht in Ihre Scheinkonstruktion hineinpasst –, die Auskunftsperson Stickler hat hier bereits mehrmals unter Wahrheitspflicht angegeben, dass sie davon ausgeht, dass nur zwei Personen diese Information, dass diese Änderung geplant ist, bekommen haben, nämlich der Herr Hoscher und der Herr Wallner. Daher ist ja der Herr Stickler auch aktiv geworden und hat den Westenthaler angerufen. Also Sie müssen das schon berücksichtigen.

Auch die Interpretation, die Sie anzustellen versuchen, die Casinos hätten erst von Westenthaler erfahren, dass da überhaupt etwas kommen soll, ist schlichtweg **falsch**, sondern es ist von Wallner und/oder Hoscher diese Information und diese Kenntnis ausgegangen. Das hat die Auskunftsperson Stickler hier mehrmals ausgesagt, und das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen ...

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Kann man auch ohne Wiederholungen eine Geschäftsordnungsmeldung machen? Was die Auskunftsperson Stickler ausgesagt hat, höre ich jetzt schon zum dritten Mal. Die Wahrheit wird da wahrscheinlich in der Mitte liegen, in der Betrachtungsweise. Aber der Kollege Pilz hat an sich nur um die subjektiven Wahrnehmungen Herrn Dipl.-Ing. Stickler gefragt; wie seine Wahrnehmungen waren, was er von wem zum ersten Mal gehört hat. – Das ist meiner Meinung nach vollkommen zulässig. Interpretationen bitte immer mit der Phrase der persönlichen Meinung zu versehen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Stickler, ich sage Ihnen auch, warum ich Sie das so genau frage: weil genau das der Punkt sein kann – aber da müssten wir natürlich auch den jetzigen Abgeordneten Westenthaler befragen können –, dass klar wird, für welche Leistung er mit den 300 000 € eigentlich bezahlt worden ist.

Und jetzt gibt es zum ersten Mal eine plausible – zumindest für mich persönlich plausible – Annahme (*Zwischenruf des Abg. Petzner*): nämlich dafür, dass Westenthaler das BZÖ und seinen Plan im letzten Moment verpiffen hat – und dafür hat es die 300 000 € möglicherweise gegeben. Das heißt, was wir ursprünglich angenommen haben, die 300 000 ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Herr Kollege Petzner, bitte keine Zwischenrufe! Auch der Verfassungsgerichtshof vertritt die Meinung der Gesichtspunkte-Theorie, dass man jedes Ding von zwei Seiten anschauen kann; bitte daher aus diesem Gesichtspunkt auch keinen Zwischenruf. (*Abg. Dr. Pilz: Bitte das BZÖ nicht als „Ding“ zu bezeichnen! – Abg. Petzner: ... kommt die nächste Scheinkonstruktion!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist jetzt der entscheidende Punkt. Ich muss jetzt wirklich meinen ursprünglichen Vorhalt von der ersten Runde revidieren, dass wir davon ausgehen müssen, dass den 300 000 € keine Leistung gegenübersteht. Möglicherweise müssen wir davon ausgehen, dass das Gutachten nicht die wirkliche Leistung war, aber das müssen wir uns jetzt noch genauer anschauen. – Okay.

Da kriegen Sie also erstmals diese genaue Information durch den Herrn Westenthaler, den wir jetzt natürlich befragen müssen, woher er das gewusst hat. Er war ja nicht Mitglied des Klubs, er war nicht Abgeordneter, er war allerdings designierter BZÖ-Spitzenkandidat in Geldnöten. Sie drehen um, fahren zurück, wissen durch Herrn Westenthaler, beim BZÖ brauchen wir es gar nicht zu probieren, trotzdem – ich bin sehr froh darüber – faxen Sie diesen Brief an BZÖ-Klubobmann Scheibner, und dann beginnen Sie zu telefonieren.

Das ist eine spannende Parallelaktion: Während unter Klubobmann Scheibner im BZÖ-Klub der Novomatic-Antrag noch verfeinert und alles für diesen putschartigen Gesetzesüberfall auf das nächste Nationalratsplenum vorbereitet wird – das heißt, das Novomatic-Geschäft vonseiten des offiziellen BZÖ-Klubs abgewickelt wird –, gibt es bei Casinos nach dem Westenthaler-Hinweis die Gegenaktion.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Bitte zur Frage zu kommen! Es sind sogar die 4 Minuten der Vorsitzenden mittlerweile abgelaufen. (*Abg. Petzner: ... Wahnvorstellungen ...!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Kollege Petzner, irgendwann ist ein Punkt erreicht! Wenn Sie mir jetzt da laut ...

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Ich bitte Sie, zur Frage zu kommen, ansonsten brauchen wir eine Geschäftsordnungswortmeldung!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Vorsitzender! Wenn mir hier von einem etwas aus der Fassung geratenen Abgeordneten wieder laut „Wahnvorstellungen“ unterstellt werden, dann gehört das nicht zur Normalität eines Untersuchungsausschusses!

Obfrau-Stellvertreter Dr. Walter Rosenkranz: Ich habe an sich diesen Vorwurf, dass das irgendeine Wahnvorstellungen seien, nicht laut bis zu mir hierher gehört. Ich würde aber trotzdem ersuchen, auch aufgrund der sommerlichen Temperaturen draußen, vielleicht ein bisschen die Gemüter zu beruhigen und den Herrn Kollegen Pilz eine letzte Frage für diese Runde stellen zu lassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Deswegen möchte ich Sie Folgendes fragen, Herr Stickler. Sie haben ja darauf hingewiesen, dass Klubobmann Molterer offensichtlich völlig falsch informiert war, was der Inhalt dieses Abänderungsantrages ist.

(Obfrau Dr. **Moser** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ist Ihnen bei Gesprächen mit anderen Abgeordneten, anderen Politikern, anderen Interessenvertretern in diesen wenigen Stunden auch aufgefallen, gibt es da noch weitere Beispiele, dass sie eigentlich keine Ahnung gehabt haben, was da in Wirklichkeit beschlossen werden soll?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Herr Abgeordneter, ich würde nicht so weit gehen, zu sagen, dass man keine Ahnung hatte, aber man hat sicher die Schwere oder die Konsequenzen dieses Abänderungsantrages deutlich unterschätzt. Das war für mich wirklich erkennbar. Man wusste nicht, was da wirklich beschlossen wird. Das war ein Aufbrechen des Glücksspielmonopols – und nicht eben nur ein **bisschen wetten**.

Ich muss ganz ehrlich sagen – ich weiß nicht, ob mir das jetzt zusteht, dass ich das sage oder sagen darf –: Ich kann Ihnen überhaupt nicht folgen bei dieser Idee, dass man quasi 300 000 € bezahlt hätte, damit der Herr Westenthaler oder irgendjemand aus dem BZÖ das zurückzieht, denn: Das war eine fixe Agenda – und das habe ich hier darzustellen versucht –, das war für mich durch.

Dann zu sagen, für 300 000 € wird das alles wieder auf den Kopf gestellt, das übersteigt meinen Horizont bei Weitem.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, um das geht es auch gar nicht, das ist dann vielleicht ein Missverständnis. Damit dieses Missverständnis nicht im Stenographischen Protokoll bleibt: Meiner Vermutung nach – ich sage ja nicht, dass das erwiesen ist – könnte es so sein, dass Westenthaler für seine Leistung, dass er den BZÖ-Klub verpiffen hat – das war eine erstaunliche und wichtige Leistung –, im Nachhinein diese 300 000 € erhalten hat. Und ich sage nur, dass wir uns das anschauen müssen und dazu zusätzliche Auskunftspersonen brauchen, die sich möglicherweise mit etwas mehr Fassung der Sache nähern als der Abgeordnete Petzner. – Danke schön.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Diplom-Ingenieur! Sie haben uns dargestellt, dass das Gespräch mit Herrn Ing. Westenthaler so abgelaufen ist, dass er Ihnen sinngemäß gesagt hat, die **Kugel sei aus dem Lauf** und damit habe es sich aus seiner Sicht. Und in der Folge haben Sie uns dargestellt, dass das für Sie eine dramatische Situation war, für die Firma indirekt existenziell.

Was in dieser Kombination für mich nicht zusammenpasst, ist Folgendes: Wenn es wirklich derart gravierende Auswirkungen hat, wie ich das in der ersten Runde hinterfragen wollte in Bezug auf die Finanzströme, dann bin ich doch etwas irritiert, dass Sie sich so einfach – unter Anführungszeichen – „abspeisen lassen“ mit dieser Antwort, die Kugel sei aus dem Lauf, und beim Herrn Westenthaler nicht intensiver – unter Anführungszeichen – „nacharbeiten“. (Zwischenruf des Abg. **Petzner**.)

Herr Kollege Petzner, das ist der Trugschluss. Die ÖVP hatte eine klare Vorgangsweise, und zwar jene, dass wir diesen Abänderungsantrag – wo wir ja noch immer nicht wissen, woher er kommt; wir wissen, dass er sich im Umlauf befunden hat, aber der wahre „Absender“, unter Anführungszeichen, ist ja bis heute nicht feststellbar –, dass wir einen derartigen parlamentarischen Prozess in dieser Form **nicht** wollen; deshalb nicht wollen, weil das nicht in Ordnung ist. (Zwischenruf des Abg. **Petzner**.) – Herr Kollege Petzner, ich werde dir dann gleich die OTS-Aussendungen vorlesen, damit man das klarstellen kann.

Meine Frage an Sie, Herr Diplom-Ingenieur, ist: Warum haben Sie sich so leicht „abspeisen“ lassen, wenn es da um eine existenzielle Dimension ging?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Meine Einschätzung im Laufe dieses Telefonats war, dass da wirklich keine – wie soll ich das sagen? – Überzeugungsarbeit geleistet werden kann, sondern das ist eine wirklich **unabänderliche Position**, wo man sagt: Gut, das ist jetzt passiert, das ist durch, vergiss das!

Es gibt Situationen, wo Sie wissen, da können Sie noch stundenlang reden, aber Sie werden da nichts ändern. Ich hatte diesen Eindruck, dass das eine endgültige und unabänderbare Position des Abgeordneten – entschuldigen Sie, des designierten Parteivorsitzenden, oder wie auch immer – Westenthaler war.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt: unabänderbar aus Ihrer Sicht?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Meine Einschätzung war so unter dem Motto: Das kommt, das ist durch.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Kollege Petzner hat in seinen vergangenen Fragestellungen den Eindruck zu erwecken versucht, als hätte es nur den Herrn Molterer gegeben. Ich darf Ihnen, geschätzter Herr Diplom-Ingenieur, eine OTS-Aussendung vom 13. Juli 2006 zur Kenntnis bringen, und zwar:

„Die Klubobmänner Herbert Scheibner und Wilhelm Molterer teilen mit, dass heute, Donnerstag, im Nationalrat von einer Novelle des Glücksspielgesetzes Abstand genommen wird. Da die Sinnhaftigkeit dieses Projekts außer Streit steht, werden weitere Gespräche darüber nach den Nationalratswahlen mit dem Ziel einer konsensualen Umsetzung fortgesetzt.“

Diese Aussendung stammt vom „Pressereferat Freiheitlicher Parlamentsklub-BZÖ“. – Ich werde das kein zweites Mal vorlesen, denn auf Punkt, Komma, Beistrich, Länge präzise genau gibt es dieselbe Aussendung – bei den APA-Nummern kenne ich mich nicht so gut aus, aber es dürfte nur um einige Ziffern variieren –, genau identisch, ein weiteres Mal, und diese stammt von der Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs. Meine große Verwunderung: Der Herr Petzner ist der Meinung, das hat es alles nur aus einer Sicht gegeben. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Kennen Sie diese Aussendungen, Herr Dipl.-Ing. Stickler?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Die haben wir sicherlich damals zur Kenntnis bekommen. Das ist eine OTS-Aussendung, die kriegen wir. Ich bin überzeugt, dass die auch bei uns angekommen ist.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Zurzeit keine weiteren Fragen, Herr Diplom-Ingenieur.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Wir sind sowieso etwas in Verzug. Die nächste Auskunftsperson ist schon eine halbe Stunde anwesend.

Gibt es trotzdem noch das Bedürfnis, die Notwendigkeit von Zusatzfragen? – Herr Abgeordneter Rosenkranz, Herr Abgeordneter Petzner und Herr Abgeordneter Pilz. Das heißt, eine volle Runde außer der ÖVP.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Generaldirektor, mir erscheint es sehr seltsam, im Vergleich zur Telekom, ÖIAG: Überall war man bemüht, unternehmensintern allen Dingen nachzugehen, um insbesondere das Geld, das allenfalls zu viel ausgegeben wurde, **zurückzubekommen**, aber nur in Ihrem Unternehmen dürfte das **nicht** Platz greifen. Dass man sich einem Strafverfahren, wo es um Untreuehandlungen gegenüber Ihrem Unternehmen geht, nicht einmal als **Privatbeteiligter** anschließt, kann für mich nur zwei Erklärungen haben: Entweder möchte man Leo Wallner aufgrund seiner langen Verdienste für die Firma dabei schonen, oder es war in Wirklichkeit auch ein anderes Übereinkommen drinnen – also wenn man jetzt sagt, die Leistung war eben **nicht** das, was **Orange** gemacht hat, sondern in Wirklichkeit stand eine **andere Leistung** dahinter – ich rede jetzt gar nicht von der Frage eines Gesetzeskaufes oder nicht, das stelle ich jetzt gar nicht in den Raum –, in Wirklichkeit sei es darum gegangen, eine verdeckte Parteienfinanzierung zu machen.

Wenn das der wahre Grund ist, verstehe ich das, und ich würde Sie ersuchen, mir zu antworten, ob Sie bereit sind, im Rahmen Ihres Vorstands auch beim zuständigen Vorstand nachzufragen und ihm auch entsprechend – unter Anführungszeichen – „ins Gewissen zu reden“, dass das Unternehmen doch alles unternehmen sollte, um zu viel bezahltes Geld **zurückzubekommen**.

Meine Frage lautet: Werden Sie das tun?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich werde natürlich das, was hier heute besprochen wurde, mit meinen Vorstandskollegen aufgreifen und besprechen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme zur Zusatzfrage, und da geht es noch einmal um dieses 300 000 €-Gutachten. Ich bin dem Herrn Kollegen Hornek sehr dankbar dafür, dass er die Presseaussendungen vom 13. Juli 2006, unter anderem die Presseaussendung des Herbert Scheibner mit Rückfragehinweis „Pressereferat Freiheitlicher Parlamentsklub-BZÖ“ vorgelesen hat. Ich darf noch einmal daraus zitieren und dann dazu auch meine Frage an den Herrn Stickler stellen, im Zusammenhang mit den 300 000 € – Zitat –:

„Da die Sinnhaftigkeit dieses Projektes“ –

gemeint ist die Novelle des Glücksspielgesetzes –

„außer Streit steht, werden weitere Gespräche darüber nach den Nationalratswahlen mit dem Ziel einer konsensualen Umsetzung fortgesetzt.“

Das ist das klare Bekenntnis vom damaligen Klubobmann Scheibner: Wir werden das nach der Wahl machen. – Und ich sage wieder einmal auf Basis unserer Recherchen, was der Hintergrund war, und darf den Herrn Stickler dann zu den 300 000 € befragen.

Nachdem in der Früh der Rückzug der ÖVP gekommen ist und nachdem auch ein besprochener gemeinsamer Entschließungsantrag vonseiten der ÖVP blockiert wurde, hat man sich darauf verständigt, man macht zumindest eine gemeinsame Presseaussendung, wo man sich darauf festlegt, dass man das Ganze nach der Wahl angeht, nämlich die Novelle, die vor der Wahl auf Basis des Vetos des Raiffeisenkonzerns gescheitert ist.

Daher gibt es genau diese Aussendung, Herr Hornek, von Herrn Scheibner und ein zweites Mal von Herrn Molterer. Das war damals der Hintergrund, das haben wir genau

recherchiert, indem wir auch die Mitarbeiter, die damals involviert waren, dazu befragt haben.

Wir wissen, das BZÖ war bis zuletzt für die Novelle, bis zum 13. Juli in der Früh. Das BZÖ wollte dann sogar einen Entschließungsantrag machen, ist wieder gescheitert am Veto der ÖVP. Das BZÖ setzt als Kompromiss zumindest eine **gemeinsame** Presseaussendung durch, in der man sich dazu bekennt, man macht das nach der Wahl, nämlich die Novelle des Glücksspielgesetzes. Dazu passt auch die Aussage des Herrn Molterer im Nachhinein zu Ihnen: Was hast du für ein Problem, wenn im Internet ein bisschen gewettet wird?

Jetzt frage ich Sie Folgendes, und das ist für mich eine Schlüsselfrage: Warum sollen die Casinos Austria genau jenem BZÖ, das damals um die Existenz gekämpft hat, wo man gewusst hat, die waren immer für die Novelle – Sie haben mit dem Westenthaler geredet –, wo Sie die Aussendung kennen, das BZÖ wird nach der Wahl das auf alle Fälle weiterverfolgen, wo Sie gewusst haben, das BZÖ – wir haben das mehrmals besprochen – ist für die Abschaffung des Monopols, dazu gibt es zahlreiche Medieneinsendungen, warum sollen dann gerade die Casinos Austria das um das Überleben kämpfende BZÖ mit 300 000 € für den Wahlkampf finanzieren und damit genau jenem BZÖ das Überleben sichern, das politisch daran gearbeitet hat und weiterarbeiten wollte – und dazu passt diese Aussendung –, dass Ihr Glücksspielmonopol fällt? – Sie hätten doch viel mehr ein Interesse daran haben müssen, das BZÖ als politische Kraft loszuwerden und zu hoffen, dass die nicht mehr ins Parlament kommen, weil das BZÖ damals die einzige Partei war, die ganz klar **für** die Abschaffung des Monopols war.

Jetzt frage ich Sie: Wie kann das zusammenpassen? Und ich frage Sie noch einmal: Oder gibt es überhaupt keinen Zusammenhang – wie ich das behauptete – zwischen diesen 300 000 € und der politischen Haltung des BZÖ?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Herr Abgeordneter Petzner, ich sehe da keinen Zusammenhang. Ich sehe keinen Zusammenhang mit diesem Abänderungsantrag und dieser Studie über eine Agentur **Orange** – nochmals –, der ich keine Partei zugeordnet habe. Für mich sind das zwei völlig voneinander getrennte Geschichten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also kein Zusammenhang. Ich hoffe, das haben jetzt alle gehört, auch der Kollege Pilz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie aus heutiger Sicht – mir ist schon klar, damals hat Wallner gesagt, da gibt es eine Leistung, das ist in Ordnung – irgendeine Leistung dieser Agentur oder des BZÖ festgestellt, die eine Zahlung in der Höhe von 300 000 € rechtfertigen würde?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Sehen Sie, diese Frage ist für mich extrem schwer zu beantworten, weil ich im Jahr 2006 mit dieser Rechnung konfrontiert worden bin. Ich weiß heute so viel, ich habe so viel gelesen und so viel gehört zu diesem Thema, dass sich das jetzt natürlich anders darstellt. Aber ich kann nur nochmals ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war schon sehr präzise. Meine Frage war, ob Sie aus **heutiger Sicht** eine Leistung feststellen konnten, seitens dieser Werbeagentur Orange oder des BZÖ, die eine Zahlung von 300 000 € rechtfertigt, ob Sie das heute aus heutiger Sicht feststellen können. Sie haben ja damals die Leistung auch nicht feststellen können, sondern Sie haben sich damals auf den Generaldirektor Wallner verlassen, der gesagt hat: Das ist in Ordnung, er hat das geprüft, und die

Leistung ist erbracht worden. Also Sie haben ja auch damals die Leistung nicht festgestellt. Konnten Sie aus **heutiger Sicht** und mit **heutigem Wissen** im Unternehmen irgendwo feststellen, dass es irgendeine Leistung gab, die das rechtfertigt? – Ich stelle ja nicht Ihre Unterschrift von vor sechs Jahren in Frage, denn damals haben Sie das eben aus diesen Gründen, die Sie genannt haben, getan, sondern ich frage Sie, ob Sie aus **heutiger Sicht** da irgendeine **Leistung** feststellen konnten.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Schauen Sie, das ist für mich insofern jetzt sehr schwierig nachzuvollziehen, als der betreffende Kollege in Pension gegangen ist, ich mit ihm darüber nicht gesprochen habe und er sich offensichtlich an diese Vorgänge nicht mehr erinnert, wie er sich erinnern könnte oder sollte, oder wie auch immer das zu verstehen ist. Es ist für mich da sehr schwer, jetzt diesen Knoten zu durchschlagen, muss ich Ihnen sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist Ihnen aber schon bekannt, dass die zuständige Abteilung und der Abteilungsleiter – Beck, glaube ich, ist sein Name – gesagt haben, es ist ihnen überhaupt nichts bekannt: Sie kannten die Studie nicht, es gab keine Beratung, es gab gar nichts. – Das ist Ihnen schon bekannt?

Haben Sie jetzt, abgesehen davon, dass sich vielleicht der Herr Wallner persönlich hat beraten lassen – also den lassen wir einmal außen vor; aber sonst ist es ja nicht so, dass da jetzt 90 Prozent des Unternehmens andere Personen wären –, irgendeine Leistung feststellen können, die irgendwo angekommen ist?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Also darüber hinaus muss ich Ihnen sagen: nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. Und wie schätzen Sie das aus heutiger Sicht ein? Wozu hat dann diese Zahlung stattgefunden?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Da muss man den Beauftragter dieser Studie dazu befragen, welcher Art diese Beratungsleistungen waren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Herrn Dr. Wallner?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ja, da er mich angerufen hat und mir gesagt hat, das geht in Ordnung, würde ich das so sehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist es üblich, dass ein Generaldirektor angerufen wird, weil eine Rechnung nicht bezahlt wird, und man bei ihm quasi urgiert: Die warten auf das Geld!? – Ist es nicht normal, dass man da das **Rechnungswesen** anruft oder halt sonst irgendwo? Ich meine, ist das nicht selten?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Also wenn das persönliche Mandate sind – ja, und jetzt sage ich noch was: Die Österreichischen Lotterien sind ja gut organisiert, und da bleiben ja die Rechnungen normalerweise nicht so liegen. Das war wirklich ein – nicht jetzt Sonderfall, so wie man das interpretieren möchte, sondern es war insofern, dass wir nicht zusammengekommen sind und uns da nicht gehört oder gesehen haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber was mich wundert, ist, wenn Herr Dr. Wallner gar nicht zuständig war und Sie im August irgendwann diese Rechnung bekommen haben, wieso Sie mit dem Leo Wallner darüber reden wollten und nicht mit Herrn Mezgolits.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Herr Mezgolits war ja beurlaubt, der war ja gar nicht mehr da.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, aber dann kann man ja trotzdem nachfragen, wenn das in seine Zuständigkeit fällt.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Das war eine etwas schwierige Abnabelung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber war Ihnen damals schon klar, dass Sie mit Herrn Wallner reden müssen wegen dieser Rechnung?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Ich wiederhole nochmals diese Aussage von mir: In Grundsatzfragen konnte der Vorstandsvorsitzende (*Abg. Krainer: Ja, das ist eh klar!*) Beratung zu **jedem Thema** einholen, das für ihn interessant oder wichtig war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wallner ruft Sie Ende September an, Sie haben seit Anfang August die Rechnung. Und Sie haben gesagt, Sie sind mit ihm nicht zusammengekommen. Das heißt: Woher haben Sie schon vorher gewusst, dass Sie über diese Rechnung mit **Wallner** reden müssen – und nicht mit einem Abteilungsleiter oder was auch immer? Das habe ich nicht ganz verstanden. (*Abg. Tamandl meldet sich zu Wort.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es zur Geschäftsordnung eine Wortmeldung? (*Abg. Tamandl: Nein, ich wollte eigentlich nur darauf hinweisen: Vielleicht fällt Ihnen auf, dass das nur eine Zusatzfrage ist!*) Ja, ja, ich weiß eh. Es ist jetzt schon die dritte. Vielleicht ist das die letzte – ich hoffe. (*Abg. Krainer: Ich warte eh nur auf die Antwort!*) Ja, gut.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Da bin ich wieder bei der Betragsgrenze: dass das ein Betrag ist, den ein – weiß ich nicht – Bereichsleiter oder Abteilungsleiter so hätte nicht beauftragen können, wenn da nichts dabei gewesen wäre.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wieder 12. Juli: In Ihrem Brief an die Klubs, an den Finanzminister und an den Finanzausschuss-Vorsitzenden gehen Sie sehr detailliert auf den Inhalt des Abänderungsantrages ein, speziell § 12a Glücksspielgesetz.

Wann haben Sie den Text dieses Abänderungsantrages erhalten?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Naja, es wird nicht vor dem Westenthaler-Telefonat gewesen sein (*Dipl.-Ing. Stickler: Nein, sicher nicht!*), denn sonst wären Sie gar nicht zum Flugplatz gefahren. – Und: Von wem haben Sie ihn erhalten?

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja keine Kleinigkeit!

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Aber: Kann ich Ihnen nicht sagen, wo das hergekommen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie ausschließen, dass Sie das von Herrn Westenthaler erhalten haben? (*Dipl.-Ing. Stickler: Ja!*) – Ja? (*Dipl.-Ing. Stickler: Ja!*) – Das ist ein wichtiger Punkt, weil wir ihn ja **auch** dazu fragen müssen.

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Nein, nein, nochmals: Das Telefonat war wirklich sehr kurz und sehr abschließend. (*Abg. Dr. Pilz: Und sehr ergebnisreich!*) Und warum soll

der Herr Westenthaler einen Abänderungsantrag, den er unbedingt durchbringen möchte und den er bereits durch hat, mir zur Kenntnis übermitteln?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das weiß ich nicht. Wenn er seinen Klub verpöffen hat, dann ist ja auch die Frage, was er dann getan hat, ...

Sagen Sie: Haben Sie diesen Abänderungsantrag, den Text, aus dem Parlament bekommen oder von einem Kollegen aus Ihrem Unternehmen? Können Sie sich wenigstens daran erinnern? *(Abg. Petzner: Eine Zusatzfrage, nicht fünf! – Obfrau Dr. Moser: Ja, das ist jetzt schon die zweite!)*

Dipl.-Ing. Friedrich Stickler: Also ich gehe davon aus, dass das einer meiner Kollegen war, der ihn gehabt hat. Wo ihn der herbekommen hat, weiß ich nicht. Also entweder Hoscher oder Wallner.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann werden wir einfach den Herrn Dr. Wallner dazu fragen. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Dr. Wallner ist sowieso schon eine halbe Stunde in Warteposition.

Gibt es jetzt noch vonseiten der ÖVP eine Zusatzfrage? – Nein, das ist nicht der Fall. *(Abg. Hornek: Herr Dipl.-Ing. Stickler hat umfassend geantwortet! – Keine Zusatzfrage.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson **Dipl.-Ing. Stickler**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

13.36

13.36

Auskunftsperson Dkfm. Dr. Leopold Wallner

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich begrüße die **Auskunftsperson** Herrn **Dkfm. Dr. Leopold Wallner**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Wallner, ich danke für Ihr Erscheinen, auch für Ihre Geduld beim Warten!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dkfm. Dr. Leopold Wallner**. Die Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein genereller Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Ich darf nun die **Vertrauensperson** um Ihre Personaldaten ersuchen.

Der vollständige Name lautet: Frau **Mag. Huberta Gheneff**. Ihre weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Ich frage nun die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Frau Mag. Ghneff (**Mag. Gheneff: Gheneff!**) – Gheneff; entschuldigen Sie, ich bin jetzt schon sehr im Abkürzen, das ist aber bei den Namen nicht gestattet – als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**, Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dr. Wallner, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in Ihre Befragung dem Ausschuss Ihre Sicht zum Thema Glücksspiel in Form einer 10-minütigen Erzählung darzulegen. (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bringe zwei Anträge auf Ladung von Auskunftspersonen ein.

Der erste Antrag betrifft die Ladungen für den 5. September 2012, Beweisbeschluss und Ladung von Auskunftspersonen: Ich beantrage, als Auskunftspersonen Kurt Lukasek, Walter Meischberger, Gerald Siebeneicher – damals Mitarbeiter im BZÖ-Parlamentsklub und entscheidend tätig beim Abänderungsantrag am Abend des 12. Juli 2006 im BZÖ-Klub – und Frau Christine Sumper-Billinger – damals Mitglied des Kabinetts des Finanzministers – zu laden.

Der zweite Antrag betrifft die Ladungen von Auskunftspersonen für den 6. September 2012: Ich beantrage, Peter Westenthaler, Herbert Scheibner, Günter Stummvoll und Wilhelm Molterer zu laden.

Und ich schlage zum Verfahren vor, nach der Befragung der Auskunftsperson Dkfm. Dr. Wallner eine kurze Geschäftsordnungssitzung mit den Beschlussfassungen über diese Anträge durchzuführen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das müssen wir dann in der Geschäftsordnungssitzung besprechen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das übliche Procedere zwischen den Fraktionen ist, Herr Kollege Pilz, dass man Ladungen diskutiert. Sie sind Parlamentarier, da gehört eine Diskussion dazu. Offensichtlich wollen Sie diese nicht führen; ich schon. Und es war immer üblich, dass man über Ladungsanträge im Anschluss der Befragungen diskutiert und dann abstimmt. Der Grund, warum Sie das jetzt schon bringen, liegt darin, dass Sie wieder irgendeine billige Show inszenieren wollen. Und dafür bin zumindest ich sicher nicht zu haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Forderung nach Ladung ja schon seit heute früh in der APA steht. Insofern ist sie ja der Öffentlichkeit schon bekannt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Selbst wenn es schon seit heute früh in der APA steht, und wir natürlich wissen, dass Herr Kollege Pilz bei jeder Gelegenheit hier auch quasi zu Protokoll gibt, wenn er da jetzt noch aller hören möchte, glaube ich dennoch nicht, dass das eine gute Vorgangsweise ist, wenn er **während** der Befragung einer Auskunftsperson diese beiden Anträge stellt und sagt, wir müssen eine Geschäftsordnungssitzung machen. Ich halte es wirklich für unerträglich, wie Sie den Ausschuss als Showbühne benutzen. Man kann auch bei einer Wortmeldung zur Behandlung der Geschäftsordnung sagen, dass man nach der Befragung einer

Auskunftsperson gerne eine Sitzung zur Geschäftsordnung hätte. Aber so, wie Sie das machen, finde ich das nicht in Ordnung, und das tut auch der guten Zusammenarbeit, die hier manchmal doch herrscht, nicht unbedingt gut.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir werden dann nach Anhörung von Herrn Direktor Wallner eine kurze Fraktionsbesprechung abhalten.

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Dkfm. Dr. Leopold Wallner

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Wallner! Wann haben Sie davon erfahren, dass es im Zusammenhang mit den Ereignissen im Juli 2006 eine Änderung des Glücksspielgesetzes geben soll? – Ich führe gleich dazu aus, dass Ihr Kollege Stickler gesagt hat, dass die Information am Abend des 11. Juli 2006 an die Casinos beziehungsweise Lotterien gekommen sei.

Können Sie diesen Abend des 11. Juli bestätigen – oder machen Sie da eine andere Datumsangabe?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich kann es bestätigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, am Abend des 11. Juli haben Sie das erfahren. Von wem haben Sie das erfahren?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich war damals zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit, und da bekommt man viele Informationen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben dann diese Information an den Herrn Stickler weitergegeben?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Nein, der Herr Stickler ist getrennt verständigt worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem haben Sie konkret die Information bekommen?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Sie ist von einigen gekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem haben Sie konkret die Information bekommen: Waren das politische Kreise? War das ein Mitarbeiter des Parlamentsklubs? War das ein Politiker? Irgendwoher müssen Sie es ja erfahren haben. Wir haben ja in diesem Ausschuss schon festgestellt, dass da sehr ...

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Es waren politische Kreise.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es waren politische Kreise? (*Dr. Wallner: Ja!*) – Kann man diese politischen Kreise auf Abgeordnetenkreise eingrenzen oder war das ein politischer Mitarbeiter eines Klubs?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Auf Abgeordnete. (*Abg. Petzner: Abgeordnete?*) – Ja. (*Abg. Petzner: Mehrere?*) – Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mehrere Abgeordnete. Aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei, nehme ich an.

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Aus verschiedenen Reihen, unter anderem auch von der Volkspartei.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie sagen „verschiedene Reihen“, können Sie uns sagen, welche „verschiedenen Reihen“ das waren? Waren das auch Abgeordnete der SPÖ?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ja, sicher auch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Abgeordnete des BZÖ?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Bedingt, ja. (*Abg. Petzner: Ja oder nein?*) – Ja, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die haben Sie alle am Abend dieses 11. Juli angerufen und alle haben Ihnen gesagt: Pass auf, da kommt was!? Oder wie? (*Dr. Wallner: Ja!*) – Schildern Sie uns einfach einmal genau, welche Information Sie am Abend des 11. Juli Sie da genau bekommen haben.

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Es wurde mir von verschiedenen Seiten gesagt, dass es sehr brenzlich sei für die Monopolstellung der Casinos.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wie damals die politische Haltung des BZÖ zur Monopolstellung der Casinos war? Da gibt es ja zahlreiche Medieneinsendungen dazu. War das BZÖ für die Abschaffung des Monopols oder für die Beibehaltung?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das kann ich jetzt nicht genau sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann sage ich es Ihnen: Das BZÖ war immer – und das geht auch aus der weiteren Dokumentation hervor – klar für die Abschaffung des Glücksspielmonopols.

Sie haben diese Information bekommen, in letzter Sekunde. Da gibt es so viele Medienzitate von Ihnen. Ich habe das alles recherchiert. Ganz heftige Worte verwenden Sie da. Zitat aus der Tageszeitung „Der Standard“:

„Leo Wallner ist außer sich. ‚Wir haben gestern Nacht erst davon erfahren, wir wurden überhaupt nicht konsultiert. Das wäre doch das Mindeste in einem Rechtsstaat.‘ (...) ‚Hier soll für Winkler eine fette Mitgift geschaffen werden, auf Kosten der österreichischen Steuerzahler!‘“

Und so geht das in mehreren Interviews dahin, wo Sie sich fürchterlich darüber echauffieren, was hier gemacht wurde. Eine Abschaffung des Monopols, die Casinos wissen nichts davon, Sie erfahren es erst in der Nacht des 11. Juli. Und das Ganze soll in der Nationalratssitzung am 13. Juli 2006 auf Basis eines Abänderungsantrages von ÖVP und BZÖ beschlossen werden.

Die entscheidende Frage: Was macht dann Herr Wallner? Was haben Sie dann gemacht, nachdem Sie diese Information bekommen haben? Sie haben es geschafft – das muss man Ihnen zugutehalten, das ist eine große Leistung, und wir werden noch schauen, mit welchen Methoden und Mitteln Sie diese Leistung geschafft haben –, das ganze Parlament oder zumindest die beiden Regierungsparteien – oder eine, würde ich eher sagen, nämlich die ÖVP – innerhalb von wenigen Stunden umzudrehen. Der Abänderungsantrag ist ja dann nicht gekommen.

Wie haben Sie das geschafft? Wen haben Sie dann angerufen? Welche Abgeordneten haben Sie da kontaktiert? Welche Interventionen haben Sie vorgenommen? Mit welchen Personen haben Sie gesprochen, nachdem Sie diese Information bekommen haben, dass dieser Antrag zugunsten der Novomatic kommen soll?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Meine Güte! Ich glaube, ich brauche bald das Tonband. Das sind Meinungen und keine Tatsachen. Zum Schluss war es eine Frage, aber vorher nicht. Nehmen Sie sich das zu Herzen!

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Können Sie die Frage wiederholen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Als Sie am Abend des 11. Juli erfahren haben, dass es diese Änderung zugunsten der Novomatic und zu Lasten der Casinos Austria geben wird, welche Schritte haben Sie eingeleitet und unternommen, um das zu verhindern?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich habe mit einzelnen Abgeordneten gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit welchen Abgeordneten?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Mit einzelnen Abgeordneten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit welchen „einzelnen Abgeordneten“?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Zum Beispiel mit dem Herrn Stummvoll.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Stummvoll, ÖVP-Finanzsprecher, Vorsitzender des Finanzausschusses, logisch.

Mit wem haben Sie noch gesprochen?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Mit dem Kanzler.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit dem Bundeskanzler Schüssel haben Sie auch gesprochen.

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Als Obmann und Regierungschef.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich werfe Ihnen das ja nicht vor, das möchte ich noch klarstellen. Es ist verständlich, dass Sie da aktiv werden, Sie müssen ja Ihr Unternehmen vertreten. Ich möchte nur wissen, welche Schritte Sie dann unternommen haben.

Sie haben bisher nur den Herrn Stummvoll und den damaligen ÖVP-Obmann und Bundeskanzler Schüssel genannt.

Haben Sie auch Leute von Raiffeisen kontaktiert, zum Beispiel konkret den Herrn Rothensteiner, der ja Aufsichtsratsvorsitzender war?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ja, Rothensteiner ist immer informiert gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der hat das auch gewusst.

Können Sie noch weitere Namen nennen, wen Sie noch kontaktiert haben, als Sie erfahren haben, dass das am Abend des 11. Juli kommen soll?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ja, Herrn Abgeordneten Kopf.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Karlheinz Kopf, ÖVP.

Das waren jetzt lauter ÖVP-Namen, bis hinauf zum damaligen Bundeskanzler und ÖVP-Parteibobmann Schüssel, plus der Raiffeisen-Konzern.

Welche Mandatare des BZÖ haben Sie kontaktiert oder welche Personen des BZÖ haben Sie kontaktiert, als Sie erfahren haben, dass das so kommen soll? Oder haben Sie da niemanden kontaktiert?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich habe auch BZÖ-Mitglieder kontaktiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wen haben Sie da kontaktiert? – Ich helfe Ihnen ein bisschen. Damals war der Bündnisobmann kurz gewählt, es war Westenthaler. Klubobmann war der Herbert Scheibner.

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Mit dem Klubobmann Scheibner habe ich gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Klubobmann Scheibner haben Sie kontaktiert.

Haben Sie auch mit SPÖ-Leuten Kontakt aufgenommen? (*Dr. Wallner: Ja, auch!*) – Können Sie uns da ein paar Namen nennen? – Fallen Ihnen da ein paar Namen ein? Hoscher, zum Beispiel?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ja, Hoscher, aber der war ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie sind aktiv geworden. Das deckt sich ja auch mit dem, was wir bisher herausgefunden haben.

Jetzt ist die zentrale Frage: Welche Rückmeldungen haben Sie von Schüssel, von Stummvoll, von Kopf bekommen, als Sie sie darüber informiert haben, dass Sie gegen diese Änderung sind, als Sie wahrscheinlich auch in Ihrer Situation – das ist ja auch Ihre Aufgabe – auf die dramatischen negativen, wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen für die Casinos Austria aufmerksam gemacht haben? Wie war die Reaktion dieser Personen innerhalb der ÖVP, die Sie kontaktiert haben?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Die Reaktion war so, dass sie gesagt haben, sie werden das sofort studieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was genau studieren: einen Antrag studieren oder die Sachlage studieren? (*Dr. Wallner: Die Sachlage!*) – Nachdem die Herrschaften von der ÖVP bis hinauf zum Kanzler die Sachlage studiert haben, was haben Sie dann an Rückmeldungen bekommen?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich brauchte keine Rückmeldung. Das Verhalten der Herrschaften war so, dass wir beruhigt sein konnten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Verhalten der ÖVP-Herrschaften war so, dass Sie beruhigt sein konnten, das heißt, Sie sind davon ausgegangen, dass das so nicht kommt?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das war das Ergebnis.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da Sie sagten, die Rückmeldungen waren so, dass Sie beruhigt sein konnten: Auf Basis welches Tatsachensubstrates gründet dieses Gefühl der Beruhigung, das bei Ihnen eingetreten ist?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Diese Novelle wurde nicht beschlossen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann war für Sie klar, dass diese Novelle nicht beschlossen wird?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Am nächsten Tag.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der nächste Tag war der 12. Juli. Am 11. Juli am Abend erfahren Sie das ...

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich weiß jetzt die Daten nicht genau, aber das war ungefähr einen Tag später.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Einen Tag später. – Ich sage Ihnen kurz die Daten: Am 11., das bestätigt auch Herr Stickler, bekommen die Casinos die Information, dass dieser Antrag kommen soll. Die entscheidende Nationalratssitzung selbst, bei der dieser Abänderungsantrag dann nicht gekommen ist, war am 13. Juli 2006.

Vielleicht können Sie, wenn Sie diese beiden Daten haben ...

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ja, aber jetzt erfährt man das ja früher, bevor die Sitzung stattfindet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die zentrale Frage ist, haben Sie vorher ...

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Einen Tag später, Sie sagen der 13. Juli.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Für Sie war vor dieser Sitzung am 13. Juli klar, dass diese Änderung nicht kommt (*Dr. Wallner: Ja!*), weil Sie eine entsprechende Zusicherung oder eine entsprechende Rückmeldung seitens der Österreichischen Volkspartei hatten?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Sie sollten die Frage anders stellen. Sie sagen: Für Sie war also am 12. klar ... – Das ist eher suggestiv. Ich bin sonst nicht so kleinlich, aber ich merke jetzt, dass die Antworten so kommen, dass sie vielleicht durch eine suggestive Frage beeinflussbar sind. Es ist nicht immer so gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die zentrale Frage war, ob für den Herrn Wallner vor der Nationalratssitzung am 13. Juli 2006 klar war, dass die Änderung nicht kommt. Ich stelle die Frage noch einmal. – Sie ist sowieso beantwortet, er hat gesagt: „Ja“.

Obfrau Dr. Gabriela Moser unterbricht die Sitzung zum Zwecke einer Fraktionsführerbesprechung.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.57 Uhr unterbrochen und um 14.04 Uhr als solche wieder aufgenommen.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt als nächstem Fragesteller Abg. Krainer das Wort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Wallner, der Herr Stickler hat gemeint, Sie hätten ihn angerufen Ende September 2006 und urgiert wegen einer Rechnung der **Orange Werbeagentur**.

Sagt Ihnen das irgendwas?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das ich etwas urgiert hätte? – Sagt mir nichts.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was wissen Sie denn überhaupt über die **Orange Werbeagentur**?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das ist eine dem BZÖ nahestehende Organisation, die sich mit Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, zu 100 Prozent Eigentum des BZÖ; das nur zur Information.

Und mit denen gab es einen Vertrag von den Lotterien?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Nein, es gibt keinen Vertrag.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was gab es dann?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Die Stellungnahme der Organisation wurde zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, das BZÖ hat eine Stellungnahme abgegeben gegenüber den Lotterien? (*Dr. Wallner: Die Orange!*) – Die Orange, ja. (*Dr. Wallner: Nicht das BZÖ!*) – Ja. Und die hat eine Stellungnahme abgegeben an die Lotterien. Zu welchem Thema?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Sie hat ein Gutachten gemacht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer hat denn das beauftragt?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher wissen Sie, dass es ein Gutachten gab?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Eigentlich von den Lotterien. Ich war Geschäftsführer auch der Lotterien.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ich weiß schon. Aber woher wissen Sie, dass die ein Gutachten gemacht haben? Wie haben Sie das erfahren? Der Portier wir es Ihnen ja nicht gesagt haben in der Früh?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Nein, der Portier hat es nicht gesagt. Ich weiß es nicht genau, wer es mir gesagt hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Kennen Sie den Herrn Westenthaler?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Den Herrn Westenthaler kenne ich, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie mit dem immer wieder Kontakt gepflegt?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ja, ich hatte Kontakt mit ihm, aber außerhalb des Bereiches der Stellungnahme, die Sie jetzt genannt haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Außerhalb der Fragestellung? (*Dr. Wallner: Ja!*) – Haben Sie mit ihm jemals über Glücksspiel gesprochen?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Nein. – Ja, über Glücksspiel habe ich mit ihm gesprochen. Ich war bei ihm ein paarmal als er Klubobmann war, aber das hat nichts mit der Sachlage zu tun, die hier im Zusammenhang steht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Weil das war Jahre davor?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Jahre – einige Zeit vorher.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Stickler hat gemeint, dass **Sie** ihn angerufen und gesagt haben, diese Rechnung sollte er unterschreiben und eine Vorstandskollegin; und Sie hätten gesagt, Sie haben das geprüft, das ist in Ordnung.

Können Sie sich daran erinnern?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich habe nicht gesagt, dass er etwas unterschreiben soll, sondern die Unterschrift war schon drauf, als ich es bekam.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, als Sie es bekommen haben, schon. Aber Sie haben ihn angeblich angerufen, ein paar Tage vorher, dass er unterschreiben soll.

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ja, aber Sie sagten, dass die Stellungnahme nicht gezeichnet war und er soll das endlich zeichnen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, Sie hätten ihn angerufen, dass urgiert wurde wegen der **Bezahlung** dieser Rechnung. (*Dr. Wallner: Wegen der Bezahlung,*

ja!) – Und dass **Sie** ihn angerufen hätten und gesagt haben, die urgieren, wieso die nicht bezahlt wird.

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Nein, die urgieren nicht, sondern sie ist nicht bezahlt worden. Und ich habe ihn angerufen und habe gesagt: Warum wird das nicht bezahlt?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher haben Sie gewusst, dass das nicht bezahlt wird?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Es war doch eine Summe, die ein entsprechendes Ausmaß annimmt, und das habe ich gewusst, was da los ist mit den Summen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer: Sie haben es dann auch unterschrieben, als bereits zwei Unterschriften drauf waren? (*Dr. Wallner: Ja!*) – Haben Sie festgestellt, ob die Leistung erbracht wurde?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Ich habe in meinen allgemeinen Besprechungen auch das mit hineingenommen. Da wurde generell gesagt: Ja, die Leistung ist erbracht. (*Abg. Krainer: Von wem?*) – Von meinen Mitarbeitern, die in diesem Kreis waren. (*Abg. Krainer: Haben die Namen?*) – Ja, der heute schon zitierte und genannte Herr Hoscher. Der ist bei uns beschäftigt und ist jetzt Vorstand. Er war für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig und für die Notwendigkeit der Darlegungen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer: Herr Hoscher hat Ihnen gesagt, das geht in Ordnung, die Leistung ist erbracht worden?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: So schnell geht das nicht, nur in einem Satz. Das wird lange besprochen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer: Das heißt, dieses Gutachten ist besprochen worden von Ihnen mit Ihren Mitarbeitern?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das Gutachten ist besprochen worden. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Faktoren ist die Fakturierung rechtmäßig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer: Haben Sie das Gutachten jemals selber gesehen oder gelesen?

Dkfm. Dr. Leopold Wallner: Das ist auch nicht meine Aufgabe, alles zu lesen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer: Nein, das war nur eine Frage. Haben Sie das Gutachten jemals selber gesehen oder gelesen? (*Dr. Wallner: Nein!*) – Und was für Mitarbeiter noch, außer dem Herrn Hoscher, erinnern Sie sich, mit denen Sie darüber gesprochen hätten, über die Agentur Orange?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich hätte zum Procedere noch eine Frage. Ich hätte gerne noch einmal eine Sitzungsunterbrechung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie hätten gerne noch einmal eine Stehrunde? (*Abg. Amon: Ja, bitte!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ich würde mich dem anschließen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, dann **unterbreche** ich die Sitzung.

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 14.13 Uhr **unterbrochen** und um 14.14 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser *nimmt* die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt mit, dass aufgrund der verschiedenen Befragungen vor Gericht der Ausschuss genügend Informationen von Herrn Dr. Wallner habe und deshalb auf eine weitere Befragung heute verzichtet werde.

Die Obfrau dankt der **Auskunftsperson Dkfm. Dr. Wallner** und verabschiedet diese.
14.15

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Mein Vorschlag ist, nachdem wir in Bezug auf die Beweisaufnahme in einer geänderten Situation sind, dass wir die Dreiviertelstunde bis zur Befragung der nächsten Auskunftsperson für eine Fraktionsführerbesprechung über die weitere Vorgangsweise nützen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. Wir werden jetzt dann in der unterbrochenen öffentlichen Sitzung eine Fraktionsführersitzung einberufen und über die weitere Vorgangsweise beraten.

Ich möchte noch kurz die Medien darüber informieren, dass es der Ausschuss angesichts der Befragungssituation für würdevoller gehalten hat, die Befragung abzubrechen. Ich **appelliere** an Sie, dass Sie auch eine entsprechende, korrekte journalistische Herangehensweise vornehmen und die Integrität der Persönlichkeit von Herrn Dr. Wallner in keinster Weise diskreditieren! – Danke schön.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

14.16

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 14.17 Uhr **unterbrochen** und um 14.49 Uhr **nichtöffentlich wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 14.49 Uhr bis 14.52 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

14.52

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 14.52 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

14.53

Auskunftsperson Dr. Franz Wohlfahrt

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dr. Franz Wohlfahrt** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Wohlfahrt, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung ist auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Franz Wohlfahrt**. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Herr Dr. Wohlfahrt, wollen Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Eingang in Ihre Befragung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge in Form einer 10-minütigen Darstellung mitzuteilen. (*Die Auskunftsperson **bejaht** dies. – Die Obfrau erteilt Dr. **Wohlfahrt** das Wort.*)

Auskunftsperson Dr. Franz Wohlfahrt: Vielen Danke, Frau Vorsitzende!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, ganz kurz eine Stellungnahme abzugeben, damit Sie vielleicht besser verstehen, angesichts welcher Motivlage seinerzeitige Vereinbarungen und Kooperationen abgeschlossen und umgesetzt wurden.

Novomatic ist ein Unternehmen mit weltweit über 18 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; davon sind 2 850 in Österreich beschäftigt. Unser Unternehmen versucht, nicht nur im Ausland – mit einem Exportanteil von über 90 Prozent – erfolgreich zu sein – und das hat es in den letzten Jahren nachdrücklich bewiesen –, sondern auch einen angemessenen Heim-Markt zu haben, auf dem wir unsere inländischen Arbeitsplätze bestmöglich mit Umsätzen und mit Beschäftigungsmöglichkeiten versorgen können.

Wir haben in Österreich eine Rechtslage gehabt – und teilweise ist sie noch immer vorfindbar –, die es uns unmöglich macht, einen vernünftigen, regulativ angemessenen Heim-Markt zu entwickeln. Daher treten wir seit Jahren – und wir werden das auch in Zukunft tun – in den verschiedenen Segmenten der Glücksspielindustrie – sei es im Bereich der Automatenbespielung, sei es im Bereich des Online-Gaming, sei es im

Bereich von Video-Lotterie-Terminals, aber auch in anderen Segmenten – für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ein, auf Grundlage derer wir uns dann in weiterer Folge auch wirtschaftlich entfalten können.

Das haben wir in den letzten Jahren getan, und ich habe auch federführend in zahlreichen, ja hunderten Gesprächen und Verhandlungen und Konferenzen versucht, diese Botschaft den Adressaten zu übermitteln.

Wir haben in Österreich nach § 3 Glücksspielgesetz ein **Glücksspielmonopol** des **Bundes**. Der Bund selbst betreibt aber keine Glücksspiele, sondern hat das Recht zur Durchführung dieser Glücksspiele an **private Konzessionäre** übertragen. Im Bereich der Spielbanken gibt es 15 Konzessionäre – bisher zwölf –, wobei seit 40 Jahren immer derselbe Konzessionär die Konzessionen erhalten hat. Im Bereich der Lotterien, einschließlich der elektronischen Lotterien – auf wir heute sicherlich noch näher zu sprechen kommen werden – gibt es seit über 20 Jahren ein Monopol einer Gesellschaft, an der die Casinos Austria mit zwei Dritteln beteiligt ist.

Das heißt, in Österreich haben wir im Bereich des wirtschaftlich attraktiven Glücksspieles eine **Monopolisierung**, und wir sind – nicht zuletzt auch durch den Europäischen Gerichtshof bestärkt – aufgrund vieler sachlicher Erwägungen überzeugt – und wir waren das auch im Jahr 2006, auf das wir zu sprechen kommen werden –, dass diese Monopolisierung der Dienstleistungen im Glücksspielbereich nicht nur aus Gründen der Fiskalpolitik, sondern vor allem auch aus Gründen der Ordnungspolitik und des Verbraucherschutzes nicht den richtigen Weg einer Regulierung von Glücksspieldienstleistungen darstellt.

Nichts anderes haben wir auch in der damaligen Diskussion vorgetragen. Und wir haben – und das war für uns die große Chance – mit der **Telekom Austria** einen Partner gefunden, der ebenfalls tausende inländische Arbeitnehmer beschäftigt und der neue Geschäftsfelder gesucht hat, zumal das traditionelle Kerngeschäft rückläufige Umsätze gewärtigt hat.

Die Telekom hat die Technologie – Breitbandtechnologie –, die es ermöglicht, entsprechende Online-Spiele – Spiele, die zentralseitig über Terminals vernetzt sind – abzuwickeln. Und es war folgerichtig, dass wir da eine Kooperation gefunden und auf Grundlage dieser Kooperation versucht haben, regulatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, die es uns in weiterer Folge ermöglicht hätten – und bitte, das ist ja in der Diskussion hier bis heute mit keinem Wort erwähnt worden –, auf Grundlage einer erst in weiterer Folge europaweit auszuschreibenden Lizenz – oder mehrerer Lizenzen – entsprechend tätig zu werden. Erst dann, wenn wir von der zuständigen Behörde eine Online-Lizenz, eine sogenannte § 12a-Glücksspielgesetz-Lizenz bekommen hätten, wäre dieses Projekt wirtschaftlich umsetzbar gewesen!

Ich bitte daher, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, zu bedenken, dass es ja geradezu die Verpflichtung von verantwortlichen Vorständen, von Konzernunternehmen mit Tausenden Arbeitsplätzen ist, dafür zu sorgen, dass das Unternehmen auch im Interesse der Mitarbeiter über entsprechende Rahmenbedingungen verfügt, die es ihnen ermöglichen, ihre Wirtschaftskraft und ihr Wachstum zu entfalten.

Das bitte ich, einleitend zur Kenntnis zu nehmen, und ich stehe nunmehr für Ihre Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Maier das Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dr. Wohlfahrt, ich bedanke mich zuerst einmal für Ihre Ausführungen, in welchen Sie Ihre Firmenphilosophie dargelegt haben. Ich vertrete persönlich ordnungspolitisch eine **andere** Position als Sie, ich bekenne mich zum **Monopol**, allerdings zu einer **europarechtskonformen** Monopolregelung. Und wir hoffen, dass wir mit den derzeitigen Bestimmungen im Glücksspielgesetz einen derartigen Rahmen dafür auch geschaffen haben.

Ich möchte Ihnen gerne etwas vorlegen, Herr Dr. Wohlfahrt, und Sie fragen: Kennen Sie diese Unterlage, dieses sogenannte Gutachten?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dr. Franz Wohlfahrt *(nach Einsichtnahme in das vorgelegte Schriftstück):* Ich kann mich jetzt an diese Unterlage nicht erinnern, sie sagt mir im Moment nichts.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das ist die Unterlage, die über ein Wochenende von einem Mitarbeiter des BZÖ, nämlich von Herrn Lukasek, für Herrn Westenthaler erstellt worden ist, der dieses Gutachten sodann in weiterer Folge den Österreichischen Lotterien übermittelte.

Ich frage noch einmal: Sie haben dieses Gutachten noch nie gesehen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich nicht erinnern, dieses Gutachten je gesehen zu haben.

Wenn es das Gutachten ist, das in den Medien immer wieder publiziert worden ist, dann glaube ich, das irgendwo im „profil“, im „FORMAT“ oder in einer sonstigen Zeitschrift als Faksimile – ich weiß nicht, ob es das Gutachten war oder aber eine Rechnung dazu – gesehen zu haben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich zitiere aus der Befragung des Zeugen Siegfried Augustin bei der Staatsanwaltschaft wie folgt:

„Ich kann mich nur erinnern, dass Ing. Westenthaler später, etwa im November 2006, mich fragte, ob ich die Studie des Kurt Lukasek noch habe bzw. ob ich diese beschaffen könne. Ich fragte bei Kurt Lukasek nach, und dieser übermittelte das Schriftstück per E-Mail. Ich gab es dann an Ing. Westenthaler weiter. Von Kurt Lukasek erfuhr ich später, dass die Studie an die Novomatic AG gegangen sei. Kurt Lukasek vermutete, dass die Novomatic AG nochmals dafür bezahlt habe.“ – Zitatende.

Meine konkrete Frage: Was sagen Sie zu dieser Aussage des Zeugen Siegfried Kobal?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) *(zur Geschäftsbehandlung):* Abgeordneter Maier hat sich dann am Schluss korrigiert, aber er hat eingangs die Frage begonnen mit dem Zeugen „Siegfried Augustin“; den es aber gar nicht gibt. Aber Herr Kollege Maier hat es am Schluss richtig gesagt.

Nur zur Klarstellung: Es handelt sich dabei um Herrn **Kobal**. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Maier.)* – Sie haben, Herr Abgeordneter, zuerst gesagt, „Siegfried Augustin“ heißt der Zeuge – und den gibt es nicht. Jetzt habe ich mir schon Sorgen gemacht. – **Siegfried Kobal** also heißt dieser Herr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut geklärt. – Bitte um die Antwort, Herr Dr. Wohlfahrt.

Dr. Franz Wohlfahrt: Erstens einmal: Ich kann mich, wie gesagt, an eine derartige Studie nicht erinnern.

Zweitens: Wenn es für solche Studien irgendeine Zahlung aus unserem Hause gegeben haben sollte, dann wäre mir diese Studie mit einer entsprechenden Rechnung vorgelegt worden, ich hätte sie mir angeschaut und dann festgestellt, auf welcher Auftragsgrundlage eine solche Studie erfolgt sei. Von uns hat es jedenfalls –und das kann ich hiermit ausschließen – zu keinem wie immer gearteten Zeitpunkt den Auftrag zur Erstellung einer derartigen Studie gegeben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich frage noch einmal nach: Sie schließen damit aus, dass es jemals eine Zahlung der Novomatic AG an das BZÖ oder an Peter Westenthaler gegeben hat?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das schlieÙe ich mit 100-prozentiger Sicherheit aus.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dr. Wohlfahrt, Sie haben ja bereits in Ihrer Einleitung die Zielsetzungen der Novomatic AG dargestellt und dass es das Bestreben war, gemeinsam mit der Telekom AG ein neues, gemeinsames Geschäftsfeld zu eröffnen.

Meine erste Frage: Walter Meischberger hatte eine führende Rolle gespielt. Seit wann arbeitet Walter Meischberger für Ihr Unternehmen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Die Firma des Herrn Walter Meischberger, „**ZehnVierzig**“, hat im Jahr 2005, etwa vom Frühjahr bis zur Mitte Sommer/Frühherbst mit uns gemeinsam Strategien entwickelt, und federführend war da der Alleingeschäftsführer und Gesellschafter Walter Meischberger, wie wir Argumentarien aufbauen können, um die entsprechenden Entscheidungsträger in Österreich von der uns als sinnvoll und notwendig erachteten neuen Regulierung, vor allem in den Marktsegmenten Online, zentral-serverbasierte Spiele, über Video-Lotterie-Terminals¹, zu überzeugen. Die Firma war daher nur in diesem Zeitraum von rund einem halben Jahr für uns tätig. In weiterer Folge hat uns Herr Meischberger dann sinnvollerweise, wie es sich dann herausgestellt hat, gesagt, alleine wird sie es nicht schaffen, dieses seit vier Jahrzehnten eingeführte Monopol durch eine gesetzliche Änderung zu ändern, und er hat uns dann vorgeschlagen, eine Kooperation mit der Telekom zu versuchen.

In weiterer Folge sind die Leistungen nicht mehr aufgrund eines Vertragsverhältnisses mit dem Herrn Meischberger beziehungsweise nicht mehr über dessen Firma, sondern ausschließlich, was an Beratungsleistung erfolgt ist, über Firmen und die Firmengruppe **Hochegger** für uns erfolgt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es in diesem Zusammenhang richtig, dass die Firma **ZehnVierzig** von Meischberger Ihrem Unternehmen zwei Rechnungen gestellt hat, vom 4.8.2005 und vom 31.10.2005, über jeweils 60 000 €? Oder gibt es darüber hinaus auch noch Rechnungen von der Firma „ZehnVierzig“, die Novomatic beglichen hat?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das waren die einzigen zwei Rechnungen, und mit diesen beiden Rechnungen wurden die von mir kurz skizzierten Leistungen im Jahr 2005 abgerechnet, zumal dann in weiterer Folge die Hochegger-Gruppe uns gemeinsam mit der Telekom beraten hat.

¹ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Aus den bisherigen Befragungen wissen wir, dass es ein Gespräch beim damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser gegeben hat.

Ich möchte konkret fragen: Wann war dieses Gespräch, und wer war bei diesem Gespräch anwesend?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich an ein solches Gespräch erinnern. Es hat meiner Erinnerung nach etwa Anfang November 2006 im Ministerium stattgefunden. Bei dieser Besprechung waren ich gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden der Telekom, Herrn Michael Fischer, und, meiner Erinnerung nach, mehrere Beamte des Finanzministers sowie der Finanzminister selbst dabei.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Welcher Fischer war das: der Rudolf Fischer oder der Michael Fischer?

Dr. Franz Wohlfahrt: Der Vorstandsvorsitzende der Telekom Austria. Es gibt nur einen, und das war der Rudolf Fischer. Sorry, ich habe, glaube ich, „Michael“ gesagt! Pardon!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Walter Meischberger war – das war das, was wir gestern von Peter Hochegger erfahren haben – in dieser Sache der Mastermind.

Meine Frage: Welche konkreten Aufgaben hat eigentlich Meischberger für Sie in diesem Zeitraum, den Sie geschildert haben, erbracht? Gab es da Gespräche mit dem Finanzminister oder mit anderen Beamten des Ressorts – oder bezog sich Meischbergers Tätigkeit nur auf eine Konzepterstellung?

Dr. Franz Wohlfahrt: Unserer und meiner Einschätzung nach hat es im Jahr 2005, während des aufrechten Vertragsverhältnisses, ausschließlich Projektentwicklungen und -vorbereitungen auf informeller Ebene im Rahmen unseres Unternehmens gegeben – meines Wissens **keine** nach außen dringenden Gespräche.

In weiterer Folge war Herr Meischberger keinesfalls ein Mastermind, sondern er war Teil der Strategiemeeting-Gruppe Hochegger und ist offensichtlich von der Firma Hochegger als Subunternehmer diesem Projekt beigezogen worden – stand aber, wie gesagt, in **keinem** direkten Vertragsverhältnis zu unserem Unternehmen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben bereits ausgeführt, dass danach ein Vertrag mit Peter Hochegger, mit Hochegger Financials abgeschlossen wurde. Sie haben laut den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, Peter Hochegger insgesamt einen Betrag von 466 875,83 € dafür bezahlt.

Ist dies der Gesamtbetrag – oder haben Sie über diesen Betrag hinaus auch noch weitere Zahlungen an die Hochegger-Gruppe geleistet?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann das jetzt nicht aus dem Stegreif beantworten, zumal die Hochegger-Gruppe ja nicht nur dieses von mir angesprochene Projekt „Aon Entertainment“ betreut hat, sondern auch darüber hinaus gehende Leistungen erbracht hat, wie etwa Event-Veranstaltungen, permanente Marketing-Leistungen et cetera, sodass auch noch zu klären wäre, welche Zeitraum Sie jetzt in Ihrer Berechnung berücksichtigt haben, und man dann das auf die einzelnen Leistungs-Contente aufteilen müsste, um Ihnen eine präzise Antwort zu geben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Meine Frage: Wie lange hat die Hochegger-Gruppe für Ihr Unternehmen gearbeitet?

Dr. Franz Wohlfahrt: Verschiedene Unternehmen der Hochegger-Gruppe haben für uns gearbeitet, bereits bevor wir mit Herrn Meischberger im Jahr 2005 den Vertrag

abgeschlossen haben, nämlich: Im Rahmen der „Admiral Sportwetten“-Börsegangs-Story hat eine Teilorganisation der Hohegger-Gruppe – ich glaube, **Hohegger Financials** hat die geheißen – für uns gearbeitet.

Dann gab es in weiterer Folge die neue Vertragsgestaltung erst im Zusammenhang mit dem Projekt „Aon Entertainment“, und bei dieser Gelegenheit aber weitergehende Leistungen, die ich vorhin schon erwähnt habe.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Peter Hohegger hat mit seinen Mitarbeitern, aber auch mit der Telekom und mit Ihnen diesen „Masterplan Novomatic“ entwickelt.

Meine Frage: Wann wurde dieser „Masterplan Novomatic“ vorgelegt, und in welchem Zeitraum sollte dieser umgesetzt werden?

Dr. Franz Wohlfahrt: Meiner Erinnerung nach und nach den Aufzeichnungen, die ich auch der Korruptionsstaatsanwaltschaft vorgelegt habe, haben die Gespräche mit der Telekom im Spätherbst 2005 begonnen, und die Projektarbeit hat sich über etliche Monate hingezogen, zumal es da um eine komplexe Projektaufbereitung gegangen ist, mit entsprechenden Business-Plänen, Feasibility-Studien et cetera.

Es hat verschiedene Projektabschnitte und -fortschritte gegeben. Es sollte – und das war unsere Absicht – so rasch wie möglich im Zuge des Jahres 2006 zu einer Finalisierung kommen. Wir haben zwar Zeitpläne in verschiedenen Programmen vorgeschlagen, die aber nicht und nicht immer vollinhaltlich eingehalten werden konnten.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gab ja eine Arbeitsgruppe, der Sie angehört haben; vonseiten der Telekom Austria Herr Tweraser.

Wer war noch Mitglied dieser Projektgruppe?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ohne Anspruch auf Vollständigkeit fällt mir dazu ein – und es hat diese Sitzungen in unterschiedlichen Konstellationen und Teilarbeitsgruppen gegeben –: Es waren dabei etwa das Vorstandsmitglied Schieszler von der Telekom, dann ein Herr Mag. Krenn von der Telekom, dann von der Hohegger-Gruppe Herr Dr. Peter Hohegger, Herr Mag. Stefan Krenn, weitere Mitarbeiter der Hohegger-Gruppe. Von unserem Unternehmen waren fallweise, am Beginn, der Finanzvorstand Mag. Stein dabei, aber dann, im Zuge der Ausrollung der ersten Projektentwicklung, auch Mitarbeiter aus dem Management von „Admiral Sportwetten“, zumal wir das Projekt gestartet haben, um das einmal etwas näher kennenzulernen, um den Sportwett-Content, der ja auf landesgesetzlicher Ebene erlaubt war, über Mobiltelefonie und Online umzusetzen – und natürlich Meischberger.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es richtig, dass die Vereinbarungen, die in dieser Projektgruppe getroffen wurden, einvernehmlich getroffen wurden?

Dr. Franz Wohlfahrt: Welche Vereinbarungen sprechen Sie an?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Beispielsweise den Zeitplan von Jänner bis August 2006, in dem im Detail aufgelistet ist, wann Entscheidungen getroffen werden sollen beziehungsweise wann ein Antrag im Parlament eingebracht werden soll.

Ich übergebe Ihnen diesen Zeitplan aus den Unterlagen von Hohegger, identisch mit der Darstellung von „Aon Entertainment, Draft (V 2.0) Strategie – Lobbying – Kommunikation“ vom Februar 2006.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Dr. Franz Wohlfahrt (nach Einsichtnahme in das vorgelegte Schriftstück): Was diese Zeitpläne betrifft, glaube ich, dass das Vorstellungen waren, die von Hohegger, von unserem Beratungsunternehmen in Aussicht genommen worden sind und als plausibel erklärt worden sind. Aber das waren keine Fixtermine, das waren Einschätzungen der Beratungsfirma, die nicht bindend waren.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Die Termine sollten in dieser Form eingehalten werden. Es ist der 5. Juli: Beschlussfassung im Finanzausschuss, angeführt, der 12. oder 13. Juli: Beschlussfassung im Nationalrat.

Es ging einfach darum, dass es zu dem eingebrachten Initiativantrag einen Abänderungsantrag gibt, und hier geht es um die Frage: Wer, Herr Dr. Wohlfahrt, hat diesen Abänderungsantrag zum Initiativantrag formuliert?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich und unser Unternehmen haben im Zusammenhang mit diesem Projekt primär das technische Know-How zur Verfügung gestellt. Es war vereinbart und akkordiert, dass die politische Überzeugungsarbeit primär vom Partner, von der Telekom, in die Wege geleitet wird, und hier hat Herr Fischer die entsprechenden Gespräche, vor allem auch mit Vertretern der damaligen Regierungsparteien, geführt.

Ich kann mich an einen derartigen Abänderungsantrag selbst nicht erinnern, schließe aber nicht aus, dass es – und das kommt ja immer wieder vor – im Zuge der Vorbereitung der Unterlagen und der Präsentationspapiere zu Novellierungsvorschlägen oder zu Entwürfen von Novellierungsvorschlägen gekommen ist und dass diese Vorschläge Eingang gefunden haben. Ich kann mich allerdings selbst nicht mehr daran erinnern.

Nur zur Information dazu: Eine Änderung der im Gesetz vorgesehenen einer Konzession auf zwei oder mehrere bedarf keines großen juristischen Know-Hows und ist von einem Studenten mit unterdurchschnittlichem juristischem Background von zwei Semestern auch zu bewerkstelligen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Den Unterlagen von HoheggerCom, insbesondere den Protokollen, die Herr Stefan Krenn verfasst hat, kann mehrfach entnommen werden, dass es sehr wohl Ziel war, einen **Antrag** zu formulieren beziehungsweise **parlamentarische Anfragen** zu formulieren.

Was ist Ihnen darüber bekannt, Herr Dr. Wohlfahrt?

Dr. Franz Wohlfahrt: Mir ist über parlamentarische Anfragen überhaupt nichts bekannt, und ich kann mich an keine wie immer geartete derartige Anfrage, möge sie auch im Entwurf oder in sonstiger Weise erörtert worden sein, erinnern.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es hat zwei Entwürfe für parlamentarische Anfragen gegeben. Sie sollten vom ehemaligen BZÖ-Abgeordneten Wittauer eingebracht werden. Und es ist mehrfach den Protokollen von Krenn zu entnehmen, dass es Aufgabe von Personen in dieser Projektgruppe war, eine derartige parlamentarische Anfrage zu formulieren.

Dr. Franz Wohlfahrt: Daran kann ich mich jetzt beim besten Willen nicht erinnern. Sagt mir nichts!

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Können Sie sich noch erinnern, wie in der Projektgruppe beschlossen wurde, Personen-Dossiers über Gegner des Kleinen Glücksspiels anzulegen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Auch daran kann ich mich nicht erinnern. Ich glaube, dass da das Wort „Dossier“ als überspitztes Wort zu qualifizieren ist und in Wahrheit die

Hochegger-Mitarbeiter nichts anderes vornehmen wollten, als der Projektgruppe wesentliche Informationen, die ohnehin öffentlich jedem zugänglich sind, beizuschaffen, damit man weiß, welche Stakeholder besonders zu überzeugen sind.

Ich weiß, dass auch Ihr Name – ich habe das jetzt aus den Protokollen gesehen – genannt ist, Herr Abgeordneter Maier. Wir beide kennen uns, und ich habe mit Ihnen über zwei, drei Stunden in unserem Wettcafé Ascot unsere Haltung und Ihre Position erörtert. Und ich weiß ganz genau, dass Sie ein Freund des Monopols sind, Sie haben das ja heute explizit auch dargelegt, und da brauche ich kein Dossier und schon gar keine Studie oder sonst irgendwas über Sie anstellen.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte nur daran erinnern, Herr Dr. Wohlfahrt, dass im Protokoll über eine Arbeitssitzung am 8.3.2006, an der Sie auch teilgenommen haben, angeführt ist:

Bei dieser Arbeitssitzung wurde beschlossen, Personen-Dossiers anzulegen, auch über Frau Landesrätin Kranzl, über Dr. Erlacher, Mag. Wilfried Lehner und Frau Dr. Wolf.

Und man kann den Unterlagen, den Personen-Dossiers im Konkreten entnehmen, wie wir, die „Gegner“, eingeschätzt wurden. Es gibt ja auch eine Graphik, wo das auch dargestellt ist.

Eine ganz konkrete Frage in diesem Zusammenhang, Herr Dr. Wohlfahrt: Schließen Sie aus, dass gegenüber den Kritikern des Kleinen Glücksspiels Detektive eingesetzt oder auf diese angesetzt wurden?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das schließe ich mit hundertprozentiger Sicherheit aus, und dafür verbürge ich mich als Mitglied der seinerzeitigen Arbeitsgruppe, denn das hätte ich zu keinem Zeitpunkt akzeptieren und tolerieren können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kommen wir einmal zur **Valora Solutions**; diese ist im Jänner 2007 gegründet worden.

Können Sie sich erinnern, wer die Gesellschafter dieser Firma waren?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich weiß es jetzt. Ob ich es damals, als wir im Sommer 2007 mit dem Unternehmen einen Beratungsvertrag abgeschlossen haben, gewusst habe, kann ich heute nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie viel an finanziellen Zuwendungen hat die Valora Solutions von Novomatic beziehungsweise Tochterfirmen oder zugeordneten Firmen erhalten?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass die Vereinbarung mit der Valora Solutions im Jahr 2007, Mitte 2007, also längst nach dem Ausscheiden des Bundesministers Grasser aus der Regierung, überhaupt nichts zu tun hat mit dem Projekt, mit dem das Glücksspielmonopol für Online und VLTs geändert hätte werden sollen.

Ich ersuche daher den Verfahrensanwalt unter Bezugnahme auf den Inhalt des Beweisbeschlusses, alle Fragen, die diese Vereinbarung mit der Valora Solutions betreffen und die im Übrigen auch Geschäftsgeheimnisse darstellen, nicht zuzulassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind ja Jurist. Deswegen ist es ganz gut, wenn Sie einmal zur Kenntnis nehmen, erstens: Der Verfahrensanwalt entscheidet **nicht** über die Zulassung von Fragen. Das ist eine Fehlinformation.

Dr. Franz Wohlfahrt: Nein, er wird mich dabei unterstützen, dass diese Frage nicht zugelassen wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das schauen wir uns alles an.

Zweitens: Diese Geschichte haben wir schon mit Herrn Mag. Grasser besprochen. Der hat sich auch – nur zu Ihrer Information – an den Verfahrensanwalt gewandt. Wir haben das genau besprochen, und wir sind bei Mag. Grasser, der einen ähnlichen Einwand gehabt hat, zum Schluss gekommen, dass das sehr wohl zulässig ist, und daher habe ich ihn befragt.

Es bleibt Ihnen aber trotzdem unbelassen, das im Wege des Verfahrensanwaltes jetzt mit der Vorsitzenden zu klären. Das ist Ihr gutes Recht, und ich bin auch dafür, dass das jetzt gemacht wird.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Frau Vorsitzende! Ich lege hier auch Wert auf eine ordentliche Reihenfolge. Wenn die Auskunftsperson in Person des Dr. Wohlfahrt den Verfahrensanwalt anruft und um eine Stellungnahme ersucht, glaube ich, wäre es am Vorsitz, dann den Verfahrensanwalt zu Wort kommen zu lassen – und nicht wieder die Person, die die Frage stellt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, es kommt der Verfahrensanwalt jetzt ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, es ist das Ersuchen gestellt worden ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nein, ich muss jetzt den Verfahrensanwalt antworten lassen, und dann gibt es wieder die nächste Frage oder eine Meldung zur Geschäftsordnung

Bitte, Herr Verfahrensanwalt.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es kommt hier der Einwand, dass dieser Vertrag mit der Valora Solutions erst Mitte 2007 abgeschlossen worden sei und das sei – das wurde abgeschlossen – deutlich nach dem Ausscheiden des Herrn Mag. Grasser aus der Bundesregierung aufgrund des Wahlergebnisses gewesen. Grundsätzlich ist daher dieser Einwand zu beurteilen.

Wir haben – das ist richtig – gestern darüber schon befunden. Ich würde sagen, Herr Abgeordneter Pilz, weil das schlecht ich tun kann, dass Sie, so wie gestern, den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand aus Ihrer Sicht kurz darlegen, und dann können wir darüber entscheiden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte um die Begründung und um den Zusammenhang.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das tue ich gerne, aber das jetzt nicht in meiner Fragezeit, das ist jetzt wichtig (*Widerspruch bei der ÖVP*), weil wir uns jetzt im Geschäftsordnungsbereich befinden und ich Fragen beantworte.

Das ist ganz einfach, ich tue das gern, wie gestern. Es geht, wie beim ehemaligen Vizekanzler Gorbach, um die Frage, ob er im Nachhinein für mögliche Gefälligkeiten,

die er Unternehmen oder sonstigen Interessenten in seiner Zeit als Minister geleistet hat, Leistungen von ebendiesen Unternehmen oder sonstigen Dritten erhalten hat.

Das untersuchen wir. Das habe ich auch Herrn Mag. Grasser so erklärt, und auf Basis dieses Zusammenhanges habe ich ihn auch befragt.

Zweitens: Dieser Beratungsvertrag plus Rechnungen und sonstige Unterlagen sind uns zum Beweisthema 6 vom Bundesministerium für Inneres zur Verfügung gestellt worden. Im Rahmen des Strafverfahrens werden vom Justizministerium und Innenministerium diese Vorgänge des Jahres 2007 und 2008 im Zusammenhang mit dem Verdacht auf Glücksspielkauf, um jetzt einen nichtjuristischen Ausdruck zu verwenden, gesehen.

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist ein falscher Vorhalt, Herr Dr. Pilz!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das haben nicht **Sie** zu beurteilen, und das ist jetzt auch nicht an Ihnen, dazu **Erklärungen** abzugeben!

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: So, und mit dieser Erklärung ist nach meiner Auffassung ein Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand hergestellt. Herr Dr. Pilz wird seine Frage formulieren, Sie werden darauf antworten, und dann wird die Sache klarzustellen sein.

Dr. Franz Wohlfahrt: Darf ich dazu einen Satz sagen? Dieser Zusammenhang ist dann hergestellt, wenn das stimmt, was Sie sagen. Punkt A, Herr Dr. Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich habe ...

Dr. Franz Wohlfahrt: Nein, Moment, Herr Dr. Pilz! (*Abg. Petzner: Er antwortet jetzt! Was soll denn das? – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, er antwortet nicht, sondern er ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, es geht der Reihenfolge nach!

Erstens einmal: Die Auskunftsperson antwortet. Es steht der Auskunftsperson die Bewertung des Zusammenhanges nicht zu. Wenn, dann beurteilt das der Verfahrensanwalt. Und dann kommt die nächste Frage.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich meine, Herr Dr. Wohlfahrt, dass Sie eine Frage, die gestellt wird, die den Zusammenhang möglicherweise – ich will das jetzt gar nicht beurteilen – herstellt, beantworten sollten, und dann wird man aus der Antwort und aus der Darstellung die Gegebenheit erkennen, ob ja oder nein. Die Unterstellung sicher nicht, aber die Frage ist durchaus zulässig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich noch an meine Frage erinnern, oder soll ich sie wiederholen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Bitte wiederholen Sie sie.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welchem Umfang hat die Firma Novomatic beziehungsweise der Novomatic zurechenbare Firmen wie Austrian Gaming Industries finanzielle Leistungen an die Valora Solutions geleistet?

Dr. Franz Wohlfahrt: Die Tochterfirma Austrian Gaming Industries, die diesen Vertrag mit der Firma Valora Solutions, wie gesagt, Mitte 2007 abgeschlossen hat, wobei dieser Vertrag auf unbestimmte Zeit, langfristig konzipiert war, mit einem Jahresberatungshonorar von 200 000 € zuzüglich Mehrwertsteuer, hat auf Grundlage dieses Vertrages insgesamt fünf Teilbeträge halbjährlich geleistet, sprich: fünfmal 120 000 brutto. Das ergibt 600 000 brutto, die von der Austrian Gaming Industries an die Valora Solutions bezahlt worden sind.

Der Vertrag ist dann von der Austrian Gaming Industries aufgelöst worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das entspricht auch unseren Unterlagen.

Meine nächste Frage in dem Zusammenhang: Welche Leistungen hat die Valora Solutions jetzt für Austrian Gaming Industries oder Novomatic erbracht?

Dr. Franz Wohlfahrt: Für uns war die Firma Valora Solutions ein Teil der Hohegger-Gruppe, zumal ja Hohegger auch an dieser Gesellschaft beteiligt war. Und wir haben von dieser Gesellschaft die im Vertrag genannten Leistungen erhalten und insbesondere umfangreiche Marketing-Strategien, Shop-Design-Strategien und begleitende Beratungen für diverse Projekte erhalten, wobei diese Leistungen von der Hohegger-Gruppe, aber insbesondere auch von dem Geschäftsführer der Valora Solutions, Herrn Meischberger, erbracht worden sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da kommt jetzt ein bisschen etwas durcheinander. Ich habe auch eine Vermutung, warum es durcheinanderkommt, aber ich behalte sie jetzt einmal vorläufig noch für mich.

Wir haben ja insgesamt, wenn wir Valora Solutions dazunehmen, vom Jahr 2005 bis eben Ende der Valora Solutions-Beziehungen aus dem Novomatic-Bereich Zahlungen an Hohegger/Financials, Hohegger/Com und Austrian Gaming Industries und ZehnVierzig – das ist aber eine kleine Rechnung – von insgesamt 2 047 999,70 €.

Dr. Franz Wohlfahrt: Bis zu welchem Zeitraum?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bis zum Zeitraum der Beendigung der Zahlungen an Valora Solutions.

Dr. Franz Wohlfahrt: 2009, glaube ich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, bis Februar 2009. Ich frage Sie aber nur in Bezug auf Valora Solutions. Da gibt es einen eigenen Beratungsvertrag, den haben Sie ja erwähnt, und wir haben sehr detaillierte Erklärungen von zwei Auskunftspersonen, was im Rahmen von Valora Solutions an Leistungen erbracht worden ist. Werde ich Ihnen dann später vorhalten.

Ich möchte jetzt von Ihnen hören: Welche Leistungen hat Valora Solutions, nicht der Hohegger-Komplex insgesamt, sondern Valora Solutions, erbracht?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das habe ich Ihnen früher schon gesagt.

Insbesondere waren das eine umfassende Studie über eine völlige Neukonzeptionierung unseres Markenauftritts und unseres Shop-Designs und ein sehr innovatives Projekt – ich werde hier keine Namen nennen, wer hier als Partner in Betracht gekommen wäre – zum Thema, wie wir auch im Internet in der Social World mit einem Second World Casino auftreten könnten. Das waren umfangreiche Leistungen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wer im Rahmen von Valora Solutions diese Leistungen erbracht hat?

Dr. Franz Wohlfahrt: Primär Herr Meischberger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Primär Herr Meischberger, okay.

Ich kann Ihnen jetzt nur die Aussagen der anderen beiden vorhalten, weil den Herrn Meischberger konnten wir dazu noch nicht befragen, weil er jetzt keine Zeit hat und weil die vier anderen Fraktionen das in Zukunft nicht wünschen, weil er nicht geladen werden darf. Mag. Grasser hat gestern ausgesagt, es habe sich bei Valora Solutions

von der Geschäftstätigkeit her um eine **Totgeburt** gehandelt; es sei seines Wissens gar nichts passiert.

Herrn Dr. Hochegger haben wir ebenfalls befragt, und er hat gesagt, er hat sich gewundert, denn da ist eigentlich überhaupt nichts gearbeitet worden. Er hat sich gefragt, wozu es das überhaupt gibt.

Jetzt habe ich den Eindruck, das steht ein bisschen im Widerspruch zu dem, was **Sie** sagen. Allerdings muss ich dazu sagen, wir haben den Herrn Meischberger dazu noch nicht befragen können. Ich lasse das schlicht und einfach so stehen.

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann Ihnen aber auch eine plausible Erklärung dafür geben. Der Grund dafür wird wohl darin gelegen sein, dass offensichtlich nur der Herr Meischberger oder primär oder fast ausschließlich hier Aktivitäten entfaltet hat und seine, wie wir jetzt wissen – ich bin mir nicht sicher, ob ich es damals gewusst habe –, beiden anderen Gesellschafter, insbesondere aber der Herr Ex-Minister Grasser, da nicht eingebunden waren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt sind das 465 000 €, wenn überhaupt, weil es hat ja auch hohe Zahlungen von der Valora AG an die Valora Solutions gegeben. Aber sagen wir einmal, alles, was Meischberger bekommen hat, kommt nicht von der Valora AG, sondern ausschließlich von Novomatic beziehungsweise AGI. Dann sind das 465 000 € und kein Cent mehr. Bleiben noch 135 000 €, die anderen Personen im Rahmen von Valora Solutions zugutegekommen sein müssen und anderen Aufgaben.

Welche waren das?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich glaube, da unterliegen Sie einem Irrtum, Herr Dr. Pilz. Mir und uns war und ist **nicht** bekannt, welches interne Verrechnungsverhältnis zwischen der Valora Solutions und der Firma des Herrn Meischberger, ZehnVierzig, bestanden hat. Erst vor der Korruptionsstaatsanwaltschaft wurden wir informiert, dass es hier Rechnungen gegeben hat, auf die Sie offensichtlich jetzt Bezug nehmen, wo die ZehnVierzig an die Valora Solutions Leistungen verrechnet hat. Was die Valora Solutions mit den Budgets und mit den Umsätzen letztlich gemacht hat, entzieht sich nicht nur unserer Kenntnis, sondern auch unserer Ingerenz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit wir das abschließen können: Können Sie jetzt noch genau beschreiben die einzelnen ganz konkreten Projekte, möglichst auch mit Titel und mit, falls es Studien waren, ...?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann Ihnen noch einmal wiederholend zwei große Projekte darlegen, das zweite aus Geschäftsgeheimnisgründen nur ansatzweise, weil ich hier den Partner nicht erwähnen möchte, wenngleich man das wissen müsste, um das Geschäftsmodell zu verstehen.

Beim ersten Geschäftsbereich handelte es sich um eine umfassende Evaluierung unserer Markenstrategie, unseres Markenauftrittes und unseres Designs unserer Wettspiellokale, insbesondere im österreichischen Bereich. Bei der zweiten Aufgabe ging es um ein großes Projekt, wo wir mit unserer Marke, mit unseren Produkten und Dienstleistungen im Social Media Bereich in einer Art **Second World Casino** im Rahmen eines großen Konzeptes eingebunden hätten werden können, wenn es uns gelungen wäre, hier die entsprechenden Partner an Bord zu bringen. Beim zweiten Projekt ist es zu keiner Finalisierung gekommen, aber das ist noch immer möglich, dass das wird umgesetzt werden können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie in der Lage und bereit, dem Untersuchungsausschuss die Unterlagen, den Meischberger-Bericht zum ersten Fall zur Verfügung zu stellen? Ich sage Ihnen auch gleich, warum. Wir haben jetzt schon

einige Erfahrungen mit Meischberger-Berichten. Und immer, wenn wir uns Meischberger-Berichte angeschaut haben, speziell bei Telekom ganz am Anfang dieses Ausschusses war das der Fall, war das ganz erstaunlich. Das hat sich bewegt in der Qualität vom BZÖ-Gutachten. Das war in diesem Bereich. (*Zwischenbemerkung des Abg. Petzner.*) Kollege Petzner, Sie können das durchaus als Lob verstehen. Das kann jeder sehen, wie er will. Und deswegen versuchen wir auch nachzufragen, damit wir sehen können, gerade bei Meischberger, ob es eine Leistung gegeben hat, und wenn ja, welchen Wert diese Leistung ungefähr gehabt hat.

Deswegen wiederhole ich noch einmal meine Frage: Sind Sie bereit, dem Untersuchungsausschuss ein Exemplar von diesem Meischberger-Bericht, oder was immer das ist, zur Verfügung zu stellen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Sofern wir zum ersten Projekt, das ich erwähnt habe, noch über entsprechende Unterlagen verfügen, werde ich das ausheben lassen, und es ist kein Problem, dass ich dem Ausschuss die relevanten Passagen zur Verfügung stelle. Was das zweite Projekt betrifft, bitte ich um Verständnis, dass ich hier keine Dokumentation vorlegen kann und möchte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ihre Fragezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage das nur als letzten Satz, damit diese Vereinbarung klar ist: Dann gehe ich davon aus, dass Sie veranlassen, dass eine Kopie dieses Meischberger-Berichtes uns zur Verfügung gestellt wird.

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist kein Meischberger-Bericht, um das zu präzisieren, sondern Unterlagen in Bezug auf das Markendesign und auf das Shop-Design, die damals in Diskussion gestanden sind.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Dr. Wohlfahrt! In Ihrer Zeugeneinvernahme sprechen Sie davon, dass Walter Meischberger Anfang 2005 bei Ihnen vorstellig geworden ist.

Haben Sie Wahrnehmungen darüber, ob er aus eigenem Antrieb bei Ihnen vorstellig geworden ist, oder wurde dieser Termin von irgendjemandem, von irgendeiner Seite entriert? **Dr. Franz Wohlfahrt:** Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, wie es zu der ersten Besprechung in diesem Zusammenhang gekommen ist. Jedenfalls hat er in einem ersten Gespräch plausibel dargelegt, dass er uns mit vielen Argumenten hier unterstützen könnte, so eine Strategie für eine § 12a-Konzessionserteilung vorzubereiten.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): War das das erste Mal, dass Herr Meischberger auf Sie zukam und für die Novomatic aktiv wurde oder hatten Sie schon vorher geschäftliche Kontakte?

Dr. Franz Wohlfahrt: Zumindest während meiner Vorstandstätigkeit, glaube ich, war es das erste Mal. Ich selbst habe ihn aber schon aus meiner Tätigkeit als Anwalt vorher gekannt und fallweise gesehen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gab es eigentlich jemals einen Anlass Ihrerseits, an der Verhältnismäßigkeit zwischen Honorarlegung und tatsächlich erbrachter Leistung zu zweifeln?

Dr. Franz Wohlfahrt: All die Leistungen und all die Rechnungen und Zahlungen, die hier in diesem Verfahren releviert werden und die von unserem Unternehmen erbracht worden sind, halten wir für angemessen, und es gab für uns keine wie immer gearteten Anhaltspunkte dafür, an dieser Angemessenheit zu zweifeln.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Generaldirektor, erinnern Sie sich, ob er bei diesem ersten Gespräch andere Personen genannt hat oder gemeint hat, mit denen müsste man in Kontakt treten?

Dr. Franz Wohlfahrt: Eben nicht. Wir haben dieses Projekt einige Monate hindurch auf Stand-alone-Basis, wenn ich das so sagen darf, entwickelt, bis auch Meischberger dann nach reiflicher Überlegung gesagt hat: Ihr werd'ts des alleine nicht derheben – wenn ich das so populär, so populistisch sagen darf –, ihr braucht einen starken Partner, und der optimale Partner, um auch die Synergien zu nutzen – Technologie, Content und Vertrieb – ist die Telekom! – Und ab diesem Zeitpunkt sind wir dann über Hohegger mit der Telekom ins Gespräch gekommen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also der Hinweis auf die Telekom, der Hinweis auf Karl-Heinz Grasser, auf Rudolf Fischer und dergleichen, der kam erst bei einem späteren Follow-up?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das kam erst bei einem späteren ... Im Zuge sozusagen der Ausarbeitung unserer Projektidee ist von Meischberger das releviert worden, und wir haben das als sinnvolle Variante erachtet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hat Herr Meischberger bei diesem ersten Gespräch schon Ideen gehabt bezüglich dieses AON-Entertainments? Hat er das angesprochen, war das schon ...? (*Dr. Wohlfahrt: Nein, eben nicht!*)

Dr. Franz Wohlfahrt: Das Projekt hatte zu diesem Zeitpunkt, glaube ich, gar keinen Namen – wenn überhaupt, dann den Namen **12a**. Wir haben dann erst im Zuge der Kooperation oder des Beginns der Kooperation mit der Telekom dieses Projekt – der Marke der Telekom AON entsprechend – als AON-Entertainment-Projekt bezeichnet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hatten Sie den Eindruck, dass Meischberger schon vorher mit der Telekom sozusagen Kontakt hergestellt hatte, um Sie als allfälligen möglichen Partner schon in der Hinterhand zu haben – oder hatten Sie diesen Eindruck eher nicht?

Dr. Franz Wohlfahrt: Es kann durchaus sein, dass Herr Meischberger sozusagen am Ende der gemeinsamen Zusammenarbeit bereits vorgeföhlt hat bei der Telekom, ob hier mit Novomatic eine Kooperation denkbar wäre, und erst dann das erste Gespräch mit dem Vorstand der Telekom stattgefunden hat: aber das weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist es richtig, dass **Hohegger** den Kontakt zwischen der Novomatic und der Telekom dann hergestellt hat?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich glaube, dass das entweder über Meischberger, Hohegger oder umgekehrt gelaufen ist, ich weiß aber auch nicht, ob der Herr Meischberger zum damaligen Zeitpunkt auch schon für die Firma Hohegger als Subunternehmer tätig gewesen ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie uns den Aufbau des Projektteams schildern?

Dr. Franz Wohlfahrt: Es ging im Wesentlichen um ein sehr komplexes Projekt, das Sie sich – auf einen einfachen Nenner zusammengestutzt – in etwas wie folgt vorstellen können: § 12a Glücksspielgesetz regelt die sogenannten elektronischen Lotterien. Elektronische Lotterien sind Glücksspiele, die durch moderne Medien – sprich: Online-Server oder sonstige Kommunikationsmittel, wie etwa Mobiltelefonie – zentralseitig vertrieben werden und wo der Zufall, der Zufallsgenerator, über einen Zentralserver an die einzelnen Distributionskanäle – sprich: Handy, sprich: Video Lotterie Terminal ist gleich Automat, sprich: PC – vertrieben wird.

Nach § 14 Glücksspielgesetz steht das Recht zur Durchführung solcher Spiele, wie übrigens auch das Recht für alle anderen Lotterieförmlichkeiten, nur einem Konzessionär zu.

Im Rahmen dieser § 12a-Konzession hätten wir in Kooperation mit der Telekom die Möglichkeit gehabt, Onlinespiele über das Internet, zentralserverbasierte Spiele über die Mobiltelefonie, zentralserverbasierte Spiele über Spielautomaten ist gleich Video Lotterie Terminals und über alle anderen modernen Distributionskanäle in Österreich vertreiben zu können. Das war der Sinn und Zweck, warum wir uns um eine Gesetzesänderung bemüht haben.

Nur – und ich habe das einleitend schon gesagt – mit der Gesetzesänderung wären wir noch nicht am Ziel gewesen, denn wenn es im Gesetz mehrere Lizenzen für § 12a-Konzessionen gibt, dann muss diese Lizenz, und da wird mir der Herr Verfahrensanwalt recht geben, europaweit ausgeschrieben werden. Und erst im Zuge einer derartigen Vergabe hätten wir uns dann gemeinsam mit der Telekom um eine solche Lizenz beworben.

Wenn wir – und davon waren wir überzeugt – das beste Angebot abgegeben hätten, hätten wir dann die Lizenz erhalten, und auf Grundlage dieser Lizenz diesen Heimmarkt, von dem ich auch gesprochen habe, entwickeln können.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie uns auch die personelle Zusammensetzung dieses Projektteams schildern?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich glaube, ich habe das dem Abgeordneten Maier bereits ziemlich ausführlich dargelegt und verweise, wenn ich das der Einfachheit halber tun darf, auf diese Antwort.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie uns dann ein wenig darlegen, wie die Aufgaben den einzelnen Personen sozusagen zugeordnet worden sind?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann das nur grosso modo dahin gehend sagen, dass von unserem Unternehmen die glücksspieltechnologische Kompetenz eingebracht wurde, das heißt, das Know-how, das alle diese serverbasierenden Spiele zum Gegenstand haben für diese Projektdefinition, auch die Umsatzberechnungen, was betreffend die Spielerlöse oder die zu erwartenden Spielerlöse im Rahmen eines Businessplans möglich wäre. Das ist von unserer Seite gekommen.

Von der Telekom sind die technologischen Tools im Zusammenhang mit Breitbandtechnologie eingebracht worden, aber – das habe ich auch schon gesagt – es war vereinbart, dass die wesentlichen Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern die Telekom übernehmen soll, zumal dieses Unternehmen – das ist auch plausibel und logisch und nachvollziehbar – über Jahrzehnte über die besten diesbezüglichen Kontakte verfügt hat.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich noch einmal nachfragen: Vonseiten der Telekom waren Rudolf Fischer, Schieszler und Tweraser sozusagen im Projektteam.

Gab es da eine Person, die in besonderer Weise etwa für die von Ihnen vorhin angesprochenen politischen Kontakte zuständig war?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ja. – Es war ganz klar, dass **Generaldirektor Fischer** die politischen Kontakte übernommen hat und dass Herr **Tweraser** mit der ganzen Marketingabwicklung beschäftigt war und sich auch insbesondere sehr stark in die Ausrollung unseres Sportwettsegmentes involviert hat. Wir haben nämlich, um das Projekt zu starten, auch gleich versucht, Sportwetten, die ja legal zulässig waren, online gemeinsam über AON-Entertainment zu vertreiben, und da war der Herr Tweraser federführend eingebunden. Und Schieszler hat sich um das Zahlenmaterial gekümmert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gab es im Zuge der Abwicklung oder der Planung dieses Projektes Unstimmigkeiten gröberer Art mit den Vertretern der Telekom?

Dr. Franz Wohlfahrt: Nein. – Wir haben ein, wie ich das jetzt auch nachträglich bestärken kann, ausgesprochen konstruktives und amikales Kooperationsverhältnis gepflogen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Angeblich gab es am 14. März eine Besprechung bei der Telekom, wo ein Novomatic-Mitarbeiter darüber informiert worden sein soll, dass die Telekom sich gar nicht mehr sicher war, ob sie in den Glücksspielbereich einsteigen will.

Wie können Sie sich diesen Sinneswandel erklären – oder ist Ihnen das nicht bekannt?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist mir nicht bekannt, das höre ich jetzt zum ersten Mal.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Wohlfahrt! Aus der Zusammenschau der bisherigen Fragen und auch Ihren Antwort geht hervor, dass Sie als Unternehmen daran interessiert waren, in einen Zweikampf einzusteigen. Es geht da um Liberalisierung gegen Monopol; das ist die wirtschaftliche Ausgangsbasis. – Sie vertreten Ihre Unternehmensinteressen, können logischerweise nur in eine Richtung gehen.

Sie haben auch gesagt, diese Novellierung des § 12a sei ja nur ein erster Schritt gewesen, um überhaupt zur Möglichkeit des Anbietens zu kommen – wobei Sie aber gleich dazugesagt haben, Sie waren sich sicher, wenn es ausgeschrieben wird, dann haben Sie das beste Angebot.

Dr. Franz Wohlfahrt: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wir waren zuversichtlich, dass wir die Bestbieter werden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie waren zuversichtlich, gut. – Sie waren zuversichtlich, aber das hat zuerst passieren müssen.

Sie haben sich dann verschiedener Lobbyisten bedient – das ist ja grundsätzlich nichts Verbotenes –, um entsprechende Meinungen, um entsprechende Informationen, um entsprechende Gesetzesinitiativen in irgendeiner Form voranzutreiben. Das gibt es ja.

Warum hat man sich des Walter **Meischberger** bedient? Was waren da die Gründe, dass man ihn einmal als ersten Berater genommen hat? – Ich möchte da auch eine spezielle Frage dazu stellen, denn an sich hat er ja nicht die große Bedeutung gehabt, aber er hatte einen Vorteil, und das war, glaube ich, durchaus bekannt: Er war befreundet mit dem Finanzminister. War die Tatsache der Freundschaft mit dem Finanzminister ein Grund, wenn möglich auch von vielen, dass der Herr Meischberger zunächst einmal alleine von Ihnen diesen Beratungsvertrag bekommen hat?

Dr. Franz Wohlfahrt: Die Antwort ist sehr einfach. Herr Meischberger hat uns ein schlüssiges und plausibles Konzept und Überlegungen unterbreitet, die wir für sinnvoll erachtet und für weiter verfolgenswert bezeichnet haben. Herr Meischberger ist dann nach rund einem halben Jahr als Subunternehmer für Hohegger offensichtlich eingebunden gewesen – offensichtlich deshalb, weil er den Kontakt zur Telekom hergestellt hat und offensichtlich deshalb, weil er aufgrund des ursprünglich eingebrachten Know-hows hier mit einbezogen worden ist.

Zur zweiten Frage: Die Tatsache, dass sich ein Unternehmen oder dass wir uns eines Beraters bedient haben, der mit dem für Glücksspielangelegenheiten zuständigen Minister nicht verfeindet ist, ist, glaube ich, uns nicht zum Vorwurf zu machen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich mache Ihnen auch überhaupt keinen Vorwurf, ich stelle das nur einmal fest.

Dr. Franz Wohlfahrt: Aber es hat mit Sicherheit auch – **auch**, unter anderem! – für Meischberger gesprochen, dass er gute Kontakte zu Minister Grassler gehabt hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Alles andere würde mir nämlich unlogisch erscheinen.

Es kommt dann auch Hohegger ins Spiel, der damals sicher einer der bekanntesten und profiliertesten Lobbyisten war, und es wurde auch das Konzept zusammengestellt.

Wir haben ja in den Unterlagen der Hohegger.Com gefunden, dass man darauf geachtet hat, dass Informationen, dass man solche Liberalisierungen, dass man Novellierungen in diese Richtung vorhat, insbesondere nicht bei den Casinos Austria ankommen dürfen. Das ist, glaube ich, auch eine durchaus logische Vorgangsweise.

Dr. Franz Wohlfahrt: Dem kann ich nur beipflichten. Wer weiß, wer Gesellschafter der Casinos Austria und der Lotterien GmbH ist, wie dieses Unternehmen seit 40 Jahren in Österreich in alle Zweige hinein vernetzt ist, muss auch erahnen können, dass ab dem Moment, wo der Marktbegleiter von dieser Projektinitiative Kenntnis erlangt, alles unternommen wird, diese Netzwerke ins Spiel zu bringen, um das Projekt zu verhindern.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben es jetzt sehr schön formuliert: der **Marktbegleiter**. Das ist an sich ein sehr schöner Begriff. Andere würden vielleicht auch andere Begriffe dafür finden.

Es hat diese Lobbyingmaßnahmen gegeben, und im Team von Hohegger sind ja einige Personen drinnen gewesen aus den unterschiedlichsten Couleurs, die die parlamentarischen Gepflogenheiten sehr wohl gekannt haben und die offensichtlich auf die Idee gekommen sind, dass man die Durchführung so macht: ein Initiativantrag aus dem Parlament – man braucht dazu keine Begutachtungsphase – und im letzten Moment macht man eigentlich mit dem, was wirklich wichtig ist, einen Abänderungsantrag.

Ich will Sie mit diesen technischen Sachen jetzt gar nicht belasten, das ist nämlich nicht Ihre Kernkompetenz und Ihr Gebiet, das haben sich die von Ihnen Bezahlten so ausgedacht, und das Ganze hätte für Ihr Unternehmen fast zum Erfolg geführt. Es ist aber dann zum Schluss etwas passiert. Da ist auf einmal Hektik ins Getriebe gekommen.

Wir haben von Herrn Dr. Stickler zuvor gehört, dass es relativ knapp – vielleicht erst zwei Tage vor einer entscheidenden Nationalratssitzung – in den Casinos Austria ruckbar wurde, und da ist dann sofort die Notbremse und Ähnliches betätigt worden. Also der Herr Stickler hat sogar eine Reise nach Finnland auf der Fahrt zum Flughafen sofort abgebrochen, unterbrochen, ist zurück in die Zentrale, hektische Betriebsamkeit.

Es haben einige, die aus Ihrem Konsortium geschildert haben, gemeint, dass es eigentlich aus der Information aus dem Lobbyingunternehmen Hohegger und auch aufgrund von politischen Gesprächen, die sowohl Rudi Fischer als auch Sie geführt hätten, dass es also eigentlich für Sie irgendwie klar gewesen sei: Ja, da ist jetzt ein günstiges – Zitat Fischer – Fenster, um das durchzubringen und eigentlich seien die maßgeblichen Parteien mehrheitsmäßig im Boot.

Haben Sie dazu eine Wahrnehmung? Wie haben Sie das gesehen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Schauen Sie, ich habe das mehr oder weniger nur in rudimentären Ansätzen verfolgt, weil ich ja in diese parlamentarischen Abwicklungs- und technischen Fragen, wie Sie sie bezeichnet haben, nicht eingebunden war und bin.

Letztlich bin ich davon ausgegangen, dass, wenn es gelingt, die Entscheidungsträger und Abgeordneten von der Sinnhaftigkeit dieses Projektes und von der Regulierungsnotwendigkeit zu überzeugen, die kraft ihrer Kompetenz als frei gewählte Mandatare einen Mehrheitsbeschluss im Parlament herbeiführen werden, um dieses endlich notwendige Gesetz – bis heute ist das nicht geschehen – auch in die Wege zu leiten.

Ob das ein All-Parteien-Konsens hätte werden können oder nicht, wage ich zu bezweifeln, aber ich konnte nur den Angaben von Herrn Fischer trauen, dass an sich die Regierungsparteien oder Repräsentanten der beiden damaligen Regierungsparteien positive Signale in die Richtung einer Gesetzesänderung abgegeben hatten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Sie haben Ihre Information über die Mehrheitsverhältnisse in Ihrer Sache betreffend die Regierungsparteien nicht unmittelbar von Mitgliedern der Regierungsparteien erhalten, sondern ausschließlich über Rudi Fischer?

Dr. Franz Wohlfahrt: Genau – der ja im Rahmen der Projektgruppe die Aufgabe gehabt hat, mit den Vertretern der Regierungsparteien die Gespräche zu führen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Abgesehen davon, dass Sie schon auch mit dem Abgeordneten Maier Gespräche geführt haben, hat es in dieser Zeit – 2005, 2006 – direkte Gespräche zu diesem Thema gegeben mit insbesondere Mitgliedern der Regierungsparteien, die Ihnen direkt signalisiert hätten: Ja, das ist etwas Interessantes, Vernünftiges?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich an keine derartigen Gespräche erinnern, aber ich habe, und ich werde das auch in Zukunft tun – und bitte das auch hier zur Kenntnis zu nehmen: Wenn die Wirtschaft mit der Politik und mit den Abgeordneten nicht mehr kommunizieren kann, ohne in den Verdacht zu geraten, korrupt zu sein, dann können wir unseren Wirtschaftsstandort zusperren. Und ich werde das in Zukunft weiterhin tun.

Ich habe auch mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Pilz gesprochen, ich habe mit anderen Repräsentanten hier gesprochen und lasse mich da nicht beirren, weil ich glaube, das gehört zu meinen Verpflichtungen. Dafür werde ich bezahlt und das steht auch im Aktiengesetz so drin.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, auch das sei Ihnen in Zukunft unbenommen.

Ich muss jetzt eines dazusagen. Jetzt kommt es dann dazu, dass sich betreffend dieses Projekt, wie Fischer zu Ihnen sagt, an sich die Regierungsparteien und maßgebliche Vertreter geäußert hätten, das würde jetzt so kommen und durchgehen. Auch Hochegger hatte sich eigentlich schon darauf vorbereitet, sogar die Anträge waren zum Teil schon formuliert, verschiedenste Dinge – also es war alles, wie man so sagt, auf Schiene –, und dann hat es auf einmal abrupt das Ende gegeben. Das muss innerhalb von einem Tag, innerhalb einer Nacht gewesen sein.

Wir wissen, dass am Vorabend der Nationalratssitzung im BZÖ-Klub noch an Antragsformulierungen gearbeitet wurde. Wir haben gestern vom Kollegen Petzner etwas gehört, der uns gesagt hat: Ja, es war dann bis in der Früh, und in der Früh

hätte dann der Klubobmann Molterer seitens der ÖVP gesagt: Na, das wird jetzt nicht passieren. Wir haben natürlich von Herrn Stickler gehört, der hat gesagt, ja, wir haben die Lunte gerochen, haben uns auf einmal informiert, und dann ist natürlich auch da die entsprechende Sache losgetreten worden, um eben das Ganze in „letzter Minute“ – unter Anführungszeichen – zu verhindern.

Wie haben Sie das empfunden beziehungsweise welche Erklärungen hat Ihnen Rudi Fischer oder Vertreter von Hohegger gegeben, woran das eigentlich letztlich gescheitert ist? Was haben Sie da für eine Wahrnehmung oder für einen Verdacht?

Dr. Franz Wohlfahrt: Aus eigener Wahrnehmung liegt in meinen Unterlagen – und ich glaube, die haben Sie auch gesehen – lediglich ein Mail eines Mitarbeiters von Hohegger vom 5.7. vor, in dem dargelegt wird, dass man in einer Vorbesprechung zum Finanzausschuss zwischen Vertretern der beiden Regierungsparteien letztlich davon Abstand genommen hat, eine Gesetzesänderung durchzuführen, und dass dieses ganze Projekt dann auf den Herbst oder nach den Wahlen verschoben wird.

Ich habe dann keine weiteren Erinnerungen und Wahrnehmungen, was dann in den Tagen bis zum, den Sie erwähnt haben, 12. oder 13. Juli an Aktivitäten stattgefunden hat, und habe erstmals auch erst jetzt im Zuge der Einvernahme des Herrn Fischer in Erfahrung bringen müssen, dass er den Eindruck gehabt hätte, dass da eine Intervention stattgefunden hätte, die das BZÖ bewogen hätte, nicht mehr diesem Projekt zuzustimmen. Aber ich kann dazu aus eigener Wahrnehmung und Erinnerung nichts mehr beitragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja. Das war eine Wahrnehmung oder ein Eindruck, den uns Rudolf Fischer hier geschildert hat. Wir haben auch gehört, dass sich auch in der ÖVP-Fraktion zahlreiche Abgeordnete, die Aktionären an Casinos und Lotterien nahestehend sind, dann ebenfalls eingesetzt haben. Also das war der Kampf der Giganten, und da ist halt auch ein entsprechender Ausgang gewesen.

Nur zur Information: Also für Sie war 5.7., dieses E-Mail, dieser Bericht Finanzausschuss, die letzte Information, dass es erst im Herbst sein wird. – Ich kann Ihnen aufgrund der Ergebnisse des Ausschusses sagen, es ist nachher wirklich noch fieberhaft daran weitergearbeitet worden, sogar auch über das Kabinett des Finanzministeriums, auch über die Beamtenschaft des Finanzministeriums, mit der Weisung sogar, dass über diesen Abänderungsantrag nichts nach außen, insbesondere an die Casinos, zu gehen hätte, dass da sehr wohl noch Anstrengungen unternommen wurden, aber der Morgen des 13. Juli, der Parlamentssitzung, hat eigentlich dann alles ...

Dr. Franz Wohlfahrt: Zu diesen Vorgängen, wenn ich da so sagen darf, habe ich keine Wahrnehmung und Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich auch keine Fragen mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur einmal, bevor ich da weiterfrage, ein paar grundsätzliche Fragen. Das heißt, Sie haben Ihrer Erinnerung nach im Zusammenhang mit der Änderung der Glücksspielnovelle in den Sommermonaten oder was weiß ich, im Jahr 2006, 13. Juli 2006 war die entscheidende Sitzung, nie mit Politikern Gespräche selbst geführt oder doch?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich an kein einziges Gespräch erinnern, und ich glaube, es war auch von der Aufgabenteilung her klar, dass diese Gespräche Herr Fischer zu führen hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Weil uns Hohegger gestern gesagt hat, dass für die politischen Gespräche ... Er hat immer zwei Namen genannt: Wohlfahrt und Fischer. Und er hat auch gesagt, dass es zum Beispiel von der SPÖ prinzipiell grünes Licht gegeben habe und hier Fischer oder Wohlfahrt die Gespräche geführt hätten.

Daher frage ich Sie noch einmal, ob Sie jemals mit Mandataren der SPÖ oder anderen Funktionsträgern aus anderen Parteien Gespräche geführt haben.

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich für den fraglichen Zeitraum an kein derartiges Gespräch oder solche Gespräche erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): „Gio“ Hahn war ja einmal bei Novomatic, nicht? (*Dr. Wohlfahrt: Richtig!*) – Von wann bis wann?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich weiß nicht, wann er begonnen hat. Er war, glaube ich, sieben oder acht Jahre lang Vorstandsvorsitzender. Herr Hahn war aber mein unmittelbarer Vorgänger und bis 31.12.2003 im Amt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau, bis 2003.

Haben Sie mit Herrn Hahn, der ja immer bei der ÖVP war, aber dann wieder als politischer Funktionsträger eingestiegen ist und heute EU-Kommissar ist, haben Sie versucht, über Herrn Hahn der ÖVP etwas auszurichten?

Dr. Franz Wohlfahrt: Also das kann ich hier ausschließen. Ich habe zu diesem Projekt mit Herrn Hahn kein Gespräch geführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann legen wir Ihnen dazu ein Dokument vor, denn aus den Unterlagen Ihrer Lobbyisten geht etwas anderes hervor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Da gibt es einen Lobbying-Fahrplan, da ist genau skizziert, wer was zu machen hat. Und in diesem Lobbying-Fahrplan der Hohegger-Gruppe ist drinnen: Von Gusenbauer ist ein Pfeil zu Cap und dritter Abgeordnetenreihe. Dann gibt es einen Pfeil von Gorbach zu Scheibner, Wittauer. Dann gibt es einen Pfeil von Grasser Richtung Molterer, Ikrath, Lopatka. Und dann gibt es einen Pfeil von Wohlfahrt zu Hahn, und von Hahn gehen dann zwei Pfeile weg, nämlich von Hahn Richtung Molterer, Ikrath, Lopatka und von Hahn Richtung Michaelis.

Also offensichtlich war es, wenn man diese Skizze richtig interpretiert, so, hat dieser Lobbying-Fahrplan so ausgeschaut: Wohlfahrt redet einmal mit Hahn, weil er den ja von früher kennt, und Hahn, der ja heute in der ÖVP sitzt, redet dann mit Michaelis beziehungsweise mit Molterer, Ikrath und Lopatka.

Kennen Sie dieses Dokument, das aus Unterlagen der Hohegger.Com für die Novomatic stammt? Und: Was sagen Sie dazu, dass Sie persönlich in diesem Lobbying-Fahrplan sehr wohl eine aktive Rolle spielen? Oder ist der Plan komplett falsch?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich an diesen Fahrplan nicht erinnern. Und die Tatsache, dass Herr Dr. Hahn als mein Gesprächspartner da draufsteht, heißt ja noch lange nicht, dass ich mit ihm auch tatsächlich über dieses Projekt gesprochen habe. Ich kann mich an kein in diesem Zusammenhang mit Dr. Hahn jemals geführtes Gespräch erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe Sie ja gefragt, ob dieser Plan richtig ist oder falsch, ich habe Sie nicht ...

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann dazu nichts sagen, außer dass – ich habe das schon mehrmals gesagt – die Gespräche mit den entscheidenden Vertretern der Regierungsparteien Herr Fischer zu führen hatte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ausschließlich Fischer?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ob andere Mitglieder der Strategieguppe mit irgendwelchen politischen Entscheidungsträgern Gespräche geführt haben, weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was ich nicht verstehe, nur eine kurze Verständnisfrage: Das war ein gemeinsames Projekt von Novomatic und Telekom. Warum soll ausgerechnet ausschließlich **Fischer** die politischen Gespräche führen von Telekom – und von Novomatic offensichtlich, so, wie Sie das jetzt darstellen, gar keiner.

Dr. Franz Wohlfahrt: Weil Herr Fischer das übernommen hat, und zwar vor dem Hintergrund, dass es von der Überzeugungskraft her besser schien, wenn ein Vertreter der Telekom, eines der bestverankerten Unternehmen dieser Republik, diese Gespräche führt und nicht ein Mitglied der Novomatic-Gruppe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da das ein gemeinsames Projekt von Telekom und Novomatic war, haben Sie dann zumindest von Herrn Fischer irgendwelche Rückmeldungen bekommen über die politischen Gespräche, die er geführt hat?

Dr. Franz Wohlfahrt: Er hat mir fallweise berichtet, aber ich kann Ihnen dazu keine Details sagen, weil ich mich eben nicht mehr erinnern kann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Fischer hat Ihnen „fallweise“ berichtet. Wie oft hat er Ihnen berichtet?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was hat Herr Fischer Ihnen in diesen Berichten gesagt, was er ...

Dr. Franz Wohlfahrt: Er hat mir, ohne, dass ich jetzt Namen in Erinnerung habe, berichtet, dass Gespräche mit Vertretern der beiden Parteien positiv verlaufen seien und dass er guter Dinge sei, dass dieses Projekt dann auch tatsächlich letztlich im Parlament die Mehrheit finden wird. Und mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie sind auf Basis der Informationen des Herrn Fischer – aufgeregte Diskussionen in der Koalition, warum auch immer –, Sie sind auf Basis der Rückmeldungen von Herrn Fischer zum Schluss gekommen, dass diese Änderung kommt.

Fasse ich das so richtig zusammen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Nein, ich bin nicht zu dem Schluss gekommen, dass sie kommt, sondern ich habe die Meinung gehabt, das, was mir Herr Fischer gesagt hat, dass die Stimmung, dass es tatsächlich umgesetzt werden kann, **positiv** ist.

Aber von einer sicheren Annahme, dass es auch tatsächlich beschlossen werden kann, kann keine Rede sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Rückmeldungen haben Sie von Meischberger beziehungsweise Hochegger-Mitarbeitern über deren Lobbying-Versuche und politische Gespräche bekommen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich habe keine Wahrnehmung und Erinnerung darüber, ob und mit wem allenfalls andere Mitglieder gesprochen haben, und daher auch keine, ob es allenfalls bei mir irgendwelche Rückmeldungen dazu gegeben hätte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin ein bisschen verwundert, man kennt ja auch Ihren Charakter, und ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Wohlfahrt, der viel Geld dafür zahlt, dass Meischberger und Hochegger da aktiv werden, der Fischer losschickt, dann überhaupt keine Wahrnehmungen dazu hat, welches Feedback er von den Leuten, die er beauftragt hat, bekommen hat. Das war eigentlich der Auftragsgrund.

Ich zitiere aus Ihrer Einvernahme von Herrn Meischberger, dass der vor allem auch deswegen engagiert wurde, um seine Kontakte und Verbindungen zu Grasser zu nutzen, und Hochegger, weil dieser damals – Zitat –

gute Verbindungen zu den Vertretern der Regierungsparteien hatte.

Diese Verbindung von Hochegger zu beiden Regierungsparteien waren in der Branche bekannt und wurden als sinnvoll und nützlich erachtet. Das heißt, das war der Auftragshintergrund. Deshalb ist es schwer vorstellbar, dass Sie überhaupt keine Wahrnehmung mehr dazu haben, welche Rückmeldungen Sie von Meischberger und Hochegger beziehungsweise dessen Mitarbeitern im Zusammenhang mit deren Lobbyingaktivitäten bekommen haben.

Bleiben Sie trotzdem dabei, dass Sie keine Wahrnehmung dazu haben?
(Dr. **Wohlfahrt:** Ja!) – Wir legen Ihnen ein Mail vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich frage Sie: Haben Sie dieses Mail an jenem 5. Juli 2006 um 14.30 Uhr bekommen und in diesem Zeitraum gelesen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist das Mail, das ich im Zuge der heutigen Befragung bereits erwähnt habe. Ich habe dieses Mail als einer der darauf befindlichen Empfänger erhalten. Wann ich es gelesen habe, weiß ich heute nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist das Ihre persönliche E-Mail-Adresse oder Ihre Büroadresse?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist die Büroadresse.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist davon auszugehen, dass Ihnen E-Mails, die Ihnen geschickt werden und die offensichtlich einen wichtigen Inhalt haben, auch vorgelegt werden – oder löscht die die Sekretärin? Ich gehe einmal wohl von Ersterem aus.

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich gehe davon aus, dass wichtige E-Mails an mich weitergeleitet werden. Es kommt aber auch vor, dass es nicht der Fall ist. Ich kann das im konkreten Fall ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da haben wir jetzt ein bisschen einen Widerspruch. Sie haben vorher gesagt, Sie haben keine Wahrnehmungen dazu, ob Sie von Hochegger oder von Meischberger oder deren Mitarbeitern jemals Rückmeldungen über deren politische Lobbyingversuche ...

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich habe wahrheitsgemäß ausgesagt, dass ich mit Mail vom 5.7. – und ich habe dieses Mail mehr oder weniger inhaltlich hier expliziert – vom Scheitern des Vorhabens in Kenntnis gesetzt wurde. Daher habe ich dem nichts mehr hinzuzufügen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe Sie gefragt, wann Sie das Mail gelesen haben, und Sie haben gesagt, das wissen Sie nicht mehr genau.

Dr. Franz Wohlfahrt: Das weiß ich nicht mehr, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist aber auf Basis Ihrer vorhergehenden Aussagen zu diesem Mail ... Es ist ja richtig, daher habe ich es ja gefragt. Jetzt haben Sie gesagt, Sie wissen nicht, ob Sie das Mail damals gelesen haben.

Vorher haben Sie aber auf Befragung des Herrn Rosenkranz, glaube ich, gesagt, Sie können sich sehr wohl an dieses Mail damals erinnern und sind damals davon ausgegangen, auf Basis dieser Mailinformation, dass es zu keiner Änderung kommen wird. Also haben Sie sehr wohl eine Wahrnehmung gehabt, dass Sie damals das Mail sehr wohl gelesen haben.

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich gehe davon aus, ich kann es aber nicht hundertprozentig garantieren, wann ich das Mail gelesen habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Woher hätten Sie sonst die Information am 5.7. bekommen sollen, dass die Abänderung nicht kommt?

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Bitte, Herr Kollege Petzner. Ich glaube, Sie reden da um den heißen Brei herum. Herr Dr. Wohlfahrt hat vorher schon gesagt, dass er dieses Mail gelesen hat und dass er davon ausgegangen ist, dass eben die Sache gestorben ist. Das hat aber nichts mit Ihrer Frage, die Sie gestellt haben, zu tun, ob er unmittelbar rund um 14 Uhr dieses Mail gelesen hat.

Ich würde Sie schon bitten, dass Sie die Fragen so stellen, dass die Auskunftsperson die Fragen so beantworten kann und auch versteht, was Sie damit meinen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich glaube, die Anwesenden haben sehr wohl verstanden, was ich damit zum Ausdruck bringen wollte. (*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl: Ich auch! Ich war auch anwesend!*) Wenn Sie es nicht verstanden haben, Frau Vorsitzende, ich erkläre es Ihnen gerne im Anschluss noch einmal persönlich.

Also wir haben diese Information vom 5.7. Und Sie haben dann ausgesagt: Über die weiteren Abläufe nach diesem 5.7., also zwischen dem 5. Juli 2006 und der entscheidenden Sitzung des Nationalrates am 13. Juli 2006, haben Sie keine Wahrnehmungen dazu, dass es trotzdem hier weitere Versuche gegeben hat.

Fasse ich das so richtig zusammen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich nicht mehr erinnern, was nach dem 5.7. parlamentarisch in diesem Zusammenhang auch tatsächlich stattgefunden hat, wer mit wem gesprochen hat und welche Maßnahmen, welche Telefonate, welcher Schriftverkehr oder sonst was erfolgt sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, seit wann ist Ihnen bekannt – und Sie haben ja auch Unterlagen mit –, dass hier sehr wohl noch in den Abendstunden des 12. Juli 2006 an einem Abänderungsantrag gearbeitet wurde? Seit wann wissen Sie das: jetzt erst durch den Ausschuss oder durch Medienberichte? Seit wann ist Ihnen das zeitlich bekannt?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich habe, wie gesagt, damals keine Wahrnehmung dazu gehabt und ich weiß bis heute nicht, was da tatsächlich stattgefunden hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Ihnen war damals zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, dass es auch nach diesem 5. Juli Versuche gegeben hat, hier einen Abänderungsantrag zu stellen.

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob und welche Versuche mir bekannt waren und ob mir darüber Informationen zugegangen sind. Für mich war im Juli klar, dass dieses Projekt nicht umgesetzt werden kann und dass man im Herbst, gegen den Winter hin, versuchen muss, noch einmal einen Anlauf zu starten, um dieses Projekt weiter voranzubringen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich möchte das abschließen. Wann war Ihnen persönlich im Juli 2006 konkret klar, dass das vor der Wahl nicht mehr geht und dass man im Herbst einen neuen Anlauf starten wird müssen? Können Sie das zeitlich in diesem langen Monat Juli näher eingrenzen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Nein, das kann ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie haben sicher die Medienberichte rund um die Sitzung des Nationalrates vom 13. Juli 2006 verfolgt und werden sicher da auch die Medienberichte verfolgt haben, da gibt es einen ganzen Pack dazu, seitenweise, wo geschrieben wurde, dass es diesen Versuch einer Abänderung gegeben hat, da gibt es wütende Proteste des Herrn Wallner von damals, und dass das letztendlich dann nicht gemacht wurde.

Sind Ihnen diese Medienberichte von diesem Zeitraum 12. Juli, 13. Juli, 14. Juli 2006 im Wesentlichen bekannt?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich jetzt nicht daran erinnern, aber es wird wahrscheinlich bei mir zwei Wahrnehmungen gegeben haben, einmal eine am 5. Juli, dass das nicht klappt, und allenfalls wurde ich dann informiert, ich weiß es aber heute nicht mehr, dass es einen Versuch gegeben hätte, am 12. oder 13. Juli noch einmal zu einer parlamentarischen Mehrheit zu gelangen, und dass ich dann noch einmal, zum zweiten Mal, informiert wurde, dass das keinesfalls klappen wird können. Aber bitte mich jetzt nicht festzulegen, zu welchen Uhrzeiten und Tagen und Daten ich hier tatsächlich Informationen gehabt habe, weil es eben für mich nicht relevant war. Relevant war leider die Tatsache, dass das Gesetzesvorhaben gescheitert ist.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dr. Wohlfahrt, ich möchte einen Punkt aufgreifen, den Kollege Petzner angesprochen hat.

Ich halte Ihnen aus der Einvernahme von Herrn Hochegger vom 25.5.2011 folgende Aussage vor – ich zitiere –:

Die nächste wichtige Aufgabenstellung war, die beiden Parlamentsparteien und auch die große Oppositionspartei SPÖ von den Vorteilen einer Gesetzesänderung zu überzeugen. In Richtung ÖVP kommunizierte Stefan Krenn diesbezüglich mit seinem früheren Chef Reinhold Lopatka. Meiner Erinnerung nach hat Stefan Krenn in der Arbeitsgruppe berichtet, dass es seitens der ÖVP aus der Wahrnehmung von Reinhold Lopatka Unterstützung für diese Gesetzesänderung geben wird. In Richtung SPÖ liefen die Kontakte über die Novomatic und auch über Rudi Fischer. Seitens der SPÖ wurde diesen Personen kommuniziert, dass es keine Einwände zu einer Gesetzesänderung geben wird. – Zitatende.

Meine konkrete Frage: Herr Dr. Wohlfahrt, haben Sie mit Vertretern der SPÖ diesbezüglich kommuniziert? Wenn ja: mit wem?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich an kein derartiges Gespräch erinnern.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich bedanke mich für diese Aussage, weil damit auch klar ist, dass es seitens der Sozialdemokratischen Partei zu diesem Abänderungsantrag, der geplant war, keine Zustimmung gegeben hat.

Herr Dr. Wohlfahrt, ich möchte noch einmal zum Masterplan Novomatic kommen und zitiere aus diesem Masterplan:

Änderungsvorschläge im Glücksspielgesetz, fertig ausformulierter Gesetzestext und ausführliche Erläuterungen, die vor allem auch den fiskalischen und ordnungspolitischen Nutzen der Gesetzesänderung ermöglichen, von Video-Lotterie-Terminals mit limitiertem Einsatz dokumentieren. – Zitatende.

Diesen Unterlagen ist mehrfach zu entnehmen, dass Änderungsvorschläge erarbeitet werden sollen, Gesetzesanträge als auch parlamentarische Anfragen.

Sie haben zuerst darauf hingewiesen, dass für diese administrative Tätigkeit die Telekom-Vertreter verantwortlich gewesen wären.

Meine Frage: Wer waren die verantwortlichen Leute von Telekom, die Änderungsvorschläge oder parlamentarische Anfragen formuliert haben?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich glaube, hier zur Aufklärung beitragen zu können. Ich habe früher schon gesagt: Ich kann nicht ausschließen, dass im Zuge der Vorbereitung der Projektunterlagen ein Novellierungsvorschlag oder der Entwurf eines Novellierungsvorschlages ausgearbeitet und vorbereitet worden ist, der aber für diese Art der Änderung keine juristische Herausforderung gewesen wäre und von jedem – und da werden Sie mir ja recht geben, Herr Mag. Maier – leicht hätte formuliert werden können. Ich persönlich kann mich aber an einen Abänderungsantrag nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Mir ist daher, Herr Dr. Wohlfahrt, Ihre Aussage am 21.7.2010 beim Bundesamt für Korruptionsbekämpfung unerklärlich. Ich zitiere Ihre Aussage:

Mir ist in Erinnerung, dass es im Juli 2005 –
gemeint dürfte sein 2006 –

Überlegungen einiger Parlamentarier gegeben hat, mit einer Novelle zum Glücksspielgesetz mehrere Lizenzen für die elektronische Lotterie vorzusehen. Dazu ist es aber schon im Vorfeld nicht gekommen. Zitatende.

Was sagen Sie zu Ihrer Aussage? Ich meine ...

Dr. Franz Wohlfahrt: Bitte, um das Vorfeld zu verstehen: Das ist das Mail vom 5.7., wo mir oder anderen Teilnehmern der Gruppe berichtet wurde, dass es bereits in einer Vorbesprechung zum Ausschuss zu keiner Einigung gekommen sei. Bitte, so ist das zu interpretieren.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Man kann es natürlich auch anders interpretieren, nämlich dahin gehend, dass Sie schlichtweg **verschwiegen** haben, dass diese Änderungsvorschläge vonseiten dieser gemeinsamen Projektgruppe stammen. Einzelne Parlamentarier haben an diesen Vorschlägen, insbesondere Abgeordnete der ÖVP, wie sich herausgestellt hat, sicherlich nicht mitgearbeitet.

Die Vorschläge stammen entweder aus dem Finanzministerium oder direkt aus dieser Projektgruppe, und vermutlich wird sie auch der Herr Stefan Krenn geschrieben haben, weil eben sein Name als Verantwortlicher in mehreren Protokollen aufscheint.

Meine Frage: Was war die Aufgabe von Mag. Stefan Krenn?

Dr. Franz Wohlfahrt: Herr Mag. Stefan Krenn war ein tüchtiger Mitarbeiter der Projektgruppe und hat sich sehr für die Aufbereitung der Unterlagen eingesetzt und hat bei mir einen sehr guten Eindruck als professioneller, loyaler und kompetenter Mitarbeiter der Arbeitsgruppe hinterlassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kommen wir wieder zum 3. Juli 2006. Schreiben von Stefan Krenn an den sehr geehrten Klubobmann Herbert Scheibner. Freiheitlicher Parlamentsklub-BZÖ:

Sehr geehrter Herr Klubobmann, wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glückspielgesetzes sowie einen kurzen Status quo und einige Medienberichte zum Thema übersenden. – Zitatende.

Damit haben wir einen wichtigen Punkt. Der Gesetzesvorschlag kann nicht aus dem Parlament stammen, sonst muss er nicht von dieser Arbeitsgruppe, der Sie angehört haben, dem Parlament übersandt werden. Also kommt er von der Arbeitsgruppe.

Ich lege Ihnen jetzt diesen Gesetzesänderungsvorschlag vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Kennen Sie diesen Gesetzesänderungsvorschlag?

Dr. Franz Wohlfahrt *(nach Einsichtnahme in das vorgelegte Schriftstück):* Ich kann mich an diesen Vorschlag jetzt nicht erinnern, aber er bestätigt das, was ich gesagt habe, nämlich dass dieser Novellierungsvorschlag quasi mit einem Satz das beinhaltet, was Gegenstand unseres Anliegens gewesen ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Und was, jetzt in eine verständliche Sprache übersetzt, ist dieser Satz? Was wird dadurch geändert?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist dieser Satz:

„(...), sowie das Recht zur Durchführung der Ausspielungen nach § 12a durch Erteilung höchstens einer weiteren Konzession“ –

nämlich anstatt bisher einer, einer weiteren Konzession –

„übertragen.“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist das eine Konzession etwa für Video Lotterie Terminals?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist eine Konzession, die beinhaltet folgende Ausspielungen, wenn ich das präzisieren darf: alle Ausspielungen – und ich habe es schon früher erwähnt –, die durch eine zentralseitige Herbeiführung des Gewinnes und Verlustes, sprich durch einen zentralseitigen Zufallsgenerator, durch einen Server, über die verschiedensten modernen Kommunikationsmittel herbeigeführt werden können. Dazu gehören folgende Ausspielungen: Online-Ausspielungen, Mobiltelefonie-Ausspielungen, Ausspielungen mittels sogenannter – von Ihnen auch schon erwähnter – Video Lotterie Terminals und alles, was zentralseitig an modernen Kommunikationsmitteln zur Verfügung steht. Das ist der § 12a.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der entscheidende Punkt ist – das sagt auch Herr Stickler, und ich glaube, da hat er vollkommen recht –: Es ist schlicht und einfach

um die Beseitigung des Glücksspielmonopols gegangen, speziell was das Automaten-Glücksspiel betrifft. Die Firma Novomatic hatte Interesse daran, ähnlich wie die Lotterien in sogenannten Verbotsbundesländern auch Automaten aufstellen zu können.

Dazu gibt es eine Beilage zu diesem Schreiben an den Herrn Scheibner vom BZÖ. Diese lege ich Ihnen vor. Diese Beilage ist für mich das Dokument einer Täuschung der Abgeordneten.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Das möchte ich mit Ihnen jetzt gerne gemeinsam durchgehen.

„Status Quo zur Neuordnung des Glücksspielgesetzes“, das wird dem – nehme ich an – nicht gerade Glücksspielexperten Scheibner so übersandt werden.

In Punkt 1 wird geschrieben, worum es geht, und in Punkt 2 wird geschrieben, was geändert werden soll.

Wo steht im Punkt 1 drinnen: Automaten, Video Lotterie Terminals oder Ähnliches? Wo steht das drinnen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Entschuldigung. Wollen Sie jetzt testen, ob ich etwas lesen kann oder nicht?

Ich muss mir das ganze Papier in Ruhe durchlesen. Ich kann mich an dieses Papier, das immerhin hier 19 Seiten hat, wenn ich das so richtig sehe, oder wie viel, eins, zwei, drei, vier ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, die Medienberichte vergessen wir. Es ist ein zweiseitiges Papier. Das beginnt oben: „Status Quo zur Neuordnung des Glücksspielgesetzes“. Und dann ist ein Teil I. Und nur um den geht es.

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich verstehe nicht, wo Sie ein Täuschungsmanöver sehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das werde ich Ihnen dann erklären.

Wo sind die Automaten, wo sind die Video Lotterie Terminals oder Ähnliches hier drinnen geschildert?

Dr. Franz Wohlfahrt: Wenn ich mir erlauben darf, Ihnen hier ganz kurz eine glücksspielrechtliche Erklärung darzulegen. Bei den sogenannten Video Lotterie Terminals handelt es sich nicht um Glücksspielautomaten. Video Lotterie Terminals sind Central Cyber Server-basierte und auf dem § 12a beruhende Spielapplikationen. Warum hätte hier das Wort „Glücksspielautomat“ Eingang finden sollen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Schauen Sie, ich verstehe Ihre Absicht. Nur, ich habe mich mit Glücksspiel, auch mit Glücksspielrecht und den Praktiken Ihres Unternehmens – das ja bedauerlicherweise ..., nein, lassen wir jetzt verschiedene Details – lange genug auseinandergesetzt. Das Wesentliche beim Punkt I ist, dass da lang und breit über Online-Wetten berichtet wird, über das Internetglücksspiel und so weiter, und da wird erfolgreich bei den Abgeordneten der Eindruck erweckt, dass es ja eigentlich um eine Internet- und eine Online-Wetten-Geschichte geht, um das Internetglücksspiel und so weiter. Damit sind die Abgeordneten im Nationalrat, insbesondere im Finanzausschuss, durch die Firma Novomatic und durch Hohegger erfolgreich getäuscht worden – ich sage dazu: **meiner** Meinung nach.

Da die Abgeordneten meiner Meinung nach getäuscht worden sind, haben sie dann auch so reagiert. Herr Abgeordneter Stummvoll, der Vorsitzende des Finanzausschusses, hat bis zum Schluss geglaubt, es geht um Internet-Wetten. Herr Klubobmann Molterer – ist uns geschildert worden – hat gesagt: Was? Wegen dem

bisschen Wetten werdet ihr euch doch nicht aufregen?, als die Casinos dann interveniert haben.

Es ist Ihnen gelungen – **meiner** Meinung nach –, die Abgeordneten zum Nationalrat mit diesem Punkt I ebenso professionell wie vorsätzlich zu **täuschen**, weil sie damit geglaubt haben: Ja, da geht es nur um etwas ganz Harmloses! – und gar nicht gewusst haben, da geht es um eine Art Video Lotterie Terminals, das heißt, um zentral gesteuerte Glücksspielautomaten.

In diesem Zusammenhang halte ich Ihnen eine Projektkurzbeschreibung der Arbeitsgruppe aus dem späten Jahr 2005 vor, der Sie gemeinsam mit Herrn Krenn und anderen angehört haben. Da wird geschrieben:

„Hauptbedrohung

Mobilisierung von Gegnern durch Leo Wallner.“

Und dann erklären Sie mir bitte Folgendes, da geht es um die neue Firma Aon, die Sie heute schon geschildert haben.

„Strategie“ – das ist auf der Seite zwei, wenn Sie mir da folgen.

Sehen Sie den Punkt Strategie? (**Dr. Wohlfahrt: Ja!**) – Strategie.

Können Sie mir den ersten Satz vorlesen und dann auch erklären?

Dr. Franz Wohlfahrt: „Die neue Firma ist der Schuhlöffel, um dann in den Schuh der Konzession zu schlüpfen!“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was bedeutet das?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mir darunter nur das vorstellen, was ich hier schon zweimal heute, glaube ich, gesagt habe: Wir haben als einleitendes Projekt, bevor wir das Aon 12a-Thema intensiv begonnen haben, mit der Telekom vereinbart und auch umgesetzt, dass wir in einem ersten Schritt Sportwetten Online über das Portal **Aon.at** anbieten.

Zu diesem Zwecke hat es – das wird Ihnen mit Sicherheit Herr Tweraser auch erklären können – eine Projektgruppe gegeben, die diese **Sportwetten content** auf den Markt gebracht hat.

Ich kann mir nur vorstellen, dass das sozusagen der Schuhlöffel war, mit dem die Kooperation Novomatic-Telekom nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich mit einem unternehmerischen, betriebswirtschaftlichen Konzept umgesetzt wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe ja auch den Eindruck, dass Sie immer den Schuhlöffel hergezeigt haben – und den Abgeordneten und auch der Telekom nie gezeigt haben, dass es da längst den **Schuh** gibt.

Aber jetzt geht es mir um den zweiten Satz. Lesen Sie bitte den zweiten Satz vor, und dann wollen wir ihn durchgehen.

Dr. Franz Wohlfahrt: „Die Gründung und in Betriebnahme der Company soll ‚ruhig und leise‘ vor sich gehen, damit das am TA-Vorstand und an den Gegnern völlig vorbeigeht.“

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie uns das erklären?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann es nur im Zusammenhang mit „an den Gegnern völlig vorbeigehen“ erklären. Warum das am TA-Vorstand vorbeigehen soll, ist mir nicht klar.

An den Gegnern deshalb, denn sobald die Casinos Austria und deren Netzwerk, zu dem die Lotterien, der ORF und alle Mitgesellschafter gehören, erfahren, dass es ein

operatives Wettgeschäft zwischen Novomatic und Telekom gibt, hätten die alle Alarmglocken, alle Hebel in Bewegung gesetzt, um aufzupassen, dass es **keine** Erweiterung dieses Geschäftsmodells gibt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Geschenkt – bin ich Ihrer Meinung.

Sie wissen aber, dass ich Sie das andere frage. Warum sollten die Gründung und Inbetriebnahme der Company, laut Ihrer Arbeitsgruppe, am Telekom-Austria-Vorstand völlig vorbeigehen, an Ihrem Partner völlig vorbeigehen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das weiß ich nicht. Das sagt mir im Moment gar nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das sagt mir aber sehr viel, nämlich dass Sie nicht nur die Abgeordneten, sondern auch Ihren **Partner** täuschen wollten!

Dr. Franz Wohlfahrt: Nein, das kann ich mir beim besten Willen nicht erklären, zumal von Beginn an (*Abg. Dr. Pilz: Das können Sie sich nicht erklären!*) der Telekom-Vorstand in Vertretung des Generaldirektors ja in das Projekt federführend eingebunden war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die haben bis zum Schluss geglaubt, es geht um Internet-Wetten. Wir haben uns das angeschaut.

Dr. Franz Wohlfahrt: Den Vorwurf der Täuschung und den Vorwurf, dass hier sogar unser eigener Kooperationspartner nicht gewusst hat, worum es geht, weise ich auf das **Entschiedenste** zurück (*Abg. Dr. Pilz: Dann dürfen Sie nicht solche Protokolle verfassen!*), und ich darf insbesondere darauf verweisen, dass in allen Unterlagen, die auch nach diesem Projektbeschreibungsdatum konzipiert worden sind, Video Lotterie Terminals, Online Gaming, Mobile Gaming explizit angeführt sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, nein, jetzt haben wir den Punkt!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mich interessiert eigentlich nur eines. Im Rahmen Ihrer Zeugeneinvernahme, am 21. Juli 2010, wurden Ihnen auch Teile aus einer Sachverhaltsdarstellung vorgehalten – die der anwesende geschätzte Herr Kollege Dr. Pilz eingebracht hat –, und Sie werden dann mit verschiedenen Aussagen konfrontiert.

Und Sie sagen da:

„Antwort:

Die Sachverhaltsdarstellung ist mir bekannt, sie entbehrt jeder Grundlage und beruht auf einer Pressekonferenz des Abg. Dr. Peter PILZ. Wir haben Dr. PILZ vor dem HG Wien“ –

also Handelsgericht Wien –

„zu 39 cg 65/10t wegen dieser unhaltbaren Vorwürfe auf Unterlassung geklagt. Eine Kopie der Klage übergebe ich.“

Wie ist denn das Verfahren ausgegangen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Dieses Verfahren ist derzeit unterbrochen, bis zur rechtskräftigen Erledigung des gegen den damaligen Minister anhängigen Strafverfahrens.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich auch keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen kurz zwei Meldungen der Austria Presse Agentur vor. Schauen Sie sich die mal in Ruhe an. Eine ist vom Mittwoch, dem 12. Juli 2006, und eine vom Donnerstag, dem 13. Juli 2006.

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann Ihnen jetzt schon antworten, dass ich mich an die nicht mehr erinnern kann. Ich weiß nicht, ob und welche Pressemeldungen ich am 12. oder am 13. Juli 2006 bekommen habe.

Wissen Sie, Herr Abgeordneter, ich bekomme am Tag ungefähr 100 Pressemeldungen vorgelegt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe Ihnen noch gar keine Frage gestellt. Entschuldigung! Darf ich einmal eine Frage stellen? – Ja, okay. Ich frage Sie ja nicht, ob Sie die APA-Meldung ...

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich habe die Antwort schon vorweggenommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage aber ganz etwas anderes. Ich frage nicht, ob Sie die Medienberichte kennen, sondern ich frage Sie Folgendes: Am 12. Juli 2006 – und das sollen auch diese zwei Meldungen belegen – war einer breiten Öffentlichkeit bekannt – Titel hier:

„Glücksspiel-Monopol unmittelbar vor dem Fall.“

Da haben mehrere Medien umfassend darüber berichtet, „Kurier“, „Salzburger Nachrichten“, „Standard“, also viele: Es soll im letzten Moment zu einer Änderung des Glücksspielmonopols kommen. Das Glücksspielmonopol ist unmittelbar vor dem Fall.

Ist davon auszugehen, dass die Novomatic, die ja im positiven Sinne davon betroffen war, an diesem 12. Juli 2006 von dieser Flut an öffentlicher Berichterstattung etwas mitbekommen hat? – Ich gehe schon davon aus, oder?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist anzunehmen, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sonst hätten Sie sehr schlechte Medienleute.

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist anzunehmen, und letztlich war das Ergebnis allerdings negativ. Und nur das war für uns entscheidend.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wollte ich auch nicht wissen. Lassen Sie mich zuerst fragen!

Jetzt haben wir einmal festgestellt, dass das zumindest bekannt gewesen sein müsste.

Wie hat dann Novomatic auf diese Medienberichte reagiert? Hat Sie das überrascht, dass es hier doch einen Versuch gibt – oder wie haben Sie inhaltlich und politisch diese plötzliche Medienberichterstattung bewertet?

Dr. Franz Wohlfahrt: Für uns war das Scheitern des Projektes nicht ausgeschlossen, und für uns war klar, dass wir dieses Projekt noch im selben Jahr, spätestens aber nach den damals schon angekündigten Wahlen, fortsetzen werden. Wir haben uns dadurch nicht entmutigen lassen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Zeitraum – das ist nämlich alles ein bisschen widersprüchlich. Wir haben vorhin dieses Mail vom 5. Juli diskutiert, in dem Ihnen mitgeteilt wird: Das wird nichts mehr!, von einer Vorbesprechung vom Finanzausschuss, wie die Positionen der Parteien sind. Es wird zusammengefasst – wir haben Ihnen das schon vorgelegt –: Man wird das Ganze nach der Wahl angehen.

Dann empfiehlt auch gleich die Hohegger-Gruppe, was man tun sollen, nämlich: vor allem bei der SPÖ entsprechend zu lobbyieren, damit unser Vorhaben auch tatsächlich schnellstmöglich nach der Wahl umgesetzt wird.

Dieses Mail haben wir schon diskutiert, und Sie haben gesagt, Sie sind auf Basis dieser Info davon ausgegangen: Wir machen das nach der Wahl!, und können über die Vorgänge zwischen 5. Juli und 12. Juli nichts mehr sagen, weil Sie dazu keine Wahrnehmung haben.

Jetzt denke ich – man kennt Herrn Wohlfahrt –, Herr Wohlfahrt wird sich wohl etwas dabei gedacht haben, warum er am 5. Juli auf Basis dieser Information: Das wird eh nichts mehr vor der Wahl!, davon ausgeht, und dann am 12. Juli plötzlich Medienberichterstattungen auftauchen, es ist doch eine Änderung der Novelle geplant.

Wie haben Sie sich denn damals diesen Widerspruch erklären können, dass Sie am 5. Juli offensichtlich eine Information Ihrer Lobbyisten bekommen haben, die am 12., 13. Juli durch völlig andere Tatsachen eindeutig widerlegt wurde?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich glaube, ich habe es heute schon mehrfach gesagt: Ich kann mich an die Details der parlamentarischen Vorgänge, die zwischen dem 5. Juli und dem 13. Juli 2006 stattgefunden haben, heute nicht mehr erinnern, ebenso wenig an diese Presseinformationen. Für mich war immer nur maßgeblich, dass dieses Projekt **gescheitert** ist. Aufgrund welcher Details, darüber habe ich aus meiner Erinnerung heute überhaupt keine Wahrnehmungen mehr, warum das auch tatsächlich der Fall war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Am 12. Juli gibt es diese vielen Medienmeldungen: Glücksspielmonopol unmittelbar vor dem Fall! – und dann kommt am 13. Juli die große Überraschung: Die Novelle ist doch vom Tisch, neuer Anlauf nach der Wahl!

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen über diesen Schwenk, der in den Nachtstunden vom 12. Juli auf den 13. Juli passiert ist? Ich frage das deswegen, weil die Casino-Leute alle genaue Wahrnehmungen dazu haben. Die wissen ganz genau, was dort passiert ist. Daher kann ich mir schwer vorstellen, dass die Novomatic auf der anderen Seite überhaupt nichts mitbekommen hat.

Also welche Wahrnehmungen haben Sie zu diesem Schwenk von Änderung – 12. Juli nachts – auf: Änderung doch nicht!, wenige Stunden später am Morgen des 13. Juli 2006?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich habe dazu keine Wahrnehmung und keine Erinnerung mehr. Das Einzige, das mir dann irgendwo gerüchteweise zugetragen wurde, ist der Umstand, dass es offensichtlich den Gegnern gelungen ist, rechtzeitig Wind zu bekommen und ihre politischen Netzwerke in Bewegung zu setzen, um dieses Vorhaben dann scheitern zu lassen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das haben wir heute schon mit Herrn Stickler diskutiert. Bei Herrn Stickler und auch anderen ist deutlich herausgekommen, dass man politisch interveniert hat und dass es einen Rückzieher dann seitens der ÖVP gegeben hat, indem man über den Raiffeisen-Sektor und über den Sektor des Monopolisten natürlich massive Kontakte in Richtung Volkspartei genützt hat.

Ich komme zur Frage: Wann haben Sie von all diesen Interventionsversuchen, die es hier gegeben hat, konkret erfahren? War das erst einige Zeit im Nachhinein, oder ist Ihnen damals unmittelbar in diesen Tagen, 12., 13. Juli, bekannt geworden, warum das dann letztlich doch gescheitert ist? Oder wissen Sie das erst jetzt in der Retrospektive betrachtet?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich glaube, nicht einmal hier im Ausschuss ist im Detail bekannt, warum das letztlich gescheitert ist, wenn ich das so interpretieren darf. Mir ist danach, nach dem Juli, eben dieses **Gerücht** – es ist ja nicht verifizierbar – zur Kenntnis gelangt, dass die Gegner es geschafft hätten, rechtzeitig dieses Vorhaben zu verhindern. Mit wem, über wen ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dr. Wohlfahrt! Ich komme noch einmal auf den Masterplan Novomatic AG zurück und zitiere:

Auslandsbesuch, Einladung ausgewählter Stakeholder ins Ausland, Konzeption und Durchführung eines großen Events in ein Admiral-Casino in der Schweiz oder in Berlin, exklusive Gestaltung des gesamten Events, Privatjet, Top-Entscheidungsträger mit Ehepartnern, (...)

Konkreter Benefit eines solchen Events ist das Erlebarmachen des Novomatic-Geschäftsmodells. Damit soll eine nachhaltige Absicherung des neuen Image der Novomatic AG „Raus aus der Schmutzdecke“ sichergestellt werden. Diese Events sollten höchsten zweimal im Jahr stattfinden. – Zitatende.

Meine Frage: Hat es derartige Einladungen gegeben? Wenn ja: Waren auch Politiker darunter?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich an derartige Veranstaltungen nicht erinnern. Meines Wissens handelte es sich hierbei um Überlegungen der Agentur. Es wurden zu keinem Zeitraum die dort angeführten Leistungen auch tatsächlich umgesetzt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Dr. Wohlfahrt, es wurde ja ein gemeinsames Unternehmen zwischen der Novomatic AG und der Telekom Austria gegründet. Die Telekom Austria wurde genommen, um das ganze Projekt auch in der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen.

Jetzt stelle ich anhand der Unterlagen fest, dass es da mehrere Phasen gegeben hat. Die Telekom Austria sollte am Anfang 51 Prozent, Novomatic 26 Prozent, dann ein Medium 10 Prozent und andere 13 Prozent haben; in der zweiten Phase: Telekom Austria 51 Prozent, Novomatic 39 Prozent und ein Medium 10 Prozent; und in der dritten Phase: Novomatic 60 Prozent, Telekom Austria 26 Prozent, Medium 14 Prozent.

Wenn man sich die Anteile ansieht, dann muss man feststellen, dass es für die Telekom Austria ein Rückzug auf Raten ist und die Firma Novomatic auf einmal die Mehrheit an den Anteilen besitzen sollte. – Warum wurde diese Variante gewählt?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das waren damals unverbindliche Überlegungen, die im Rahmen der Strategiegruppe durchgeführt wurden.

Faktum ist, dass erstens diese Gesellschaft, von der Sie gesprochen haben, nicht gemeinsam gegründet worden ist, sondern von der Novomatic AG einmal als hundertprozentige Tochter, ausgestattet mit einer Option an die Telekom, sich bis zu 50 Prozent an dieser Gesellschaft zu beteiligen.

Zu gesellschaftsrechtlichen Einbindungen allfälliger weiterer Partner hat es Diskussionen gegeben. Unter anderem wurde releviert, ob es nicht Sinn machen würde, etwa ein Printmedien-Unternehmen einzubinden. Man ist aber dann davon abgegangen und hat sich mit der letztlich finalisierten Variante: eine Gesellschaft mit Option 50 Prozent, zufriedengegeben. Man hat das Projekt dann auch nicht mehr weiter verfolgt, zumal ja die rechtlichen Grundlagen dann nicht gegeben waren.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist es richtig, dass zu diesem Zeitpunkt der damalige Kabinettschef von Bundesminister Grasser, Matthias Winkler, als Geschäftsführer dieser Gesellschaft vorgesehen war?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das ist *nicht* richtig. Dieser Name ist zwar mehrmals in den Medien aufgetaucht, war aber nie Gegenstand von Geschäftsführungssagenden und Überlegungen im Rahmen der Kooperation mit Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie damals informiert worden über den Abänderungsantrag, der am 13. Juli 2006 im Plenum des Nationalrates hätte eingebracht werden sollen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das weiß ich heute nicht mehr. Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und dieser Gesetzesänderungsvorschlag? Haben Sie jemals selbst einen Gesetzesänderungsvorschlag oder einen Entwurf dazu erarbeitet?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich kann mich nicht daran erinnern, schließe es aber nicht aus, dass eben, wie gesagt, im Rahmen der Arbeitsgruppe solch ein Novellierungsvorschlag vorbereitet worden ist und dass auch ich da meine Expertise eingebracht habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Waren Sie der einzige Jurist in dieser Arbeitsgruppe?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das weiß ich nicht. Aber es war, wie auch schon erwähnt, keine große Herausforderung oder wäre keine große Herausforderung gewesen, solch einen Vorschlag zu formulieren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gehe auch davon aus, dass er von Ihnen stammt. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich erlaube mir, drei ganz kurze Zusatzfragen zu stellen.

Erste ganz, ganz kurze Zusatzfrage: Sie haben auf meine Befragung vorhin gesagt, Ihnen ist gerüchteweise zugetragen worden, dass die Gegner rechtzeitig Wind davon bekommen und dann ihre Netzwerke aktiviert haben.

Wo haben Sie diese Gerüchte aufgeschnappt? Wie haben diese Gerüchte ganz konkret ausgesehen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Ich weiß das nicht mehr im Detail, wer mit wem gesprochen hat. Ich glaube, dass mich Herr Fischer informiert hat, dass er Informationen gehabt hätte, dass eben Vertreter der Marktbegleitergruppe rechtzeitig von diesem Gesetzesvorhaben Kenntnis erlangt und dementsprechend ihre Kontakte gepflogen hätten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Fischer – zweite kurze Zusatzfrage – behauptet ja, natürlich völlig wider meine Sicht der Dinge, dass er einen deutlichen Zusammenhang sehe für diese 300 000-€-Beratungsleistung der Werbeagentur **Orange** an die Casinos.

Können Sie diese Wahrnehmung des Herrn Fischer oder dessen Sicht der Dinge in irgendeiner Form bestätigen?

Dr. Franz Wohlfahrt: Das kann ich nicht bestätigen. Das ist auch von ihm, glaube ich, nur eine Interpretation. Ich habe keine wie immer gearteten Hinweise, dass das auch tatsächlich der Fall war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu meiner letzten Frage, weil Sie vorhin gesagt haben, es ist auch im Ausschuss nicht ganz klar, warum das gescheitert ist. Für mich ist durch diesen Ausschuss eindeutig klar herausgekommen, warum es gescheitert ist, nämlich: wegen der Herrschaften da drüben und wegen der Raiffeisen-Fraktion innerhalb der Volkspartei. Sie werden vielleicht aus Ihren Medienbeobachtungen wissen, dass das BZÖ immer für eine Aufhebung des Glücksspielmonopols war und nach wie vor bis heute ist.

Daher meine Schlussfrage, da Herr Pilz uns in diversen Medienstellungen, nachdem er uns zuerst als Casino-Fraktion dargestellt hat, jetzt als Novomatic-Fraktion darzustellen versucht – da die erste Konstruktion nicht gehalten hat, versucht er halt die zweite –, meine Schlussfrage:

Hat es jemals irgendwelche finanzielle Zuwendungen seitens Novomatic an die Partei BZÖ in diesem Zusammenhang gegeben oder nicht?

Dr. Franz Wohlfahrt: Es hat keine Zuwendungen gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wollte ich nur noch einmal klargestellt haben. Damit ist auch das letzte Konstrukt des Herrn Pilz zusammengekracht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da es keine weiteren Zusatzfragen gibt, der Auskunftsperson **Dr. Franz Wohlfahrt**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

16.53

16.54

Auskunftsperson Dr. Stefan Tweraser

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dr. Stefan Tweraser** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Tweraser, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Stefan Tweraser**. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Dr. Tweraser, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie können jetzt vor Eingang in die Befragung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge präsentieren, wir können aber, wenn Sie darauf keinen Wert legen, gleich mit der Befragung beginnen. – Was bevorzugen Sie? (**Dr. Tweraser:** Bitte, beginnen Sie! – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Dr. Pilz das Wort.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Tweraser, welche Aufgabe hatten Sie für Ihr Unternehmen im Rahmen dieses Vorhabens, das Glücksspielgesetz zu novellieren?

Auskunftsperson Dr. Stefan Tweraser: Ich habe da überhaupt keine Aufgabe. Ich habe bei der Telekom Austria im Marketing gearbeitet, ich war Marketing-Leiter der Telekom Austria und habe mich dann mit der Produktentwicklung, mit dem Festsetzen von Preisen, mit der Werbung und mit dem Sponsoring beschäftigt.

In das Projekt „aon-Entertainment“ war ich dadurch eingebunden, dass wir eine Kooperation mit der Novomatic hatten, um Sportwetten auf dem aon-Portal zu realisieren. Das hat leider nicht so funktioniert, wie wir uns das gedacht haben, und ist dann relativ schnell eingestellt worden, aber das war mein Bezug zu Novomatic.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber das ganze Projekt ist bis in den Juli 2006 weitergeführt worden, bis zu einem Abänderungsantrag zuerst in Richtung Finanzausschuss und dann Plenum des Nationalrates.

Waren Sie so lange in dieser Projektgruppe?

Dr. Stefan Tweraser: Ich war in der Projektgruppe wahrscheinlich so lange, aber nicht damit befasst. Ich habe mich um das operative Realisieren dieser Sportwetten-Geschichte auf dem aon-Portal gekümmert. Ich habe hin und wieder ein Update bekommen, aber für uns auf operativer Ebene war das Realisieren von umsatzrelevanten Themen heute die Vorgabe, in alles andere war ich nicht eingebunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, was im Rahmen dieser Projektgruppe an Gesetzesänderungen erreicht werden sollte?

Dr. Stefan Tweraser: Noch einmal: Ich habe ein- oder zweimal ein Protokoll bekommen, und mein Vorgesetzter hat mich auch einmal informiert, dass man versucht, über den Sportwetten-Bereich hinaus aktiv zu werden, aber ich war sonst nicht eingebunden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was wir derzeit wissen aus der Telekom Austria, ist, dass – inklusive des damaligen Vorstandsdirektors Rudolf Fischer – niemand wirklich wusste, dass es eigentlich um eine Aufhebung des Glücksspielmonopols und um eine Möglichkeit für die Novomatic, über Videolotterie-Terminals zentral vernetzte Glücksspielautomaten zu betreiben, ging.

Ist Ihnen das jemals im Rahmen dieser Projektgruppe gesagt worden.

Dr. Stefan Tweraser: Ich wollte gerade sagen, das ist die Sichtweise, die ich auch aus meiner Position nur bestätigen kann. Die Telekom Austria hat versucht, auf Ihrem Portal, also wirklich im Internet, Sportwetten und potenziell darüber hinaus, wenn das so gewesen wäre, andere Dinge zu realisieren. Aber ich hatte keine Information darüber, dass es einen größeren Gesetzesänderungsantrag oder was auch immer hätte geben sollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt eine Projektkurzbeschreibung von eben dieser Projektgruppe, der Sie auch angehört haben, von Ende 2005. Ich möchte Ihnen das vorlegen, die zweite Seite.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Ich sage Ihnen den Hintergrund, damit klar ist, worum es geht. Zu diesem Zeitpunkt will die Novomatic das Glücksspielgesetz schon längst ändern, das Glücksspielmonopol brechen, in ganz Österreich zentral gesteuerte Glücksspielautomaten aufstellen und benutzt dazu die Telekom, um gegenüber dem Gesetzgeber respektabler zu werden, weil sich die Novomatic selbst offensichtlich nicht für ein ausreichend respektables Unternehmen gehalten hat, meiner Meinung nach aus sehr, sehr guten Gründen.

Schauen wir uns einmal den Punkt **Strategie** an, das gelb Angestrichene! Den ersten Satz bin ich mit Dr. Wohlfahrt durchgegangen:

Die neue Firma ist der Schuhlöffel, um dann in den Schuh der Konzession zu schlüpfen. – Zitatende.

Ergibt das für Sie irgendeinen Sinn? *(Dr. Tweraser: Welche neue Firma ist das?)* – Aon war das.

Dr. Stefan Tweraser: Also noch einmal: Ich kenne das Papier leider in der Form nicht. Was wir wollten, ist, auf dem Portal Sportwetten zu realisieren. Die Telekom Austria war ja dann später auch einmal Sponsor der Europameisterschaft, da haben wir gedacht, das passt ganz gut.

Was ein „Schuhlöffel“ da ist und welche „Konzession“ da gemeint ist, kann ich Ihnen leider nicht erklären.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube auch nicht, dass Sie das Papier kennen können. Das dürfte ein Hohegger-Papier sein, das nur für Novomatic vorbereitet worden ist, weil Hohegger ja auch Spezialaufgaben für Novomatic – meiner Meinung nach – hinter dem Rücken der Telekom erfüllt hat. Deshalb: Lesen Sie einmal den zweiten Satz, und sagen Sie mir dann, was Sie zu diesem zweiten Satz sagen können! Lesen Sie ihn vor, damit alle ihn kennen!

Dr. Stefan Tweraser: Also ich lese vor:

Die Gründung und die Inbetriebnahme der Company soll ruhig und leise vor sich gehen, damit das am TA-Vorstand und an den Gegnern völlig vorbeigeht. – Zitatende.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Gegner sind jetzt einmal wurscht, es geht natürlich um den TA-Vorstand. Da wird von Hohegger offensichtlich an Novomatic berichtet: Gründung der Company soll ruhig und leise vor sich gehen, damit das am TA-Vorstand – also am Telekom-Austria-Vorstand – vorbeigeht.

Kennen Sie einen Grund dafür, warum Novomatic die Telekom Austria hintergehen wollte?

Dr. Stefan Tweraser: Also es ist schwer für mich, da zu spekulieren. Wahrscheinlich hatten sie Gründe, sonst würden sie das so nicht schreiben

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat die Novomatic jemals mit Ihnen beziehungsweise Ihrem Unternehmen offen darüber geredet: Wisst ihr was, **eigentlich** brauchen wir euch, damit wir das Glücksspielmonopol knacken können, aber wir wollen das so machen, dass die Casinos und die Lotterien möglichst spät draufkommen, denn sonst schaffen wir es nicht?

Dr. Stefan Tweraser: Also da steht, dass es am TA-Vorstand vorbeigehen soll. – Ich war nicht einmal im TA-Vorstand (*Abg. Dr. Pilz: Das ist mir schon klar!*), also: kann ich wirklich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen im Rahmen dieser Projektgruppe jemals offen gesagt worden – von Hohegger-Leuten oder von Vertretern der Firma Novomatic, zum Beispiel von Dr. Wohlfahrt –: Ja, wir brauchen euch, damit wir das Glücksspielmonopol knacken können?

Dr. Stefan Tweraser: Nein. Ich kann es noch einmal sagen: Wir hatten sozusagen eine zweistufige Idee. Das Erste war, Sportwetten auf unser Portal zu bringen, und wenn das funktioniert hätte und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür da gewesen wären, dann hätte man vielleicht auch noch andere Formen des Glücksspiels machen können. Operativ waren wir rein in dem Bereich, Sportwetten zu realisieren, tätig, und nicht mal das hat so funktioniert, wie wir alle uns das vorgestellt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen klar, dass Sie dafür keine Gesetzesänderung gebraucht hätten?

Dr. Stefan Tweraser: Ich bin kein Jurist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ja das Absurde an dieser ganzen Geschichte: Um diese Sportwetten-Geschichte zu machen, das ist eine Frage von Lizenzvergaben auf Landesebene; da hat es ausreichende gesetzliche Grundlagen gegeben. Sie brauchen dazu keine Gesetzesänderung. – Und da wird vorgeschlagen: Ändern wir den § 12 Glücksspielgesetz!

Sie waren ja in dieser Projektgruppe, daher die Frage: Hat Ihnen vom eigenen Unternehmen niemand gesagt, dass man da kein Gesetz ändern muss, um das zu machen, was Sie vorhatten?

Dr. Stefan Tweraser: Noch einmal: Ich war in der Projektgruppe dafür verantwortlich, die Sportwetten auf das Portal zu bekommen. Da war schon klar die Aussage: Das können wir machen. Das war ja auch eine Zeit lang live; ich glaube, zwei oder drei Monate, oder so, gab es das tatsächlich. Da bin ich schon davon ausgegangen, dass – weil das live war und weil in unseren Produktentwicklungsprozess ja auch immer Juristen eingebunden waren – wir da sozusagen keinen Gesetzesverstoß begehen. Darüber hinaus bin ich weder informiert worden, was genau der § 12 ist oder was man daran hätte ändern wollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist eben der Punkt: Da wird eine Gesetzesänderungsinitiative gestartet, ohne dass die Telekom informiert wird, worum es eigentlich geht, und ohne dass den Telekommitarbeitern gesagt wird: Für das, was die Telekom kriegt, brauchen wir keine Gesetzesänderung.

So, jetzt zum Abänderungsantrag. (*Dr. Tweraser: Zu was?*) – Abänderungsantrag.

Da gibt es einen Abänderungsantrag zum Glücksspielgesetz, der ist offensichtlich in dieser Projektgruppe erarbeitet worden – soweit sind wir –, weil er von dieser Projektgruppe, vom Herrn Krenn, von Hohegger, am 3. Juli an den BZÖ-Klubobmann Scheibner geschickt wurde.

Haben Sie irgendetwas mitbekommen über die Arbeiten an diesem Gesetzesänderungsvorschlag?

Dr. Stefan Tweraser: Noch einmal: Ich bin kein Jurist, ich hätte wahrscheinlich auch keinen Beitrag leisten können. Wir haben uns auf der Marketingebene damit befasst, wie man potenziell Sportwetten und so weiter vermarkten kann – wenn wir sie denn einmal drauf haben –, und haben versucht, Business Cases und solche Sachen zu rechnen. Wir waren mit unseren Technikern zugange, um dafür zu sorgen, dass diese beiden Systeme – das Sportwetten-System von **Admiral** und das Portalsystem von **Aon**, also von der Telekom – zusammenpassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Waren Sie der einzige Vertreter der Telekom in dieser Projektgruppe bei Hohegger?

Dr. Stefan Tweraser: Meines Wissens nach war primär der Herr Fischer, also mein direkt Vorgesetzter, in dieses Projekt eingebunden, und ich habe sozusagen von ihm auch meine Informationen und die Anweisungen bekommen – also Anweisungen; ich meine, ich war ein leitender Angestellter, kein kleiner (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) –, aber wir haben sozusagen Projektaufträge bekommen und die abgearbeitet. Ich weiß nicht, wer da sonst noch dabei war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also kann ich davon ausgehen, dass Sie dem Ausschuss auch nichts über den Abänderungsantrag mitteilen können, der – wahrscheinlich aus dem Finanzministerium – am 12. Juli überraschend ins Parlament gekommen ist?

Dr. Stefan Tweraser: Noch einmal: Ich war da nicht eingebunden und hatte auch keinen Auftrag, da irgendetwas in die Richtung zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, ich habe keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Tweraser, Sie haben jetzt geschildert, Sie waren zwar Marketingleiter bei der Telekom Austria und Sie wussten über eine Kooperation mit der Novomatic Bescheid, Sie wussten, dass es um Online-Sportwetten

geht. Ich hätte trotzdem ganz gerne gewusst – da uns ja bekannt ist, dass Sie in diesem Projektteam tätig waren –, was Ihre Aufgaben waren und welche Informationen Sie bekommen haben nach einzelnen Besprechungen, was Sie da mitbekommen haben. (*Dr. Tweraser: Ja!*)

Sie haben jetzt nur gesagt, was Sie nicht mitbekommen haben; ich hätte ganz gerne gewusst, was Sie getan haben und was Sie mitbekommen haben.

Dr. Stefan Tweraser: Also die Aufgabe, die wir im Marketing der Telekom hatten, war – wenn ich das jetzt weiter fassen darf –, dafür zu sorgen, dass der Festnetzanschluss der Telekom Austria durch Inhalte aufgewertet wird. Wir haben zum Beispiel solche Dinge gemacht, wie Aon-Alarmanlagen oder Aon-TV, alles Dinge, die auf der Festnetzinfrastruktur der Telekom Austria aufgebaut sind. Und ein Teil davon war, dass wir versucht haben, auf dem Internetportal Mehrwertdienste anzubieten. Einer der Aufträge, die ich bekommen habe, war, in einer Kooperation mit der Novomatic den Sportwettenbereich zu realisieren.

Ich habe darüber hinaus die Information bekommen, dass man gegebenenfalls – wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen da wären – auch in das weitere Glücksspiel einsteigen würde, bin da aber nicht gebrieft worden. Ich glaube, ich habe ein oder zwei Mal ein Protokoll bekommen, was die Arbeitsgruppe insgesamt gemacht hat, habe aber sozusagen darüber hinaus keinen Umsetzungsauftrag gehabt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte Ihnen gerne ein Memo über eine Besprechung vorlegen; offenbar haben Novomatic und Telekom Austria am 25. Oktober 2005 eine Besprechung abgehalten.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

TN – ich gehe davon aus, das heißt Teilnehmer –: Dr. Fischer, Herr Schieszler, FW – können Sie uns sagen, wer das ist? –, wahrscheinlich Franz Wohlfahrt (*Dr. Tweraser: Könnte so sein!*) und ST. – Sind Sie das? (*Dr. Tweraser: Werde wahrscheinlich ich sein, ja!*) – Stefan Tweraser? (*Dr. Tweraser: Vermutlich, ja!*)

Das heißt, Sie haben also offenbar als Teilnehmer an dieser Besprechung teilgenommen. Sehen wir uns an, worum es da gegangen ist, da steht: Mit TA – also Telekom Austria – wurde über mögliche Kooperation in Österreich gesprochen. Es wurden dafür vorerst zwei potenzielle Geschäftsfelder identifiziert. – Zitatende.

Können Sie sich daran erinnern, an diese beiden Geschäftsfelder, wenn Sie für das Marketing zuständig waren?

Dr. Stefan Tweraser: Also das eine Geschäftsfeld war ganz sicher der Sportwettenbereich, davon gehe ich aus. (*Abg. Tamandl: Ja!*)

Es gab auch Besprechungen – ich weiß nicht, ob das konkret eine war –, wo ich nur zum Teil anwesend war, weil es eben Dinge gab, die auch in der Unternehmenshierarchie entsprechend gehalten worden sind.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie waren bei dieser Besprechung nicht vollständig anwesend, daran können Sie sich erinnern, oder wie?

Dr. Stefan Tweraser: Nein, das ist aus 2005. Ich sage nur, es **gab** Besprechungen – und das war bei der Telekom nicht unüblich –, wo man bei einem Teil dabei war, weil es das eigene Projekt betroffen hat, und dann ist man halt wieder gegangen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich frage Sie deshalb, weil Sie vorher – beim Herrn Kollegen Pilz – gemeint haben, Sie haben keinen Ahnung davon gehabt, dass es sich da um Gesetzesänderungen oder um mögliche Gesetzesänderungen handelt, was diesen Abänderungsantrag betroffen hat.

Wenn Sie sich dieses Memo unter Punkt 2 ansehen, sehen Sie, da steht: Betrieb von terrestrischen VLT-Arcades in Österreich, dafür § 12a-Konzession notwendig. – Zitatende

Das heißt, an das können Sie sich nicht mehr erinnern?

Dr. Stefan Tweraser: Also ich kann es nur noch einmal wiederholen: Das war nicht der Projektbereich, in den ich eingebunden war.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wir haben auch ein Mail von Herrn Andreas Öhner – ich kann Ihnen auch das gerne vorlegen –, das an einige Personen geht, unter anderem an den Herrn Irsigler Jürgen und Wohlfahrt Franz und in Cc noch an zwei andere Herrschaften. Da wird beispielsweise auch auf ein Ergebnis aus einer Besprechung vom 13. März 2006 hingewiesen, und da wird Allgemeines festgehalten.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Unter Punkt 2 steht:

Hauptansprechpartner bei Telekom Austria: Leiter Marketing, Herr Dr. Stefan Tweraser. – Zitatende. *(Dr. Tweraser: Genau, das ist ...!)* Wenn jemand in einer Kooperation als Hauptansprechpartner genannt ist, dann gehe ich schon davon aus, oder dann ist eigentlich schon davon auszugehen, dass derjenige auch Bescheid weiß, welche Voraussetzungen notwendig sind, um ein Geschäft, um eine Kooperation, um ein Ziel zu erreichen – oder ist das nicht der Fall gewesen?

Dr. Stefan Tweraser: Also soweit ich das hier lese, ging es darum – und das ist zum Beispiel eine dieser Produktumsetzungsbesprechungen, die ich erwähnt habe –: Wir haben versucht, die IT von der Novomatic im Sportwettenbereich mit der IT von der Telekom zusammenzubringen, dass das funktioniert. Das war mein Projektauftrag – Sportwetten auf dem Aon-Portal umzusetzen –, und dafür war ich in Leitungsfunktion der Hauptansprechpartner. Ja, das ist richtig.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was ich ganz gerne herausarbeiten möchte, ist, dass Sie sich möglicherweise, wahrscheinlich heute nicht mehr erinnern können, dass es sich damals um eine Gesetzesänderung gehandelt hat oder dass es sich für die Realisierung dieser beiden Punkte aus dem Memo durchaus um eine Gesetzesänderung hätte handeln müssen beziehungsweise eine Gesetzesänderung hätte durchgesetzt werden müssen.

Es gibt da ein Mail vom 5. Juli 2006, und zwar geht es da darum, da gab es eine Vorbesprechung zu einem an diesem Tag anschließend stattfindenden Finanzausschuss, und dieses Mail, wo Sie die einzelnen Positionen und so weiter herauslesen können, müssten Sie eigentlich auch bekommen haben.

(Die Auskunftsperson liest in einem Schriftstück.)

Dr. Stefan Tweraser: Ganz ehrlich, ich kann mich daran wirklich nicht erinnern, dass ich das bekommen habe, denn wenn ich das so lese, dann steht da alles über den Gesetzesantrag drin und illegales Glücksspiel und so weiter. Das war nicht mein Projektauftrag, nicht meine Verantwortung.

Noch einmal: Wir haben natürlich gewusst, dass die Telekom und die Novomatic – wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen gegeben wären – auch ein größeres Projekt gerne umgesetzt hätten. Die Sportwetten waren eine erste Idee, und wir hätten natürlich gerne auf dem Aon-Portal noch mehr gemacht. Aber wenn ich sozusagen an die Frage des Herrn Abgeordneten Pilz anschließe: Für uns war der Internetbereich, das heißt die Zusammenarbeit auf dem Aon-Portal, der einzig vorstellbare Business Case, den wir uns angesehen haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Kennen Sie Herrn Dr. Hohegger?

Dr. Stefan Tweraser: Ich habe Herrn Dr. Hohegger ein paar Mal getroffen. Herr Dr. Hohegger hat bei der Telekom in mehreren Bereichen Beratungsleistungen erbracht. Er hat auch Veranstaltungen – nicht er selber, aber seine Firma hat Veranstaltungen organisiert. Ich habe ihn sicher ein paar Mal gesehen, klar.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hatten Sie im Zusammenhang mit diesem Projekt, wo Sie in diesem Projektteam waren, auch Kontakt zu Herrn Hohegger?

Dr. Stefan Tweraser: Ich kann mich an zwei, drei Besprechungen erinnern – noch einmal: wo ich nicht die ganze Zeit dabei war –, wo wir über den Projektfortschritt der Sportwetten-Kooperation berichtet haben, wo sicher auch Herr Dr. Hohegger dabei war.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): War das öfter? War das in regelmäßigen Abständen?

Dr. Stefan Tweraser: Also er war sicher nicht bei jeder Besprechung dabei, aber zwei, drei Mal sicher.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Können Sie uns da auch noch andere Personen nennen, die seitens der Telekom Austria an diesen Besprechungen teilgenommen haben?

Dr. Stefan Tweraser: Das war unterschiedlich, manchmal waren Techniker dabei, deren Namen ich jetzt – ehrlich – nicht mehr präsent habe. In den meisten Fällen war mein Chef dabei, Herr Mag. Fischer, hin und wieder war der Mag. Schieszler dabei. Es waren unterschiedliche Zusammensetzungen; manchmal sind auch nach mir noch Leute gekommen, die vorher nicht dabei waren.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und die Ergebnisse dieser Besprechungen?

Dr. Stefan Tweraser: Na ja, das, was sozusagen meinen Projektauftrag oder diese Kooperation im Sportwettenbereich betroffen hat, haben wir dann versucht, gemeinsam umzusetzen, eben zum Beispiel durch Server-Integration und ähnliche Dinge. Hin und wieder – ich habe es Ihnen eh schon gesagt – ist dann ein breiteres Protokoll herumgeschickt worden.

Aber noch einmal: Mein unmittelbarer Fokus war, die Dinge zu **realisieren**, für die es Umsetzungsmöglichkeiten gab – und nicht an Gesetzesänderungen zu arbeiten.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sind Sie der Meinung, dass Herr Hohegger da eine maßgebliche Rolle gespielt hat – für die Umsetzung oder um das Ziel zu erreichen, dieses Projekt umzusetzen?

Dr. Stefan Tweraser: Also maßgeblich ... Also für mein Projekt hat er keinen maßgeblichen Beitrag ... Ich will jetzt niemanden kleinreden, aber wir wussten, was wir tun müssen, und da ging es darum, IT-Infrastruktur zu integrieren, Layouts auf der Homepage von Aon zu machen. Dafür hat kein Externer – also extern im Sinne von außerhalb der TA oder außerhalb der Novomatic – einen wesentlichen Beitrag leisten müssen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn Herr Hohegger aber an solchen Besprechungen teilgenommen hat, inwiefern hat er sich da eingebracht?

Dr. Stefan Tweraser: In das Thema Sportwetten: selten; also das waren mehr so – wie soll ich das vorsichtig formulieren? – allgemeine Ratschläge. Manchmal haben wir darüber gesprochen – also manchmal; ich kann mich an ein Mal erinnern –, welche Sportarten denn wichtig wären, und da hat halt jeder so seine Meinung gesagt. Und da

kann ich mich konkret daran erinnern, dass er da einmal etwas gesagt hat, aber sonst ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hat Herr Hohegger da jemals auch von der Wichtigkeit gesprochen, dass man Überzeugungsarbeit leisten müsse, dass man die Politik überzeugen müsse für verschiedene Punkte, die zur Umsetzung dieses Projekts und zur Zielerreichung führen?

Dr. Stefan Tweraser: Es gab natürlich, als wir über – ich würde sagen – eine Folgephase – in der Zeit, wo ich dabei war – gesprochen haben, schon immer die Aussage: Dafür gibt es derzeit die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht, das müsste man ändern. Aber das war nicht mehr meine Baustelle, und da war ich nicht dabei.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben **doch** davon gewusst, dass es gesetzliche Änderungen notwendig machen würde?

Dr. Stefan Tweraser: Ja, so wie ich es zuerst gesagt habe: Wir wussten, dass wir Sportwetten machen dürfen, wir wussten, dass wir andere Dinge nicht machen dürfen. Und wenn wir die hätten machen wollen, hätte es Änderungen geben müssen, aber da war ich nicht eingebunden, das war bei uns Vorstandsthema.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn bei solchen Besprechungen dann darüber gesprochen wurde, dass es da eben zu Gesetzesänderungen kommen müsse, hat da der Herr Dr. Hohegger beispielsweise gesagt, wen man da jetzt ansprechen müsse, mit wem man da jetzt in Verhandlungen treten müsse, wen man da überzeugen müsse?

Dr. Stefan Tweraser: Das war – auf Englisch würde ich jetzt sagen – **above my paygrade**. Wenn es solche Diskussionen gegeben hat, war ich nicht dabei.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Kennen Sie Herrn Walter Meischberger?

Dr. Stefan Tweraser: Ja, kenne ich auch. Also den habe ich vielleicht fünf, sechs Mal gesehen, meistens bei Golfveranstaltungen – ich war ja auch für das Sponsoring der Telekom Austria verantwortlich –, und vielleicht ein oder zwei Mal bei dieser Aon-Kooperationsdiskussion, aber auch da hat er zu dem Bereich Sportwetten sozusagen eher Input gegeben, in welchen Sportarten man sich bewegen sollte, als sonst etwas.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): War Herr Meischberger bei solchen Besprechungen dabei?

Dr. Stefan Tweraser: Ich habe ihn dort vielleicht ein oder zwei Mal gesehen; einmal, weiß ich, ist er relativ viel zu spät gekommen, und ich glaube, er war noch ein zweites Mal dabei, als ich dort war.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, da waren zwei so namhafte und wichtige Lobbyisten dabei, und die haben hauptsächlich über Sportarten, welche Sportarten man einbinden müsse, gesprochen?

Dr. Stefan Tweraser: Na ja, in dem Zeitfenster, wo ich dabei war. Noch einmal: Es war durchaus üblich, dass man dann geht, wenn sein Arbeitspaket fertig ist. Und ich habe auch schon gesagt: Externe Berater bei dem Bereich Sportwetten-Kooperation, was hätten die für einen Beitrag leisten sollen? Die kennen weder die IT-Systeme der Telekom noch die IT-Systeme der Novomatic.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Nein, aber sie können Türen öffnen oder als **Schuhlöffel** fungieren, wie Herr Abgeordneter Pilz das immer so schön bezeichnet, sie können Türen zur Politik öffnen. Das wird Ihnen ja nicht verborgen geblieben sein.

Dr. Stefan Tweraser: Das war für den Sportwettenbereich ja nicht notwendig, und alles andere war sozusagen nicht in dem Umfang, wo ich dabei war – vielleicht – diskutiert. Natürlich vermutet man, dass – wenn man die Türe zumacht – daran gearbeitet wird, Rahmenbedingungen zu verändern, aber ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt zusammenfassend: Als verantwortlicher Projektleiter haben Sie an Besprechungen nur teilweise teilgenommen; Ihr Part war vorbei, Sie sind gegangen. Wenn Sie aber der Projektleiter waren, wer war dann verantwortlich dafür, diese Besprechungen zu leiten, zu sehen, dass alles, was man auf der Agenda hat, auch abgearbeitet wird? Das ist meine persönliche Meinung, aber das erscheint mir schon sehr komisch, dass ein Projektleiter nicht derjenige ist, der die ganze Zeit da ist, der schaut, dass die Besprechungen so abgehalten werden, dass dann auch Ergebnisse herauskommen, mit denen man dann auch weitertut. Selbst wenn das nicht unbedingt in Ihren Aufgabenbereich gefallen ist, aber ich stelle mir das so vor, dass ich als Projektleiter für das gesamte Projekt verantwortlich bin und nicht nur in Zeitfenstern da sein muss, wenn halt gerade meine technische Komponente abläuft. – Oder gehe ich da falsch in der Annahme?

Dr. Stefan Tweraser: Ich war bei allen Besprechungen dabei, die die Sportwetten-Kooperation betroffen haben. Dort habe ich natürlich diese Gesamtprojektleiterverantwortung wahrgenommen und dann mit meinen Leuten das entsprechend umgesetzt, was in diesen Diskussionen herausgekommen ist.

Ich war **nicht** der Projektleiter insgesamt für die Kooperation mit der Novomatic und alles, was dranhängt. Das war bei uns ganz eindeutig eine Verantwortung des Vorstands.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wie ist ... (*Obfrau Dr. Moser: Die letzte Frage, oder Sie wollen ...?*) – Nein. Die letzte Frage.

Wie ist da Herr Meischberger aufgetreten: Ist Herr Meischberger als externer Berater aufgetreten, oder war bekannt, dass der Herr Meischberger als Subunternehmer von Dr. Hochegger aufgetreten ist? Sie sagen, es waren der eine und der andere dabei.

Dr. Stefan Tweraser: Also die beiden waren dabei. Ich habe keine Verträge gesehen, wer wessen Subunternehmer war. Aber die beiden haben halt zusammengearbeitet, ja. In den Diskussionen, die ich in dem Projekt mit den beiden geführt habe, war auch keine besondere Hierarchie wahrnehmbar zwischen den beiden oder so. Und noch einmal, die haben sich dort nicht riesig eingebracht. Aber sie waren gleichberechtigt. Ich hätte nicht gemerkt, dass der eine der Subunternehmer des anderen ist oder so etwas.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Vorerst keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Tweraser, eine Frage einmal grundsätzlich zum Projekt selber: Was war eigentlich der Vorteil der Telekom, dass sie mit der Novomatic dieses Projekt gemacht hat? Was hat den Ertrag gebracht, oder was hätte ihn bringen sollen?

Dr. Stefan Tweraser: Die Telekom hat in mehreren Bereichen – ich habe es kurz gesagt – versucht, die Infrastruktur, die wir in den Haushalten hatten, durch Zusatzdienstleistungen wie Alarmanlagen oder Fernsehen und so weiter aufzuwerten. Das hat zwei wirtschaftliche Effekte gehabt, nämlich einerseits, dass wir einen Mehrertrag durch zum Beispiel das Fernsehen erzielt haben, aber vor allem – das war der wichtige Effekt –, dass der Festnetzanschluss in den Haushalten nicht gekündigt

worden ist. Und das war einer unserer Hauptschwerpunkte, wenn man das so sagen darf. Das war in der Zeit, in der die Mobilfunkpenetration massiv gestiegen ist und wir halt unterschiedlichste Dinge gemacht haben, um dafür zu sorgen, dass die Kupferleitung im Haushalt verwendet wird und nicht abgemeldet wird.

Und eines dieser Themen war: Was kann man über unser Internetportal anbieten, damit die Leute möglichst viele Internetanschlüsse kaufen? Denn wenn Sie einen Festnetz-Internet-Anschluss haben und da einen Mehrwert sehen, dann ist das so.

In der Kooperation mit der Novomatic, im Sportwettenbereich war es so, dass die Telekom Austria keine Ahnung von Wettquoten und ich weiß nicht was alles hat, und das war sozusagen der gegenseitige Mehrwert.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wer hätte den finanziellen Mehrwert gebracht? War das alleine nur der Umstand, dass nicht abgemeldet wird, oder hätte die Infrastrukturleistung dann von der Novomatic oder von den Kunden bezahlt werden sollen?

Dr. Stefan Tweraser: Nein, nein. Wenn der Kunde einen Internetanschluss hat, weil das Internet für ihn so attraktiv ist, dann hätte er das weiter genützt, hätte das nicht abgemeldet. Und die wirtschaftliche Auswirkung von Sportwetten war bei uns minimal. Also das war jetzt im Vergleich zu dem, was ein Festnetzanschluss pro Monat „bringt“ – unter Anführungszeichen –, kein wesentlicher Faktor für den Business Case. Aber das Wichtige war: nicht abmelden.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Okay, das ist etwas anderes. Denn ansonsten, wenn man extra eine Gebühr oder so etwas hätte zahlen sollen (*Dr. Tweraser: Nein, nein!*), dann wäre es ja für den Spieler ein Draufzahler gewesen, denn dann ist er schneller irgendwo in einem Kasino beim Automaten oder eben bei den Sportwetten (*Dr. Tweraser: Genau!*) in einem Wettbüro, als wenn er es über das Internet macht.

Dr. Stefan Tweraser: Aber Sportwetten wären ja nicht das Einzige gewesen, was wir hätten wollen, dass er das über seinen Internetanschluss macht, aber es war halt im Zuge der Sponsoring-Aktivitäten, die wir gemacht haben, ein Versuch, der – das muss man auch zugeben – am Ende dann nicht so funktioniert hat, wie er hätte funktionieren sollen oder können.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): War Hohegger schon bei den Anfängen dieser Kooperation dabei, das heißt, bei der Ideenfindung? Oder wie haben Sie den Herrn Hohegger wahrgenommen, außer dass er bei ein paar Besprechungen dabei war oder manchmal etwas später gekommen ist?

Dr. Stefan Tweraser: Den Auftrag mit der Novomatic, eine Kooperation im Bereich Sportwetten einzugehen, den habe ich von meinem Vorstand bekommen. Das war jetzt keine Idee, die wir einmal so ausprobiert haben, sondern da gab es ganz klar die Vorgabe: Versucht das zum Erfolg zu bringen. Und da war relativ rasch auch bei den ersten Besprechungen auch einmal der Herr Hohegger dabei. Aber noch einmal, der war jetzt nicht bei jeder Besprechung dabei, aber der war quasi von Anfang an dabei. Und noch einmal: Ich habe ja gewusst, dass man, wenn ich rausgehe, weiterredet.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Hat man in dieser frühen Phase, als das erste Projekt noch nicht einmal abgehoben ist, auch schon klare Pläne gehabt, wo es nach den Sportwetten weitergehen könnte?

Dr. Stefan Tweraser: Die Idee, die wir hatten, war, mehr an Glücksspielangeboten auf das Portal draufzubringen – so etwas wie Poker, oder solche Sachen –, aber das ging halt nicht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): War man sich zu dieser Zeit im Klaren, dass es nur eine kleine rechtliche Stufe ist und dass es dann geht? Oder hat man gesagt: Das ist eine unüberwindbare, große, schwierige Stufe, da werden wir jahrelang warten müssen!?

Dr. Stefan Tweraser: Das war meine Wahrnehmung. Und deshalb habe ich mich auch nicht groß geärgert, dass ich jetzt in dieses weitere Projekt nicht eingebunden war, weil das sozusagen als unter den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht möglich eingestuft worden ist.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Hat Hohegger von sich aus bei den Besprechungen irgendwie indiziert, für die Telekom indiziert, dass er oder Leute in seinem Dunstkreis daran arbeiten, dass diese rechtliche Hürde umschifft wird?

Dr. Stefan Tweraser: Er hat es mir gegenüber nicht erwähnt. Ich habe solche Diskussionen nicht ... (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Dem Vorstand oder wem auch immer ...!*) Aber natürlich, ich habe schon gesagt: Man schaltet ja nicht das Hirn ab, wenn man die Tür zumacht. (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Genau!*) Natürlich habe ich vermutet, dass daran gearbeitet wird, war aber in das nicht eingebunden.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Aber offizielle Aussagen von ihm hat es nie gegeben?

Dr. Stefan Tweraser: Mir gegenüber? Um Gottes willen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Und auch nicht – was weiß ich – dem Chef gegenüber, der das dann weitererzählt hat?

Dr. Stefan Tweraser: Noch einmal: Herr Fischer war in sicher sehr viel mehr Besprechungen als ich mit dem Herrn Hohegger, und ich kann nur mutmaßen, was dort gesprochen wurde, aber ich habe keinerlei Umsetzungsauftrag oder Analyseauftrag – im Sinne von: schaut euch das mal an, oder was auch immer, oder rechnet da einmal was aus – oder so bekommen. Kann ich nicht sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Danke!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf eingangs festhalten: Sie werden nicht in der Causa Glücksspiel, aber in der Causa Telekom generell mittlerweile als **Beschuldigter** geführt. Das möchte ich schon auch eingangs festgehalten haben, weil Sie ja generell da sehr auf unschuldig tun. Also es wird schon einen Grund haben, warum Sie als Beschuldigter in der Causa Telekom geführt werden.

Wir legen Ihnen ein Dokument vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich möchte Sie fragen, ob Sie dieses Dokument kennen und ob Sie dazu etwas sagen können. Und wenn ja: was?

Dr. Stefan Tweraser (*nach Einsichtnahme in das ihm vorgelegte Schriftstück*): Ich sehe, das ist ein Dokument von den Lotterien und von den Casinos Austria. Natürlich verstehe ich, dass es da um das Glücksspiel geht, aber ich wüsste jetzt nicht, dass ich es so kenne.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie müssen es kennen, denn es ist Ihnen gemailt worden. Wir legen Ihnen das Mail dazu vor.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Das schickt der Stefan Krenn zuerst an den Herrn Wohlfahrt von Novomatic, das ist der erste Adressat, der zweite Adressat ist der Schieszler Gernot, und der dritte Adressat sind dann schon Sie. Und es handelt sich da um ein Lobbying-Dossier der Casinos Austria AG.

Zitat von Herrn Krenn:

Dear all! Heute Morgen haben wir das geheime Lobbying-Dossier der Casinos Austria AG zugespielt bekommen. Die Casinos Austria AG hat die Agentur Kovar & Köppl mit der Erstellung dieses Papiers beauftragt, um unsere Argumente zu widerlegen. Wir würden vorschlagen, dieses Papier gezielt an einen geeigneten Journalisten zu spielen, am besten Wochenzeitung, der dann dieses Papier veröffentlicht. – Und so weiter, und so weiter. Jetzt frage ich Sie: Waren Sie als Marketingleiter in irgendeiner Form an dieser Dirty-Campaigning-Maßnahme beteiligt? Denn das Mail ist unter anderem eben auch an Sie gegangen. Und die anderen Adressaten waren, neben Schieszler und Wohlfahrt, der Herr Andreas Krenn, der Herr Meischberger und der Herr Hochegger beziehungsweise eine Frau Monika Racek und ein Dieter Riedlinger.

Dr. Stefan Tweraser: Wie ich es Ihnen schon gesagt habe: Ich bin nicht blauäugig, und wenn ich die Tür zumache und es wird weitergesprochen, dann gehe ich davon aus, dass dort etwas gemacht wird. Ich war aber nicht eingebunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie jetzt diesen Mail-Text lesen und das Dokument dazu, was können Sie zu diesem Mail angeben? Sie haben dieses Mail damals bekommen, an diesem 5. Oktober 2006. Haben Sie in diesem Zusammenhang irgendwelche Schritte gesetzt oder haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass in diesem Zusammenhang Schritte von anderen gesetzt wurden?

Dr. Stefan Tweraser: Ich selber habe ganz sicher keine Schritte in dem Zusammenhang gesetzt, weil ich bei der Telekom Austria zum Beispiel auch nicht für den Kontakt zu Journalisten verantwortlich war. Das heißt, es war nicht mein Aufgabenbereich, da etwas zu tun, und ich war in dem Bereich des Projektes dafür verantwortlich, den Sportwettenbereich zu realisieren. – Ich habe also im Zuge eines solchen Papiers keine Aktivitäten unternommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, wenn Sie in diesem Bereich nur für die Sportwetten zuständig waren, dann frage ich mich, warum die Hochegger-Gruppe ausgerechnet Ihnen – neben den anderen Führungspersonlichkeiten, muss man eigentlich sagen – ein Lobbying-Dossier des Gegners Casinos zukommen lässt und dann noch Anweisungen erteilt, wie mit diesem Lobbying-Dossier zu verfahren ist, nämlich dass man das gegen die Casinos Austria in den Medien platzieren soll.

Warum ist das gerade Ihnen geschickt worden? Wie können Sie sich das erklären? – Ich kann mir das jetzt nicht erklären.

Dr. Stefan Tweraser: Noch einmal, die Erklärung ist: Wir haben ein Projekt gehabt, das sich mit einer unmittelbaren Realisierung beschäftigt hat, und natürlich die Idee, dass man mehr machen kann.

Ich habe auch schon gesagt: Ich war nicht blauäugig. Natürlich nimmt man an, dass mehr passiert, aber ich war nicht in Umsetzungsmaßnahmen eingebunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie dieses Mail inhaltlich damals gelesen haben, dann werden Sie wohl in Ihrer Interpretation damals davon ausgegangen sein, dass hier eben sehr wohl etwas passiert und dass es da offensichtlich massive auch Lobbying-Kampfmaßnahmen gibt. Oder sehe ich das falsch? – Wenn Sie sich dieses Mail anschauen ...

Dr. Stefan Tweraser: Ich hätte es auch ohne das Mail gewusst. Ich weiß nicht, was genau solche Lobbying-Kampfmaßnahmen gewesen wären, aber wenn wir mit einem PR-Berater im selben Raum sitzen, dann – noch einmal – hätte ich sehr blauäugig sein müssen, wenn ich nicht davon ausgegangen wäre, dass außerhalb meines unmittelbaren Verantwortungsbereiches da noch an anderen Themen gearbeitet wird. Das wäre ja naiv.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist ein gutes Schlusswort. Bei dem lassen wir es bewenden.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Herr Tweraser, ist Ihnen bekannt, dass neben den Verträgen mit Hohegger.Com, in denen Meischberger als Leistungserbringer wiederholt genannt wird, er über **ZehnVierzig** beziehungsweise mit **Valora Solutions** weitere Zahlungen für Lobbying im Glücksspielbereich für Novomatic erhielt?

Dr. Stefan Tweraser: Ich habe bei meiner Aussage beim Staatsanwalt zwei oder drei Rechnungen vorgelegt bekommen und habe auch dort schon gesagt, dass ich diese Rechnungen davor nicht gesehen hatte.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Was war aus Ihrer Sicht die Rolle des Herrn Stefan Krenn im Rahmen von AON-Entertainment? Welche Leistungen hat dieser erbracht?

Dr. Stefan Tweraser: Stefan Krenn was so etwas wie der Projektleiter von Hohegger.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Aus Sicht der Telekom Austria ging es bei der Erlangung einer Konzession nach § 12a Glücksspielgesetz ausschließlich um Online-Glücksspiel. War Ihnen bekannt, dass dieser nicht nur Online-Glücksspiel, sondern auch den Betrieb von Glücksspielautomaten ermöglicht hätte?

Dr. Stefan Tweraser: Glücksspielautomaten wären nicht das Geschäft der Telekom Austria gewesen.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Warum war laut Businessplan ein Rückzug der Telekom Austria zugunsten der Novomatic vorgesehen? Was war die Perspektive der... (*Dr. Tweraser: Noch einmal, bitte! Was war vorgesehen? Ich habe es nicht verstanden.*) – Der Rückzug der Telekom Austria zugunsten der Novomatic. Was war die Perspektive der Telekom Austria?

Dr. Stefan Tweraser: Also über die gesellschaftsrechtliche Struktur kann ich Ihnen nichts sagen. Das war bei uns eine Vorstandsdiskussion.

Der wirtschaftliche Hintergrund war für uns – ich kann es nur noch einmal wiederholen –, möglichst viele Leute davon abzuhalten, ihren Festnetzanschluss zu kündigen – das heißt, dass möglichst viele Leute ihren Internetanschluss verwenden, und den auch möglichst intensiv. Und natürlich ist dort das Thema Bewegtbild, also zum Beispiel TV, ganz wichtig, aber auch Zusatzunterhaltungsleistungen, wie zum Beispiel Sportwetten. – Das war für uns der Business Case.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): War mit Ihnen abgesprochen, dass über Gegner der Glücksspielliberalisierung, darunter auch Abgeordnete des Nationalrates, Personendossiers angelegt werden? (*Dr. Tweraser: Nein!*) – War es üblich, dass zur Erreichung der Lobbyingzwecke auch parlamentarische Anfragen vorbereitet werden? Sind Ihnen andere Anfragen bekannt, die als Teil einer Lobbyingstrategie für den Abgeordneten Wittauer oder andere Abgeordnete vorbereitet wurden? (*Dr. Tweraser: Für wen?*) Wittauer oder andere. (*Dr. Tweraser: Nein!*),

Dr. Stefan Tweraser: In dem Bereich, wo ich sonst tätig war, waren keine großen Gesetzesänderungen notwendig. Also das war nicht Teil der Agenden vom Marketing.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Wurde grundsätzlich die Erstellung solcher Aussendungen in der Arbeitsgruppe besprochen?

Dr. Stefan Tweraser: Nicht während ich dort war. Es kann sein, dass es danach war, aber ich war an solchen Diskussionen nicht beteiligt. (*Abg. Ing. Kaipel: Danke!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen dann in die zweite Runde.

Abgeordneter Pilz ist nicht anwesend und hat keine weiteren Fragen.

Frau Abgeordnete Tamandl, bitte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Dr. Tweraser, ich habe noch zwei kurze Fragen. Und zwar geht es da – das geht aus einer Aktenlage hervor, und es ist auch aus Presseartikeln zu entnehmen – um eine Honorarnote in der Höhe von 585 600 €, die die Werbeagentur Euro RSCG an die Telekom Austria geschickt hat, bei der man davon ausgeht, dass es sich da um eine Rechnung handelt, die nicht den tatsächlichen Leistungen entspricht, die draufstehen, nämlich: Die Rechnung soll ausgestellt worden sein für strategische Konzeption des Sponsoringauftritts der Telekom Austria im Rahmen der EURO 2008.

Ich frage Sie nun: Können Sie ausschließen, dass es sich um eine in diesem Zusammenhang, zu dem ich Sie auch vorher schon befragt habe, stehende Abfertigung für Sie handelt, die Ihnen Herr Schieszler zukommen hat lassen und die über eine Firma abgerechnet worden ist? Können Sie das ausschließen?

Dr. Stefan Tweraser: Das kann ich nicht ausschließen. Das ist eine Rechnung, über die ich auch mit der Staatsanwaltschaft in Diskussion stehe, und ich kann das deshalb nicht ausschließen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Darf ich Sie bitten, dass Sie das präzisieren? Das heißt, Sie können nicht ausschließen, dass es sich hier um eine Abfertigung handelt, die Ihnen von Herrn Schieszler gewährt worden ist und die über eine Scheinfirma abgerechnet worden ist?

(*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann spricht mit der Auskunftsperson.*)

Dr. Stefan Tweraser: Dann nehme ich den Rat des Verfahrensanwalts an und ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich habe nur aufgeklärt. – Das wusste die Auskunftsperson selber nicht genau, aber ich habe es von Ihnen gehört, dass er als Beschuldigter geführt wird. Er sagt, gerade zu diesem Thema. Und ich habe ihm erklärt, dass er die Möglichkeit hat, wenn er das begründen kann – dass er also befürchtet, sich zu belasten –, dass er sich der Aussage entschlagen könnte, denn er hat keine Hilfestellung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Gut, das ist auch sehr aufschlussreich, wenn Sie diese Vorgangsweise wählen.

Meine abschließende Frage ist: Haben Sie im Zuge der Vorbereitung für diesen Ausschuss Kontakt mit einem Mitglied dieses Ausschusses gehabt?

Dr. Stefan Tweraser: Natürlich nicht. Nein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt: Niemand, der hier herinnen als Mitglied dieses Ausschusses sitzt, hat mit Ihnen Vorgespräche geführt über diese Befragungen hier im Ausschuss?

Dr. Stefan Tweraser: Nein, niemand. Auch niemand, der *nicht* hier im Raum sitzt. (Abg. **Tamandl:** Danke!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zweite Fragerunde: Herr Abgeordneter Deimek? – Kein Bedarf mehr.

Herr Abgeordneter Petzner? (Abg. **Petzner:** Es wird Sie überraschen, aber wir haben keine weiteren Fragen!) – Mich überrascht heute nichts mehr!

Herr Abgeordneter Kaipel oder Herr Abgeordneter Maier?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich hätte ergänzend noch eine Frage, und zwar zur Rolle von Stefan Krenn. Sie haben bereits gesagt, dass er Projektleiter gewesen ist. War er auch Leiter der Public-Affairs-Gruppe im Bereich der Telekom Austria?

Dr. Stefan Tweraser: Das war kein Angestellter der Telekom Austria. (Abg. **Mag. Maier:** Bitte?) Stefan Krenn war kein Angestellter der Telekom Austria. Das war ein Berater.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich weiß, aber: War er in der Hohegger-Gruppe Leiter dieser Public-Affairs-Abteilung?

Dr. Stefan Tweraser: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe ihn in diesem einen Projekt kennengelernt. Was er sonst gemacht hat, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Und was waren die Aufgaben von Stefan Krenn?

Dr. Stefan Tweraser: Stefan Krenn hat das Projekt gemanagt. Er hat die Protokolle geschrieben und verschickt, die Diskussionen geführt. Was man halt so macht als Projektleiter.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das heißt, die Protokolle hat Stefan Krenn erstellt, und in den Protokollen ist ja immer angeführt, wer für welche Aufgaben zuständig ist. Und wenn Stefan dort steht, dann kann es nur Herr Stefan Krenn gewesen sein.

Oder gab es dort eine andere Person mit dem Vornamen Stefan?

Dr. Stefan Tweraser: Mich, aber sonst kann ich mich an niemanden in dem Projekt erinnern, der Stefan geheißen hätte.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Waren Sie dabei, als in dieser Projektgruppe beschlossen wurde – und es gibt hier einige Protokolle vom März 2006 –, parlamentarische Anfragen zu stellen oder Gesetzesanträge zu schreiben.

Dr. Stefan Tweraser: Nein, das muss ein anderer Stefan gewesen sein. Das hätte ich auch gar nicht können, weil ich kein Jurist bin. Aber das war auch ganz sicher nicht ich.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Waren Sie dabei, als das besprochen wurde? (Dr. **Tweraser:** Nein!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da keine weiteren Zusatzfragen vorliegen, der **Auskunftsperson Dr. Stefan Tweraser**, verabschiedet diese – und leitet sodann zum **nichtöffentlichen Teil** der Sitzung über.

17.42

*(Die **medienöffentliche Sitzung** wird um 17.42 Uhr **unterbrochen** und um 17.57 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen**. – Fortsetzung 17.57 Uhr bis 18.30 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – **nichtöffentlich**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)*

ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 9. Oktober 2012 als zulässig beschlossen:

Hinweis: Aus technischen Gründen stimmen die angegebenen Seitenzahlen nicht immer exakt mit dem Protokoll überein.

Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Franz WOHLFAHRT

gem. § 23 Abs. 4 VO-UA

zum Wortprotokoll der 42. Sitzung des Untersuchungsausschusses

zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 11. Juli 2012

1. Auf Seite 5, 7. Absatz muss es statt „Video, Lotterie, Terminals,“ richtig „Video-Lotterie-Terminals,“ lauten.

Anmerkung:

Die Einwendung 1. wurde entsprechend der Tonaufnahme korrigiert. Wörtlich heißt es auf der Tonaufnahme: „... über Video-Lotterie-Terminals“